



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 1/2005–2006

	Inhalt	Seite
1.	Totalrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden	1

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Ausgangslage und Anlass für die Totalrevision	3
1. Neue Kantonsverfassung vom 18. Mai/14. September 2003	3
2. Weitere hängige Revisionspostulate	4
II. Vernehmlassungsverfahren	4
1. Vorgehen und Rücklauf	4
2. Ergebnisse	5
a) Generelle Beurteilung	5
b) Wichtige Änderungen aufgrund der Vernehmlassung	7
c) Nichtberücksichtigte Anliegen	11
III. Revisionsvorlage	13
1. Überblick über die wichtigsten Revisionspunkte	13
a) Geltungsbereich und Gegenstand (Art. 1 und 2 E-GPR) ...	13
b) Stimm- und Wahlrecht (Art. 3–6 E-GPR)	14
c) Politische Parteien (Art. 7 und 8 E-GPR)	14
d) Wahl- und Abstimmungsorganisation (Art. 9–15 E-GPR) ..	14
e) Anordnung der Wahlen und Abstimmungen (Art. 16–20 E-GPR)	14
f) Wahl- und Abstimmungsunterlagen (Art. 21–25 E-GPR) ..	14
g) Stimmabgabe (Art. 26–31 E-GPR)	15
h) Ermittlung des Wahl- und Abstimmungsergebnisses (Art. 32–42 E-GPR)	15
i) Abschluss des Verfahrens (Art. 43–48 E-GPR)	15
k) Amtseinstellung und Amtsenthebung (Art. 49–54 E-GPR) .	16
l) Initiativverfahren (Art. 55–78 E-GPR)	16
m) Verfahren für das fakultative Referendum in kantonalen Angelegenheiten (Art. 79–94 E-GPR)	16
n) Petitionsverfahren (Art. 95 E-GPR)	16
o) Rechtspflege und Strafbestimmungen (Art. 96–104 Entwurf)	16
p) Schlussbestimmungen (Art. 105–111 E-GPR)	17
2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	17
IV. Finanzielle Auswirkungen	51
V. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»	51
VI. Genehmigung durch den Bund und In-Kraft-Setzung	52
VII. Anträge	52

Erlasstexte	53
Anhänge	
1 Ablaufschema «Ausformulierte Initiative»	140
2 Ablaufschema «Allgemein anregende Initiative»	141
Geltendes Recht	
1 GPR 1962	143
2 RVSA 1978	167
3 GOR 1972	175

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

1.

Totalrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte

Chur, 25. Januar 2005

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf für eine Totalrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (BR 150.100)

I. Ausgangslage und Anlass für die Totalrevision

1. Neue Kantonsverfassung vom 18. Mai/14. September 2003

Das geltende Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden stammt vom 7. Oktober 1962 und wurde seither in verschiedenen Bereichen teilrevidiert. Hauptgrund für die nun beabsichtigte Totalrevision dieses Erlasses bildet die neue Kantonsverfassung des Kantons Graubünden vom 18. Mai/14. September 2003, die am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist. Eine Analyse der Standeskanzlei vom 10. Dezember 2003 ergab aufgrund der neuen Verfassung für den Bereich der politischen Rechte einen inhaltlich grossen und zeitlich relativ dringenden Handlungsbedarf. Konkret geht es um folgende Neuerungen der Kantonsverfassung, die auf gesetzgeberischer Ebene umzusetzen sind:

- Stimm- und Wahlrecht der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in kantonalen Angelegenheiten (Art. 9 Abs. 3 KV)
- Volkswahl der Präsidentinnen und Präsidenten der Regionalverbände (Art. 11 Ziff. 6 KV)
- Verfahren für Volksinitiative (Art. 12–15 KV) und Volksreferendum (Art. 16 und 17 KV)

- Verfahren für Gemeindeinitiative (Art. 12–15 KV) und Gemeindereferendum (Art. 17 KV)
- Verfahren bei Erlass von Dringlichkeitsrecht (Art. 18 KV)
- Unterstützung der politischen Parteien (Art. 20 Abs. 2 KV)
- Amtseinstellung und Amtsenthebung von Behördenmitgliedern (Art. 21 Abs. 3 KV)
- Harmonisierung der Wahltermine Regierungsratswahlen/Grossratswahlen und Ständeratswahlen/Nationalratswahlen (Art. 23, Art. 105 Abs. 1 KV)

2. Weitere hängige Revisionspostulate

Daneben sind verschiedene weitere hängige Revisionspostulate umzusetzen. An dieser Stelle speziell zu erwähnen sind:

- Herabsetzung des absoluten Mehrs bei Wahlen (Motion Barandun, GRP 2002/2003, S. 7 f und 527 f.)
- Nachzählungsregelung bei knappen Abstimmungsergebnissen
- Regelung der Ungültigkeitsgründe bei der brieflichen Stimmabgabe
- Rechtsgrundlage für Stimmabgabe auf elektronischem Weg
- Rechtsgrundlage für den Einsatz von technischen und elektronischen Hilfsmitteln bei der Auszählung

II. Vernehmlassungsverfahren

1. Vorgehen und Rücklauf

Am 6. Mai 2004 gab die Ständeskanzlei, nach vorangegangener Freigabe durch die Regierung, den Entwurf für eine Totalrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte in die Vernehmlassung. Eingeladen wurden die Regionalorganisationen, die Kreise, die Gemeinden, die politischen Parteien, die Bezirksgerichte, die kantonalen Gerichte und die Departemente der kantonalen Verwaltung. In der Folge äusserten sich 17 einzelne Gemeinden, 3 Regionalorganisationen in Vertretung von 37 Gemeinden, die ERFA-Regio, 7 Kreise, die Bezirksgerichtspräsidenten-Konferenz, 5 Parteien, eine Privatperson, 4 kantonale Departemente und das kantonale Verwaltungsgericht zum Entwurf. Die teilweise umfangreichen Stellungnahmen enthielten viele wertvolle Hinweise.

2. Ergebnisse

a) Generelle Beurteilung

Die Revisionsvorlage ist insgesamt gesehen in der Vernehmlassung sehr gut aufgenommen worden.

Auf *breite Zustimmung* stiessen grundsätzlich:

- die Regelung des *Stimm- und Wahlrechts für Auslandschweizer* (Art. 3 Abs. 3 E-GPR);
- die Bestimmungen über die *Wahl- und Abstimmungsorganisation* (Art. 9–15 E-GPR). Einzig bei Art. 15 (EDV) ergaben sich Vorbehalte. Die FDP und einige Gemeinden sprachen sich gegen die dort vorgesehene Kompetenz der Regierung aus, den Gemeinden die Verwendung eines EDV-Programmes für das Erfassen und Auswerten von eidgenössischen sowie kantonalen Wahlen und Abstimmungen vorschreiben zu können. Andere Gemeinden erklärten sich damit einverstanden, wenn der Kanton die Kosten übernimmt;
- die *Harmonisierung der Wahltermine* für die Regierungsrats-/Grossratswahlen und die Ständerats-/Nationalratswahlen (Art. 17 E-GPR);
- die *Einschränkung der Urnenoffenhaltungspflicht* am Wahl- oder Abstimmungstag (Art. 29 E-GPR). Verschiedene Vernehmlassungsinstanzen sprachen sich sogar für noch flexiblere Lösungen aus;
- die Verpflichtung zur *individuellen Zustellung* der Wahl- und Abstimmungsunterlagen (Art. 25 E-GPR);
- die Schaffung einer Rechtsgrundlage, um die *Stimmabgabe auf elektronischem Weg* zu ermöglichen (Art. 26 Abs. 3 E-GPR);
- die Vorverlegung des *frühestmöglichen Zeitpunkts für die Auszählung* der an den Vortagen eingegangenen Wahl- und Stimmzettel von Samstag auf Freitag (Art. 32 Abs. 2 E-GPR);
- die Schaffung einer Rechtsgrundlage für den *Einsatz von mechanischen oder elektronischen Geräten* zur automatisierten Erfassung und Ermittlung von Wahl- und Stimmzetteln (Art. 32 Abs. 3 E-GPR);
- die *Herabsetzung des absoluten Mehrs* für kantonale Wahlen und Kreiswahlen (Art. 40 E-GPR);
- die neue Bestimmung über die *Nachzählung von Amtes* wegen bei knappen Wahl- oder Abstimmungsergebnissen (Art. 44 E-GPR);
- die neuen Regelungen zur *Gemeindeinitiative* (Art. 64–68 E-GPR) und zum *Gemeindereferendum* (Art. 86–91 E-GPR) sowie zum (fakultativen) Volksreferendum (Art. 79–85 E-GPR) und zum *nachträglichen Referendum* für dringliche Gesetze (Art. 92–94 E-GPR);
- die Schaffung einer *Strafbestimmung* (Art. 104 E-GPR).

Zu den *umstritteneren, wichtigeren Punkten* gehörten:

- der *Geltungsbereich des Gesetzes* (Art. 1 E-GPR): so fordern die CVP, ein Kreis und ein Departement vor allem aus systematischen Überlegungen, dass alle Regelungen über Wahlen und Abstimmungen in den Regionalverbänden ins GPR aufgenommen werden. Die SP verlangt Verfahrensbestimmungen zu den regionalen Wahlen im Sinne von minimalen Standards im GPR. Weiter spricht sich die CVP gegen die – aus dem bisherigen Recht übernommene – subsidiäre Anwendbarkeit der Bestimmungen des GPR auf Wahlen und Abstimmungen in kommunalen Angelegenheiten aus. Nach der ERFA-Regio muss aufgrund der Entstehungsgeschichte der Verfassungsnorm auch die Volkswahl der übrigen Mitglieder des Regionalvorstandes durch das kantonale Recht vorgesehen werden, was aber auch im kantonalen Gemeindegesetz geschehen könne. Die SVP, ein Departement und eine Gemeinde begrüssen es ausdrücklich, dass die Regelung der Wahl der übrigen Mitglieder des Regionalvorstandes den Regionalverbänden überlassen wird. Die «Pro Prättigau» fordert diesbezüglich in jedem Falle eine einheitliche Lösung für den ganzen Kanton;
- die *Förderung der politischen Parteien* (Art. 7 und 8 E-GPR): die finanzielle Unterstützung politischer Parteien wird von der CVP, der DSP und der SP sowie einer Gemeinde und einem Kreis unterstützt. Die FDP und die SVP sowie mehrere Gemeinden lehnen diese demgegenüber aus verschiedenen Gründen (nichtstaatliche Aufgabe, rechtsungleiche Behandlung, Finanzknappheit) ab. Sehr unterschiedliche Vorschläge gingen zur konkreten Ausgestaltung der Beitragsregelung ein. Die CVP will die Voraussetzungen für eine finanzielle Unterstützung erschweren. Nur Parteien, die Fraktionsstärke erreichen oder ein Regierungs-, Ständerats- oder Nationalratsmandat inne haben, sollen in den Genuss einer Unterstützung kommen. Demgegenüber möchte die DSP die Hürde herabsetzen. Auch Parteien die nur in einem Wahlkreis antreten, sollen unterstützt werden können. Auch die SP möchte den Kreis der Destinatäre erweitern, indem alternativ das Stimmenquorum (1%) der letzten Nationalratswahlen als Voraussetzung herangezogen werden soll. Was den Umfang der finanziellen Unterstützung angeht, spricht sich die CVP für deutlich höhere Beiträge aus, während die SP für ihr Modell Ansätze vorschlägt, die insgesamt zu einer etwas geringeren Ausschüttung von Kantonsgeldern führen würde. Abgelehnt wird von der FDP auch die vorgesehene Verpflichtung der beitragsbeziehenden Parteien, ihre Jahresrechnung dem Grossen Rat zur Kenntnis zu bringen. Insgesamt eher skeptisch aufgenommen wird schliesslich die im Vernehmlassungsentwurf (Art. 9) für die Parteien vorgesehene Möglichkeit, bei Wahlen ihre Wahlwerbung unentgeltlich zustellen zu lassen. Seitens verschiedener Gemeinden wird vor allem auf den

- Mehraufwand und die Mehrkosten hingewiesen, die bei ihnen anfallen würden. Andere Vernehmlassungsinstanzen äussern Zweifel betreffend die praktische Durchführbarkeit. Einige fordern demgegenüber eine Ausdehnung des Kreises der Nutzniessenden (auf Einzelpersonen) und des Anwendungsbereichs (Bezirksgerichts- und regionale Wahlen);
- die Regelungen über die *Amtseinstellung* und *Amtsenthebung* (Art. 49–54 E-GPR): Verschiedene Vernehmlassende äussern staatspolitische Bedenken. Die SVP fordert deshalb eine Beschränkung der Regelung auf Fälle krankheitsbedingter Amtsunfähigkeit und die FDP sowie eine Gemeinde schlagen ein zweistufiges Verfahren vor: an das parlamentarische Vorverfahren soll sich ein Volksentscheid anschliessen. Zudem fordert die FDP, wie auch die CVP und noch weitere Vernehmlassende, eine Erhöhung des Quorums für den Entscheid des Grossen Rats von $\frac{2}{3}$ auf $\frac{3}{4}$ der Mitglieder. Überdies soll ihrer Ansicht nach auch ein weiterer Amtsenthebungsgrund (Amtsunwürdigkeit) geschaffen werden. Ein Departement ist der Auffassung, dass auch in Fällen, wo jemand rechtskräftig wegen eines Verbrechens verurteilt ist, eine Amtsenthebung ermöglicht werden sollte und regt eine entsprechende Ergänzung der Amtsenthebungsgründe an. Schliesslich sprechen sich die SP und ein Kreis dafür aus, ebenso die kantonalen Richter und die Ständeräte in die Amtsenthebungs-/Amtseinstellungs-Regelung miteinzubeziehen. Gleiches fordert mit Bezug auf die kantonalen Richter die CVP;
 - die Regelungen über das *zuständige Organ der Gemeinde für die Beschlussfassung bei der (kantonalen) Gemeindeinitiative und dem Gemeindeferendum* (Art. 64 und 87 E-GPR): Seitens eines Departements wird eingewendet, die Verfassung lasse dem Gesetzgeber lediglich die Wahl zwischen dem Souverän und einem Gemeindepárament als zuständigem Organ offen.

b) Wichtigere Änderungen aufgrund der Vernehmlassung

Aus der Vernehmlassung ergaben sich verschiedene wertvolle Hinweise und Anregungen, die nach Möglichkeit bei der Überarbeitung des Entwurfes berücksichtigt wurden. In diesem Zusammenhang sind folgende wichtigere Änderungen speziell zu erwähnen:

- der *Verzicht auf eine unentgeltliche Zustellung von Wahlprospekten der Parteien* (Art. 9 Vorentwurf, VE): Die vorgebrachten logistischen Bedenken scheinen bei einer nochmaligen Überprüfung der vorgeschlagenen Lösung berechtigt. Namentlich wegen der kreisweise organisierten Grossratswahlen wäre bei der praktischen Umsetzung mit einem erheblichen administrativem Aufwand für den Kanton, aber auch für die Gemein-

den zu rechnen. Für letztere könnten zudem Mehrkosten beim Versand (Porto) anfallen.

- die *Statuierung der Kostenübernahme durch den Kanton für EDV-Programme der Gemeinden* (Art. 15 E-GPR): Mit dem Einsatz von EDV bei Wahlen und Abstimmungen können Zeit- und Personalaufwand sowie mögliche Fehlerquellen unbestrittenermassen wesentlich reduziert werden. Vor dem Hintergrund der Entwicklung im Bereich der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) wird die Bedeutung der EDV für das Erfassen und Auswerten von Wahlen und Abstimmungen noch zunehmen. An der Schaffung der rechtlichen Möglichkeit, die Gemeinden nötigenfalls zu einem Einsatz von EDV-Lösungen verpflichtet zu können, soll deshalb festgehalten werden. Es wird jedoch neu vorgesehen, dass der Kanton diesfalls auch die entsprechenden Kosten (einmalige Lizenz- und jährliche Wartungsgebühren) übernimmt. Damit wird der Forderung vieler ablehnender Gemeinden und von anderen Vernehmlassenden entsprochen. Konkret im Vordergrund steht zur Zeit die Anschaffung eines EDV-Programms für die Nationalratswahlen, welches bei der Wahl 2003 bereits von 41 Gemeinden – auf eigene Kosten – eingesetzt wurde. Für die Ausstattung der restlichen Gemeinden und die Kostenrückerstattung an die Gemeinden, welche das Programm bereits einsetzen, ist für den Kanton mit einmaligen Kosten (Lizenzgebühren) von 95 000 Franken und jährlich wiederkehrenden Kosten (Wartungsgebühren) von 9 000 Franken zu rechnen. Selbstverständlich können Gemeinden, welche bereits über kompatible und funktionsgerechte eigene EDV-Lösungen verfügen, diese beibehalten;
- die *Änderung der Berechnungsbasis bei der Nachzählung* (Art. 44 E-GPR): In der Vernehmlassung wurde zu recht darauf hingewiesen, dass das vorgesehene Abstellen auf die gültigen (Kandidaten/innen-) Stimmen als Berechnungsbasis des Quorums für Wahlen nicht adäquat ist. Diese Regelung hätte nämlich bei Gesamtwahlen jeweils ein hohes Quorum zur Folge, d.h. es wären auch noch bei Differenzen von mehreren hundert Stimmen von Amtes wegen Nachzählungen durchzuführen. Neu wird deshalb vorgeschlagen, auf die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmzettel abzustellen. Das führt auch bei (Gesamt-) Wahlen zu einer angemessenen Quorumshöhe. Ebenfalls auf Anregung aus der Vernehmlassung wurden die Bezugspunkte (letzte gewählte/erste nicht gewählte Person bzw. Ja- und Nein-Stimmen), zu denen sich die Differenz berechnet, im Gesetzestext festgelegt;
- die Schaffung einer *Entscheidregelung für Fälle von Unvereinbarkeiten zwischen mehreren Personen bei Wahlen* (Art. 47 Abs. 3 E-GPR): Das GPR regelte bis anhin nur den Fall der Unvereinbarkeit von mehreren Ämtern in einer Person (Art. 47 Abs. 2 GPR). Diese Bestimmung soll beibehalten

werden (Art. 47 Abs. 2 E-GPR). Dazu soll nun neu auch der Fall der Unvereinbarkeit zwischen mehreren Personen bei der Wahl in ein Amt einheitlich geregelt werden. Eine entsprechende Bestimmung existierte bislang nur für die Regierung in deren Geschäftsordnung (vgl. Art. 10 Abs. 2 und 3 GOR, BR 170.320). Diese ist zugunsten einer für alle dem GPR unterstehenden Behördenwahlen einheitlichen Regelung aufzuheben. Die vorgeschlagene Regelung lehnt sich an die entsprechende Bestimmung in der Mustergemeindeverfassung des Kantons an;

- die *Erweiterung der Amtseinstellungs-/Amtsenthebungsgründe und die Erhöhung des Beschlussquorums des Grossen Rats* (Art. 49 E-GPR): die «rechtskräftige Verurteilung wegen eines Verbrechens» soll als weiterer Grund für eine Amtseinstellung/Amtsenthebung anerkannt werden. In der Vernehmlassung wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass auch in solchen Fällen eine Amtseinstellung-/Amtsenthebung im öffentlichen Interesse angezeigt sein kann. Auf der anderen Seite soll den vorgebrachten Bedenken bezüglich der Gefahr eines politisch motivierten Missbrauchs des Instruments durch eine Erhöhung des notwendigen Entscheid-Quorums des Grossen Rats von zwei Dritteln auf drei Viertel der Ratsmitglieder Rechnung getragen werden.

Nicht eingetreten werden kann hingegen auf die Forderungen nach einem zweistufigen Verfahren unter Einbezug des Volkes, nach der Einengung der Amtsenthebungsgründe auf den Fall der Amtsunfähigkeit und nach der Ausdehnung des Instrumentes auf die kantonalen Richter sowie die bündnerischen Mitglieder des Ständerats. Bei einem Einbezug des Volkes würde der Charakter des Instrumentes verändert. Es würde vom Disziplinarinstrument zum plebiszitären Instrument mutieren und die politische Verantwortlichkeit würde automatisch in den Vordergrund rücken. Die Installierung eines solchen plebiszitären Instrumentes entspricht nun aber klar nicht dem Willen des Verfassungsgebers, wie die Entstehungsgeschichte der Verfassungsbestimmung (Art. 21 Abs. 3 KV) deutlich aufzeigt (vgl. GRP 2002/2003, S. 271 ff. und 503 ff.). Da die Verfassung die Gegenstände, welche dem obligatorischen Referendum unterliegen in Art. 16 KV abschliessend aufzählt, wäre zudem auch aus diesem Grund eine Verfassungsänderung notwendig. Nicht dem Willen des Verfassungsgebers entspräche weiter auch eine Einschränkung der Amtsenthebungsgründe auf den Fall der Amtsunfähigkeit. Aus der Entstehungsgeschichte ergibt sich der eindeutige Auftrag, auch ein Instrument für die disziplinarische Verantwortlichkeit zu schaffen (vgl. GRP, a.a.O.). Dem klaren Willen des Verfassungsgebers steht auch eine Ausdehnung des Instruments auf die kantonalen Richter entgegen. Diese hat der Grosse Rat in der zweiten Lesung gerade ausdrücklich ausgenommen (vgl. GRP 2002/2003, S. 503 ff.). Bei den Ständerätinnen und Ständeräten schliesslich handelt es sich um

Mitglieder einer Bundesbehörde. Es wäre deshalb staatspolitisch äusserst fragwürdig, die Anwendung des Instruments auf sie auszudehnen. Daneben würde sich aber auch die Frage der verfassungsmässigen Zulässigkeit stellen, und zwar im Verhältnis zur Bundesverfassung wie auch zur Kantonsverfassung. Der Wortlaut von Art. 21 Abs. 3 KV, insbesondere in Verbindung mit Absatz 1, und die Materialien geben deutliche Hinweise, dass der kantonale Verfassungsgeber das Instrument auf die Mitglieder kantonaler Behörden beschränkt hat (vgl. GRP 2002/2003, S. 271 ff. und 503 ff.).

- die *Modifizierung der nachgeordneten Entscheidungskriterien bei Doppelabstimmungen* (Art. 73 Abs. 4 lit. a und Abs. 5 E-GPR): Bei Stimmeneinstand in der Stichfrage soll als nächstes auf die grössere Stimmendifferenz bei der Hauptfrage, statt auf die höhere Zahl der Ja-Stimmen abgestellt werden. Die Stimmendifferenz bringt besser zum Ausdruck, welche Vorlage grössere Akzeptanz im Volk genießt. Und als letztes Entscheidungskriterium ist die Losziehung vorgesehen. Die Kritik an der noch im Vernehmlassungsentwurf vorgesehenen Regelung des Vorrangs des Status Quo ist berechtigt. Diese Lösung würde dem Umstand nicht gerecht, dass beide Veränderungsvorschläge mehr Stimmen als der Status Quo erhalten haben.
- die *Präzisierung der Rechtspflegebestimmungen* (Art. 96 Abs. 1 lit. b und c, 97, 101 Abs. 2 und 103 E-GPR): An den bisherigen erstinstanzlichen Entscheidzuständigkeiten soll nichts geändert werden. So ist die Regierung weiterhin nicht bei den eigenen Wahlen Beschwerdeinstanz. Das wird durch eine entsprechende präzisere Formulierung in Art. 96 Abs. 1 lit. b verdeutlicht.

Gemäss Art. 56 Abs. 2 E-GPR verfügt die Standeskanzlei die nötigen Änderungen nicht nur des Titels, sondern auch der Unterschriftenliste einer Initiative, wenn diese nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Dieser Entscheid soll, wie auch schon bezüglich des Titels, bei der Regierung angefochten werden können (Art. 96 Abs. 1 lit. c E-GPR).

Die richtige Zusammensetzung des Stimm- oder Wahlkörpers gehört zur Wahl- und Abstimmungsfreiheit gemäss Art. 34 BV. Jede stimmberechtigte Person ist somit auch zur Stimmrechtsbeschwerde legitimiert. Die Legitimationsvoraussetzung kann deshalb in Art. 97 E-GPR für alle Beschwerdeformen einheitlich formuliert werden.

Nicht alle Unregelmässigkeiten, welche nach Art und Umfang geeignet waren, das Resultat wesentlich zu beeinflussen, führen im Beschwerdefall zwangsläufig zur Aufhebung der Wahl oder Abstimmung und zu einer Wiederholung. In Fällen, wo die Unregelmässigkeiten beziffer- und korrigierbar sind, erfolgt eine Ergebnisberichtigung, sei es durch die Beschwerdeinstanz selber, oder auf deren Anweisung durch die für die

Wahl- oder Abstimmung zuständige Behörde. Dies soll durch eine entsprechende Formulierung in Art. 101 Abs. 2 E-GPR verdeutlicht werden.

Bereits in den Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf war darauf hingewiesen worden, dass aufgrund von Art. 55 Abs. 2 Ziff. 1 KV die Beschwerdeentscheide der zuständigen Instanzen (Regierung, Grosser Rat, grossrätliche Kommission) neu innerkantonal auch noch an das Verwaltungsgericht weiter gezogen werden können. Entsprechenden Anregungen aus der Vernehmlassung folgend, ist nun aus Gründen der Rechtssicherheit die Weiterzugsmöglichkeit ans Verwaltungsgericht ausdrücklich in Art. 103 E-GPR aufgeführt worden, und zwar für alle staatlichen Ebenen.

c) Nicht berücksichtigte Anliegen

Einige in der Vernehmlassung vorgetragene Anliegen konnten nicht im Rahmen der vorliegenden Revisionsvorlage berücksichtigt werden. Zu den wichtigeren gehören:

- die *Ausweitung des Geltungsbereichs auf die Regionalverbände*: Solange Struktur und Organisation der Regionalverbände nicht näher feststehen, fehlt die Basis für eine Regelung der politischen Rechte in diesen Körperschaften. Ein Entwurf zur Teilrevision des kantonalen Gemeindegesetzes, Abschnitt «Interkommunale Zusammenarbeit», ist dazu von der Regierung bereits in die Vernehmlassung gegeben worden. Er sieht verschiedene politische Mitwirkungsrechte (Initiative, Referendum, Volkswahl Vorstandsmitglieder) im Grundsatz vor, will aber mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Verhältnisse die nähere Ausgestaltung derselben den Regionalverbänden überlassen. Falls diese – die Autonomie der Regionalverbände betonende – Lösung umgesetzt wird, verbliebe aber kaum noch ein Regelungsbedarf für das GPR. Sollten sich hingegen Vorstellungen in Richtung einer einheitlichen kantonalen Regelung für alle Regionalverbände durchsetzen, müsste das GPR dannzumal entsprechend angepasst werden, sofern die Regelungen nicht ins kantonale Gemeindegesetz aufgenommen werden. Aus diesen Gründen muss sich die vorliegende Vorlage heute darauf beschränken, die von der Verfassung vorgesehene Volkswahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Regionalverbandes (Art. 11 Ziff. 6 KV) zu regeln;
- die *Neuregelung der Bezirksgerichtswahlen*: Die Bezirksgerichtspräsidenten-Konferenz stellte die Volkswahl der Bezirksgerichte wegen des fehlenden Interesses des Soveräns in Frage und verlangt auch spezielle Verfahrensregelungen (Anmeldesystem für Kandidierende, Stille Wahlen, Wahl von Stellvertreter/-innen). Die im Jahre 2000 eingeführte Volkswahl

der Bezirksgerichte wurde mit der am 1. Januar 2004 in Kraft getretenen neuen Kantonsverfassung bestätigt. Die Regierung erachtet es deshalb nicht als angebracht, diese Frage bereits wieder aufzugreifen. Eine Verfassungsänderung wäre wohl auch für die Umsetzung von einigen der geforderten Verfahrensänderungen notwendig. Mit solchen Änderungen würde auch mit der traditionell einfachen Form der Majorzwahlen im Kanton Graubünden gebrochen und zudem zwischen den verschiedenen Wahlen Differenzen geschaffen, was nicht unproblematisch wäre. Auch insoweit sieht die Regierung deshalb im Rahmen der vorliegenden Vorlage keinen Handlungsbedarf;

- die *Ausdehnung der Frist für den Verzicht auf eine Ersatzwahl* (Art. 18 Abs. 2 E-GPR): Eine Ausdehnung der Verzichtsfrist auf 1 Jahr, wie in der Vernehmlassung teilweise gefordert, könnte zu Vakanzen in einem Amt von mehr als 1½ Jahren führen, was nicht verantwortbar ist;
- die *Verlängerung der Zeitspanne zwischen dem ersten und zweiten Urnengang bei Wahlen* (Art. 19 E-GPR): Die bisherige Regelung, wonach ein zweiter Wahlgang spätestens drei Wochen nach dem ersten Wahlgang durchzuführen ist, hat sich bewährt. Eine Verdoppelung dieser Frist auf sechs Wochen, wie in der Vernehmlassung angeregt, macht kaum Sinn. In der Regel findet der erste Wahlgang zusammen mit einer Bundesabstimmung und/oder einer kantonalen Abstimmung statt. Auch sechs Wochen nach diesem Termin wird deshalb in der Regel kein neuerlicher Urnengang auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene stattfinden, mit denen ein zweiter Wahlgang kombiniert werden könnte, was eine höhere Stimmbeteiligung versprechen und administrative Synergien ergeben würde;
- die *zahlenmässige Bestimmung der «erheblichen Minderheit des Rates» in Zusammenhang mit den Abstimmungserläuterungen* (Art. 23 E-GPR): Die bisherige Regelung hat sich in der Praxis gut bewährt. Sie erlaubt der Redaktionskommission, den konkreten Umständen (z.B. politische Bedeutung/Brisanz einer Vorlage) Rechnung zu tragen, was bei einem starren, zahlenmässigen Quorum nicht möglich ist;
- die *Verlängerung der Fristen für die früheste Zustellung der Abstimmungsunterlagen* (Art. 25 E-GPR): Da die Urnengänge auf kantonaler, Bezirks-, Kreis- oder regionaler Ebene in der Regel mit eidgenössischen Abstimmungen zusammenfallen, macht es keinen Sinn, bezüglich des frühesten möglichen Zustellungstermins von den Bundesvorschriften abweichende Regelungen aufzustellen. Zudem lassen die Abläufe für die Produktion und Spedition der Abstimmungsunterlagen in der Regel auch keinen wesentlichen zeitlichen Spielraum offen für eine noch frühere Zustellung der Unterlagen. Das gilt insbesondere auch für Wahlen, wo im Falle eines zweiten Wahlgangs für die Produktion und Spedition nur wenige Tage zur Verfügung stehen;

- die *Festlegung der geheimen Stimmabgabe in Kreisversammlungen* und die *Verpflichtung der Kreise zur Schaffung zusätzlicher Stimmabgabemöglichkeiten in den Gemeinden bei Kreisversammlungen* (Art. 27 Abs. 2 E-GPR): In Art. 10 Abs. 1, zweiter Satz, der Kantonsverfassung bleibt die offene Abstimmung in Kreis- und Gemeindeversammlung ausdrücklich vorbehalten. Die verlangten Einschränkungen des Versammlungssystems sind deshalb auf kantonaler Gesetzesstufe gar nicht möglich. Für eine Änderung der Kantonsverfassung besteht aber kein sachlicher Anlass. Die Kreise sind natürlich wie bis anhin befugt, im Kreisrecht entsprechende eigene Regelungen vorzusehen;
- die *Einführung des Instituts der «Stillen Wahl»*: Mit der Neuregelung der Berechnung des absoluten Mehrs reduzieren sich die Fälle, wo es zu zweiten Wahlgängen kommt, so dass diesbezüglich kein dringender Regelungsbedarf besteht. Gegenüber diesem Institut sind aber auch grundsätzliche staatspolitische Vorbehalte anzubringen. Demokratische Volkswahlen sind nicht bloss technische Mittel zur Behördenbestellung. Ihnen kommt vielmehr auch Legitimationsfunktion zu. Diese Legitimierung der «Gewählten» durch das Volk entfällt aber bei der stillen Wahl. Stimmenzahlen können zudem auch bei unbestrittenen Wahlen politische Signale geben. Schliesslich würde bei der stillen Wahl das Verfahren komplizierter und das freie Vorschlagsrecht eingeschränkt;
- die *Verlängerung der Behandlungsfristen* und die *Senkung des Unterschriften-Quorums bei Initiativen in Kreis- und Gemeindeangelegenheiten* (Art. 75, 76 und 77 E-GPR): Bei diesen Bestimmungen handelt es sich lediglich um Mindestvorschriften, die aus dem heutigen Recht übernommen werden. Die Kreise und Gemeinden können in ihrem Recht beliebige Erleichterungen (längere Behandlungsfristen, tieferes Quorum) vorsehen, was in der Praxis auch verbreitet der Fall ist. Ein wirklicher Handlungsbedarf ist deshalb nicht auszumachen.

III. Revisionsvorlage

1. Überblick über die wichtigsten Revisionspunkte

a) Geltungsbereich und Gegenstand (Art. 1 und 2 E-GPR)

Neu soll auch die Wahl der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Regionalverbände geregelt werden (Umsetzung von Art. 11 Ziff. 6 KV). Im Übrigen bleibt der Geltungsbereich unverändert (vgl. dazu auch die Ausführungen unter Punkt II.2.c).

b) Stimm- und Wahlrecht (Art. 3–6 E-GPR)

Das Stimm- und Wahlrecht ist grundsätzlich in Art. 9 Abs. 1 und 2 der Kantonsverfassung geregelt. Somit können verschiedene diesbezügliche Bestimmungen auf Gesetzesstufe eliminiert werden. Gemäss Art. 9 Abs. 3 KV neu zu regeln ist das Stimm- und Wahlrecht der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in kantonalen Angelegenheiten.

c) Politische Parteien (Art. 7 und 8 E-GPR)

Art. 20 Abs. 2 der Kantonsverfassung, der die Unterstützung von politischen Parteien vorsieht, wird in den Art. 7 und 8 E-GPR konkretisiert.

d) Wahl- und Abstimmungsorganisation (Art. 9–15 E-GPR)

Die Wahl- und Abstimmungsorganisation erfährt gegenüber heute keine grundlegenden Änderungen. Es gilt neu die Wahl der Präsidentinnen bzw. der Präsidenten der Regionalverbände organisatorisch zu regeln. Neu ist auch die Unvereinbarkeitsregelung bezüglich des Stimmbüros (Art. 12 E-GPR). In Art. 15 E-GPR wird der technologischen Entwicklung Rechnung getragen und eine Rechtsgrundlage für das Erfassen und Auswerten von Wahlen und Abstimmungen mittels EDV-Programm geschaffen. Verzichtet wird auf die bisherigen Regelungen zur Fragestellung, zur Verbindung von Vorlagen und zum Wahlverfahren in der Versammlung (vgl. Art. 10–13 GPR), die sich als nicht mehr praxisgerecht erwiesen haben. Zudem enthält die neue Verfassung bereits selber die wichtigsten Wahl- und Abstimmungsgrundsätze (Art. 10 KV).

e) Anordnung der Wahlen und Abstimmungen (Art. 16–20 E-GPR)

Wesentlichster Revisionspunkt in diesem Bereich ist das in Art. 17 E-GPR umgesetzte Postulat der Harmonisierung der Wahltermine für die Grossratswahlen/Regierungsratswahlen und die Nationalratswahlen/Ständeratswahlen.

f) Wahl- und Abstimmungsunterlagen (Art. 21–25 E-GPR)

Die materiellen Änderungen in diesem Bereich sind gering. Hinzuweisen ist auf Art. 23 E-GPR, der neu vorsieht, dass bei Initiativen und Referenden

die wesentlichen Auffassungen der Urheberschaft zu berücksichtigen sind, sowie auf Art. 25 E-GPR, der eine individuelle Zustellung der Abstimmungsunterlagen vorschreibt.

g) Stimmabgabe (Art. 26–31 E-GPR)

Hervorzuheben sind hier folgende Aspekte:

- Schaffung einer Rechtsgrundlage, die der Regierung die Kompetenz einräumt, die Stimmabgabe auf elektronischem Weg ganz oder teilweise zu ermöglichen (Art. 26 Abs. 3 E-GPR);
- Einschränkung der Urnenoffenhaltungspflicht am Wahl- oder Abstimmungstag auf eine halbe Stunde (Art. 29 Abs. 1 E-GPR).

*h) Ermittlung des Wahl- und Abstimmungsergebnisses
(Art. 32–42 E-GPR)*

Die bisherigen Bestimmungen des GPR werden in diesem Bereich zumindest inhaltlich weitgehend übernommen. Auf zwei markante Änderungen ist hinzuweisen:

- Die Gründe, welche zur Ungültigkeit der brieflichen Stimmabgabe führen, werden neu ins Gesetz aufgenommen und teilweise ergänzt (Art. 35 Abs. 2 E-GPR);
- in Ausführung der überwiesenen Motion Barandun wird das absolute Mehr, insbesondere für die Regierungsratswahlen, neu geregelt (Art. 40 Abs. 1 E-GPR).

Weitere Neuerungen sind:

- Berücksichtigung brieflich eingehender Stimmen bis zum Beginn des Auszählvorgangs (Art. 32 Abs. 1 E-GPR);
- Auszählung der eingegangenen Wahl- und Stimmzettel bereits ab Freitag möglich (Art. 32 Abs. 2 E-GPR);
- Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Einsatz von mechanischen oder elektronischen Geräten für die automatisierte Erfassung und Ermittlung von Wahl- und Stimmzetteln (Art. 32 Abs. 3 E-GPR).

i) Abschluss des Verfahrens (Art. 43–48 E-GPR)

Eine markante Neuerung ist die Schaffung einer Bestimmung über die Nachzählung von Amtes wegen bei knappen Wahl- oder Abstimmungsergebnissen (Art. 44 E-GPR).

k) Amtseinstellung und Amtsenthebung (Art. 49–54 E-GPR)

In den Art. 49–54 E-GPR wird der Auftrag gemäss Art. 21 Abs. 3 KV für die Mitglieder des Grossen Rates und der Regierung umgesetzt.

l) Initiativverfahren (Art. 55–78 E-GPR)

Das Initiativverfahren in kantonalen Angelegenheiten ist in den Art. 55–73 geregelt. Hervorzuhebende Neuerung ist die Regelung des Verfahrens der Gemeindeinitiative (Art. 64–68 E-GPR) in Umsetzung von Art. 12 der Kantonsverfassung. Inhaltlich unverändert übernommen wurden die Bestimmungen über die Initiative in Kreis- und Gemeindeangelegenheiten (Art. 74–78 E-GPR).

m) Verfahren für das fakultative Referendum in kantonalen Angelegenheiten (Art. 79–94 E-GPR)

Wesentliche Neuerung beim Volksreferendum ist die Erweiterung des Referendumsgegenstandes (neu auch Gesetze und gewisse interkantonale und internationale Verträge). Die Verfahrensbestimmungen (Art. 79–85 E-GPR) lehnen sich in weiten Teilen an die bisherigen Bestimmungen über das Verfahren für das fakultative Finanzreferendum an. Neu geregelt werden musste in Umsetzung von Art. 17 KV das Gemeindereferendum (Art. 86–91 E-GPR). Aufnahme fanden auch Verfahrensbestimmungen zum nachträglichen Referendum im Zusammenhang mit dem Dringlichkeitsrecht gemäss Art. 18 KV (vgl. Art. 92–94 E-GPR).

n) Petitionsverfahren (Art. 95 E-GPR)

Nach dem Wegfall des speziellen kantonalen Petitionsrechts gemäss alter Kantonsverfassung (Art. 3 Abs. 4 aKV) wird lediglich noch das Verfahren für die Petition gemäss Bundesverfassung (Art. 33 BV) näher geregelt.

o) Rechtspflege und Strafbestimmungen (Art. 96–104 E-GPR)

Die Bestimmungen über die Rechtspflege (Art. 96–103 E-GPR) entsprechen inhaltlich weitgehend den bisherigen Regelungen, die sich in der Praxis bewährt haben. In Art. 101 Abs. 3 E-GPR wurde, in Anlehnung an das Bun-

desrecht (Art. 79 Abs. 2bis BPR), die Möglichkeit geschaffen, offensichtlich unbegründete Beschwerden ohne nähere Prüfung abzuweisen. Die in Art. 55 Abs. 2 Ziff. 1 KV vorgesehene Möglichkeit, wegen Verletzung von politischen Rechten an das Verwaltungsgericht als Verfassungsgericht zu gelangen, ist der Rechtspflegeordnung gemäss dem Gesetz über die politischen Rechte nachgeschaltet. Auch bei kantonalen Abstimmungen und Wahlen können also neue Entscheide der zuständigen Instanzen (Regierung, Grosse Rat, grossräthliche Kommission) von Verfassungen wegen noch an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird der Weiterzug ans Verwaltungsgericht im Gesetz ausdrücklich erwähnt (Art. 103 E-GPR).

Eine Neuerung ist die Schaffung einer kantonalen Strafbestimmung in Ergänzung zu den Strafbestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Art. 279–283 StGB).

p) Schlussbestimmungen (Art. 105–111 E-GPR)

Diese Bestimmungen entsprechen grundsätzlich den bisherigen Regelungen. Neu sind auch die Regionalverbände verpflichtet, die für die Wahl der Präsidentinnen oder Präsidenten der Verbände erforderlichen ergänzenden Bestimmungen zu erlassen.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

I. Allgemeine Bestimmungen (Art. 1–8 E-GPR)

1. GELTUNGSBEREICH UND GEGENSTAND (Art. 1 und 2 E-GPR)

Art. 1 Geltungsbereich

Abs. 1: Der Geltungsbereich des Gesetzes erfährt keine grundlegenden Änderungen. Neu regelt das Gesetz auch die Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände. Nichts geändert hat sich bezüglich der Wahlen und Abstimmungen in Kreisangelegenheiten. In Kreisen, in denen im Versammlungssystem abgestimmt wird, haben diese nach Artikel 106 E-GPR weiterhin die notwendigen ergänzenden Vorschriften zu erlassen. Wie bis anhin enthält das Gesetz hingegen minimale Vorschriften für das Initiativrecht in Kreisangelegenheiten (vgl. Artikel 74–78 E-GPR).

Abs. 2: Die Ausübung der politischen Rechte, die sich aufgrund des Bundesrechts ergeben, werden durch das Gesetz insoweit geregelt, als das Bundesrecht die Ordnung des Verfahrens den Kantonen überlässt (vgl. Artikel 83 Bundesgesetz über die politischen Rechte [BPR, SR 161.1]).

Abs. 3: Auf Abstimmungen und Wahlen in kommunalen Angelegenheiten findet das Gesetz wie bis anhin subsidiär Anwendung, soweit das Gemeindericht nichts bestimmt hat. Bezüglich des Initiativrechts in Gemeindeangelegenheiten sind weiterhin zwingende Vorschriften vorgesehen, welche von den Gemeinden im Sinne eines minimalen Standards zu beachten sind. Die Voraussetzungen des Stimm- und Wahlrechts in kommunalen Angelegenheiten sind grundsätzlich direkt in der Kantonsverfassung normiert (Artikel 9 Absatz 1 und 2 KV). Den Gemeinden verbleibt insoweit ein Gestaltungsspielraum, als sie selber bestimmen können, ob und unter welchen Voraussetzungen sie das Stimm- und Wahlrecht auf Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer beziehungsweise Ausländerinnen und Ausländer ausdehnen wollen (Artikel 9 Absatz 4 KV).

Art. 2 Begriffe

Die Grossratswahlen können in einem gewissen Sinne zwar als kantonale Wahlen betrachtet werden, weil es um die Bestellung einer kantonalen Behörde geht. Da sie jedoch den gleichen Regeln unterstehen wie die übrigen Kreiswahlen, werden sie im Gesetz wie schon heute als Kreiswahlen definiert.

2. STIMM- UND WAHLRECHT (Art. 3–6 E-GPR)

Art. 3 Inhalt, Voraussetzungen

Abs. 1: Er umschreibt den Inhalt des Stimm- und Wahlrechts.

Abs. 2: Dieser verweist für die Stimm- und Wahlberechtigung auf die einschlägigen Bestimmungen der Kantonsverfassung (Artikel 9 Absatz 1 und 2 KV), welche nicht nur für den Kanton, sondern auch für die Gemeinden, Kreise und Bezirke sowie, soweit es um die Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes geht, auch für die Regionalverbände gelten. Auf eine Wiederholung dieser Bestimmungen im Gesetz wird verzichtet. Vorbehalten bleiben die Vorschriften über die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und -schweizer in Absatz 3.

Abs. 3: Artikel 9 Absatz 3 der Kantonsverfassung sieht vor, dass das Gesetz das Stimm- und Wahlrecht der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in kantonalen Angelegenheiten regelt. Es erscheint dabei zweckmässig, sich bezüglich der Voraussetzungen und des Verfahrens an den Regelungen des Bundes zu orientieren, wo die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer schon seit Jahrzehnten die politischen Rechte ausüben können. Entsprechend sieht Absatz 3 vor, dass wer nach dem Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer befugt ist, die politischen Rechte in Bundesangelegenheiten im Kanton Graubünden auszuüben, dies auch in kantonalen Belangen tun kann. Für die Voraussetzungen und das Verfahren gilt

die einschlägige Bundesgesetzgebung (Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer, SR 161.5 und Verordnung über die politischen Rechte der Auslandschweizer, SR 161.51).

Art. 4 Ausübungsort (Politischer Wohnsitz)

Abs. 1: Bereits von Kantonsverfassungen wegen ist das Stimm- und Wahlrecht an den Wohnsitz im Kanton beziehungsweise im betreffenden Gemeinwesen (Gemeinde, Kreis, Bezirk, Region) geknüpft. Vorliegend wird dieser Grundsatz konkretisiert. Der Begriff des politischen Wohnsitzes ist bundesrechtlich beherrscht. Entsprechend orientiert sich die Formulierung in Absatz 1 an Artikel 3 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR; SR 161.1). In der Regel entspricht der politische Wohnsitz dem zivilrechtlichen.

Abs. 2: Dieser regelt die Anmeldeformalitäten analog zum Bundesrecht (vgl. Artikel 3 Absatz 2 BPR).

Abs. 3: In diesem Absatz bleiben selbstverständlich die Vorschriften über die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer vorbehalten. Letztere definieren sich gerade dadurch, dass sie über keinen Wohnsitz in der Schweiz verfügen (vgl. Artikel 2 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte der Auslandschweizer, [BPRA], SR 161.5).

Art. 5 Stimmregister

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Recht, das sich im Übrigen an der entsprechenden Bestimmung im Bundesgesetz über die politischen Rechte orientiert (Artikel 4 BPR). Im Gegensatz zum geltenden Recht (vgl. Artikel 5 Absatz 4 GPR) wurde darauf verzichtet, an dieser Stelle festzuhalten, dass Anordnungen betreffend Eintragungen, Streichungen und Einsichtnahme mit Stimmrechtsbeschwerde bei der Regierung angefochten werden können. Diese Weiterzugsmöglichkeit ergibt sich bereits aus Artikel 96 E-GPR.

Art. 6 Stimmgeheimnis

Das Stimmgeheimnis ist gewahrt, wenn der Ausdruck des politischen Willens einer Person dieser Person nicht zugeordnet werden kann. Das Stimmgeheimnis kann nicht in allen Bereichen der politischen Rechte gleichermaßen gewährleistet werden. Einschränkungen zeigen sich etwa bei offenen Wahlen und Abstimmungen in Kreis- oder Gemeindeversammlungen, bei der Sammlung von Unterschriften für Volksinitiativen und Volksreferenden oder bei der Einsicht in das Stimmregister.

3. POLITISCHE PARTEIEN (Art. 7 und 8 E-GPR)

Art. 7 Parteienförderung 1. Grundsatz

Die Bestimmungen in diesem Abschnitt konkretisieren Artikel 20 Absatz 2 der Kantonsverfassung, wo im Grundsatz festgehalten ist, dass die politischen Parteien vom Kanton unterstützt werden können, sofern ihre Ziele und ihr Aufbau demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen. Aus dem Wortlaut zur Bestimmung und den dazugehörigen Materialien (Botschaft der Regierung vom 15. Januar 2002, Heft Nr. 10/2001–2002, S. 540; Grossratsprotokoll 2002/2003, S. 266 ff.) ergibt sich, dass die Unterstützung nicht nur mit direkten finanziellen Beiträgen erfolgen kann, sondern auch in Form von Erleichterungen der politischen Tätigkeit. Auf Gesetzesstufe sind demnach Art und Umfang der Unterstützung und die Voraussetzungen näher zu regeln. Bereits heute existiert in langjähriger Praxis eine Reihe von Massnahmen zur Unterstützung und Förderung von Parteien, auch wenn das nirgends ausdrücklich geregelt ist. Im Einzelnen:

- Politische Parteien werden bei Informationen und Dokumentationen seitens der Kantonsverwaltung bevorzugt behandelt.
- Politische Parteien werden durch den Kanton in die Vernehmlassungsverfahren systematisch einbezogen. Sie gehören zum Kern der Stellen, die sich vernehmen lassen können, und werden deshalb mit praktisch allen Geschäften bedient, die in die Vernehmlassung gehen. Andere Institutionen werden nur je nach Geschäft oder von Fall zu Fall einbezogen.
- Angehörige der Kantonsverwaltung, die ein öffentliches Nebenamt bekleiden, in das sie gewählt sind, werden für die Ausübung innerhalb gewisser Grenzen von der Arbeit freigestellt (vgl. Artikel 59 Personalverordnung, BR 170.400 und Artikel 57 RAB zur Personalverordnung, BR 170.410).
- Indirekte Fördermassnahmen stellen die Entschädigungen an die Fraktionen des Grossen Rats dar (vgl. Artikel 7 Grossrätliche Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder und der Fraktionen des Grossen Rates, BR 170.180). Danach erhalten die Fraktionen jährlich eine Grundentschädigung von 4000 Franken und eine Entschädigung für jedes Fraktionsmitglied von 300 Franken.
- Trägerinnen und Träger von politischen Mandaten können die Mandatsbeiträge an die Parteien (Mandats-/Parteisteuern) als Gewinnkosten geltend machen und bei den Kantonssteuern abziehen (vgl. Artikel 31 und 32 Steuergesetz [StG, BR 720.000]; Artikel 26 und 27 Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer [DBG, SR 642.11]).
- Freiwillige Zuwendungen unter anderem für politische Parteien können bei der Kantonssteuer vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden (vgl. Artikel 32 und 36 Litera i StG; Artikel 27 und 33 I DBG).

- Politische Parteien sind von der subjektiven Steuerpflicht befreit (vgl. Artikel 78 Absatz 1 Litera f StG; Artikel 56 Litera g DBG).
- Beiträge für den eigenen Wahlkampf stellen bei einer Wiederwahl einer Berufspolitikerin oder eines Berufspolitikers abzugsfähige Gewinnungskosten dar (vgl. Artikel 31 und 32 StG; Artikel 26 und 27 DBG). Bei Selbstständigerwerbenden können die Propagandabeiträge bei einer Ersatzwahl unter Umständen als abziehbare Gewinnungskosten des Betriebes qualifiziert werden, wenn der Teilnahme am Wahlkampf für die bisherige berufliche Tätigkeit des Kandidaten oder der Kandidatin Werbecharakter zukommt (vgl. Artikel 32 StG; Artikel 27 DBG).

Grundsätzlich kann die staatliche Parteienförderung durch finanzielle sowie durch faktische Unterstützung erfolgen. Eine direkte finanzielle Parteienunterstützung kannte der Kanton Graubünden bis anhin nicht. Neu sind finanzielle Beiträge an politische Gruppierungen vorgesehen, die an den beiden letzten Grossratswahlen mit einem bestimmten Erfolg und einem bestimmten Verbreitungsgrad teilgenommen haben (Artikel 8 E-GPR). Bei der faktischen Unterstützung sieht der Kanton, wie erwähnt, bereits eine Reihe von Förderungsmassnahmen vor. Als zusätzliche Möglichkeit wurde der Gratisversand von Wahlprospekten zusammen mit den Wahlunterlagen geprüft, wegen der zu erwartenden logistischen Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung aber wieder verworfen (vgl. dazu auch die Ausführungen unter Punkt II.2.b).

Die Kantonsverfassung bestimmt in Artikel 20 nicht abschliessend, welche Organisationen als unterstützungswürdige politische Parteien zu gelten haben. Klar ist einzig, dass solche Organisationen von ihren Zielen und ihrem Aufbau her demokratischen rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen müssen. Die weitere Konkretisierung obliegt somit dem Gesetzgeber. Die an sich schwierige Frage, was als politische Partei gilt und was nicht, wird mit der vorliegend gewählten Definition der politischen Parteien auf pragmatische Weise gelöst. Insbesondere kann so ein grosser Verwaltungsaufwand durch ein kompliziertes Registrierungsverfahren vermieden werden.

Die Vernehmlassung ergab bezüglich der konkreten Ausgestaltung der Parteienförderung (Beitragsvoraussetzungen, Beitragshöhe etc.) ein sehr uneinheitliches Bild (vgl. Ausführungen unter Punkt II.2.b. vorne). Die dort vorgeschlagene Lösung wurde deshalb unverändert übernommen.

Art. 8 2. Beiträge

Abs. 1: Um in den Genuss von direkten finanziellen Beiträgen zu kommen, muss eine an sich förderungswürdige politische Partei zusätzliche Voraussetzungen erfüllen. Die Begründung für eine staatliche Unterstützung der politischen Parteien liegt darin, dass sie im politischen Prozess eines demokratischen Staates wichtige Aufgaben übernehmen, und so eine staatstra-

gende Funktion ausüben. Entsprechend sollen jene politischen Parteien auf eine direkte finanzielle Unterstützung des Staates zählen dürfen, welche ihre Aufgaben mit einer gewissen Regelmässigkeit und in einem bestimmten Umfange wahrnehmen. Absatz 1 sieht deshalb vor, dass der Kanton direkte finanzielle Beiträge nur an politische Parteien ausrichtet, die bei den zwei vorangegangenen Grossratswahlen in mindestens je 3 Wahlkreisen teilgenommen und dabei jedes Mal mindestens ein Grossratsmandat erreicht haben.

Abs. 2: Vorgesehen ist ein Beitrag von jährlich 2000 Franken pro Ratsmitglied. Die gesamten Aufwendungen unter diesem Titel würden sich somit bei 120 Ratsmitgliedern auf maximal 240 000 Franken belaufen. Dieser Betrag erscheint angesichts der staatspolitischen Bedeutung der politischen Parteien und auch im Vergleich mit anderen staatlichen Aufwendungen als angemessen.

Abs. 3: Dieser sieht vor, dass politische Parteien, die Beiträge beziehen, bezüglich ihrer finanziellen Verhältnisse Transparenz schaffen müssen und dem Grossen Rat ihre Jahresrechnung zur Kenntnis zu bringen haben. Diese Parlamentsöffentlichkeit kann durch entsprechende Einsichtnahmen der zuständigen Grossratskommissionen (Geschäftsprüfungskommission und Kommission für Wirtschaft, Abgaben und Staatspolitik) hergestellt werden.

II. Wahlen und Abstimmungen (Art. 9–48 E-GPR)

1. WAHL- UND ABSTIMMUNGSORGANISATION (Art. 9–15 E-GPR)

Art. 9 Abstimmungsort, -tag und -art

Mit dieser Bestimmung werden der Abstimmungsort (Gemeinden), der Abstimmungstag (gleichzeitig) und die Abstimmungsart (Urne) festgelegt. Ihr Inhalt entspricht weitgehend dem bisherigen Artikel 14 GPR.

Art. 10 Stimmbüro 1. Organisation

Diese Bestimmung entspricht grundsätzlich dem bisherigen Artikel 25 GPR. Mit der Formulierung in Absatz 2 wird zudem klargestellt, dass auch für das Stimmzählen stimmberechtigte Personen einzusetzen sind.

Art. 11 2. Amtszwang

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 26 GPR. Der Busenrahmen wird den heutigen Verhältnissen angepasst (bisher 5 Franken bis 100 Franken).

Art. 12 3. Unvereinbarkeit

Die Unvereinbarkeitsregelung ist neu und dient einem korrekten Verfahren. Insbesondere soll auch nur der Anschein vermieden werden, Mitglieder des Stimmbüros oder Stimmzählerinnen beziehungsweise Stimmzähler seien befangen.

Art. 13 4. Aufgaben

In dieser Bestimmung werden die wichtigsten Aufgaben des Stimmbüros in nicht abschliessender Form aufgeführt.

Art. 14 Öffentlichkeit

Wahlen und Abstimmungen werden teilweise soziologisch oder politologisch ausgewertet. Diese Bestimmung schafft hierfür eine einwandfreie rechtsstaatliche Grundlage. Das Stimmverhalten darf indessen nur dann ausgewertet und Ergebnisse nur dann veröffentlicht werden, wenn das Stimmgeheimnis gewahrt bleibt. Damit wird das Wahl- und Abstimmungsverhalten des Einzelnen geschützt.

Art. 15 EDV

Viele Gemeinden ermitteln heute die Wahl- und Abstimmungsergebnisse mit EDV-Unterstützung. Dies gilt vor allem für die Nationalratswahlen, wo im Jahre 2003 immerhin 41 Gemeinden das vom Kanton empfohlene EDV-Programm eingesetzt haben. Die diesbezüglichen Erfahrungen waren sehr positiv. Mit einem solchen Programm lassen sich der Zeit- und Personalaufwand erheblich reduzieren sowie Fehlerquellen ausschalten. Mit der vorliegenden Bestimmung soll der Regierung die Kompetenz eingeräumt werden, den Gemeinden nötigenfalls die Verwendung eines solchen Programms vorzuschreiben. Im Vordergrund stehen dabei klar die Nationalratswahlen. Der Kritik in der Vernehmlassung Rechnung tragend, ist eine Übernahme der Kosten der Gemeinden (Lizenz- und Wartungsgebühren) durch den Kanton vorgesehen (vgl. dazu die Ausführungen unter Punkt II. 2.b. vorne).

2. ANORDNUNG DER WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN

(Art. 16–20 E-GPR)

Art. 16 Anordnung, Bekanntgabe

Während die Erneuerungswahlen für das Bezirksgericht und das Kreispräsidium von der Regierung angeordnet werden, sprechen praktische Überlegungen dafür, dass, falls während laufender Amtsperiode bei diesen Gremien Ersatzwahlen notwendig werden, diese von der Verwaltungskommission beziehungsweise dem Kreisrat angeordnet werden.

Art. 17 Wahltermine I. Erneuerungswahlen

Bis anhin wurden die Bündner Vertreterinnen und Vertreter in den Eidgenössischen Räten (Nationalrat und Ständerat) an unterschiedlichen Terminen gewählt. Gleiches gilt für die Mitglieder der beiden obersten kantonalen politischen Behörden (Grosser Rat und Regierung). Die neue Kantonsverfassung sieht für die Mitglieder des Grossen Rates neu eine vierjährige Amtsperiode vor (Artikel 23 KV). Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, um die Regierungswahlen und die Grossratswahlen am gleichen Wahltermin durchzuführen. Durch das Zusammenfassen dieser beiden Urnengänge, und analog der National- und Ständeratswahlen, werden die Wahlen übersichtlicher und der Aufwand für die Parteien, aber auch für die mit der Durchführung der Wahlen betrauten Behörden kleiner. Bei der Zusammenfassung der Regierungsrats- und der Grossratswahlen ist auch mit einem grösseren Interesse bei den Stimmberechtigten zu rechnen. Die Grossratswahlen werden gegenüber heute aufgewertet und die Legitimation des Parlamentes damit erhöht.

In *Litera a* ist vorgesehen, dass die Erneuerungswahlen für die Regierung und den Grossen Rat (und die Wahl der Kreispräsidentin beziehungsweise des Kreispräsidenten sowie der Stellvertreterin beziehungsweise des Stellvertreters) in den Monaten Mai oder Juni stattfinden. Die neue Amtsdauer beginnt für die Regierungsratsmitglieder wie bis anhin am 1. Januar des folgenden Jahres, für die Grossratsmitglieder und die Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter am 1. August des laufenden Jahres. In Artikel 105 Absatz 1 Ziffer 1 und 2 KV sind die Voraussetzungen für den neuen Beginn der Amtsperiode am 1. August durch eine entsprechende Verlängerung der Amtsdauer geschaffen worden.

Die Ständeratswahlen sollen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen und für dieselbe Amtsdauer in der Regel am zweitletzten Sonntag im Oktober stattfinden (*Litera c*). Den genauen Wahltermin bestimmt der Bund. In Artikel 105 Absatz 1 Ziffer 3 KV sind durch eine Verlängerung der Amtsdauer der bündnerischen Mitglieder des Ständerates bis zum 25. November 2007 die Voraussetzungen für die Zusammenlegung auch dieser beiden Wahlen geschaffen worden. Die ersten Erneuerungswahlen nach neuer Ordnung werden für den Regierungsrat und den Grossen Rat folglich im Mai 2006 und für den Ständerat und den Nationalrat im Oktober 2007 stattfinden.

Für die Bezirksgerichtswahlen ändert sich gegenüber heute nichts (*Litera b*). Die vorgesehene Regelung für die Wahl der Präsidentinnen oder Präsidenten der Regionalverbände schliesslich belässt den Verbänden einen grossen Spielraum bei der Festlegung des Wahltermins (*Litera d*).

Art. 18 2. Ersatzwahlen

Abs. 1: Das geltende Recht sieht eine Ersatzwahl beim Bezirksgericht lediglich für den Präsidenten vor, und überlässt es beim Kreispräsidium dem Kreisrecht, bei Vakanz eine Ersatzwahl zu stipulieren. Neu ist für alle Behörden eine Ersatzwahl vorgesehen, wenn es vor Ablauf der Amtsdauer zu einer Vakanz kommt. Ausgenommen bleibt der Grosse Rat, wo die Stellvertreterregelung Platz greift.

Abs. 2: Wie bis anhin soll eine Ersatzwahl für den Rest der laufenden Amtsdauer unterbleiben, wenn sie erst zwei Monate vor der Erneuerungswahl oder später fällig würde (vgl. dazu auch die Ausführungen unter Punkt II.2.c. vorne).

Abs. 3: Dieser entspricht dem bisherigen Artikel 19 Absatz 3 GPR.

Art. 19 Zweiter Wahlgang

Dieser Artikel entspricht dem bisherigen Artikel 20 GPR (vgl. dazu auch die Ausführungen unter Punkt II.2.c. vorne).

Art. 20 Ausnahmen

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 21 GPR.

3. WAHL- UND ABSTIMMUNGSUNTERLAGEN (Art. 21–25 E-GPR)

Art. 21 Bereitstellung

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 22 Absatz 1 GPR. Neu ist festzulegen, dass für die Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes die zuständige Verbandsbehörde für die Vorbereitung und Zustellung der Wahlunterlagen verantwortlich ist (*Literatur*). Jeder Regionalverband hat diese Behörde entsprechend zu bestimmen.

Art. 22 Umfang

In dieser Bestimmung werden für die Wahlen und Abstimmungen auf den verschiedenen Ebenen die Wahl- und Abstimmungsunterlagen aufgezählt, welche die Gemeinden zur Verpackung, zusammen mit dem Stimmentrechtsausweis und den Unterlagen für die briefliche Stimmabgabe, und zur Weiterleitung an die Stimmberechtigten erhalten.

Art. 23 Inhalt

Wie bis anhin sollen in den Abstimmungserläuterungen des Grossen Rates die Erwägungen einer erheblichen Parlamentsminderheit angemessen berücksichtigt werden. Weiter gebietet es die politische Fairness, dass bei Initiativen und Referenden die wesentlichen abweichenden Auffassungen der

Urheberschaft berücksichtigt werden. Bei Volksinitiativen und Volksreferenden werden die Initiativ- beziehungsweise Referendumskomitees die Möglichkeit erhalten, ihre Stellungnahme der zuständigen Redaktionskommission des Grossen Rates zukommen zu lassen. Bei Gemeindeinitiativen und Gemeindereferenden steht diese Möglichkeit der jeweils federführenden Gemeinde zu. Die Redaktionskommission berücksichtigt in der Folge bei der Redaktion der Abstimmungserläuterungen die vorgebrachten Argumente angemessen (vgl. dazu auch die Ausführungen unter Punkt II.2.c. vorne).

Art. 24 Sprache

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 23 GPR. Weiterhin soll also nur der Grundsatz festgelegt werden, dass die Abstimmungsunterlagen in allen drei Kantonssprachen herauszugeben sind. Die definitive Festlegung der massgeblichen romanischen Sprachform soll wie bis anhin durch die Regierung erfolgen. Aktuell bestimmt Artikel 1 der Verordnung betreffend die Verwendung von Rumantsch Grischun für die romanischen Abstimmungsunterlagen und das romanische Bündner Rechtsbuch vom 26. Juni 2001 (BR 180.200), dass die kantonalen Abstimmungsunterlagen in romanischer Sprache in Rumantsch Grischun aufgelegt werden. Es ist geplant, diese Bestimmung in die regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen zum neuen Gesetz über die politischen Rechte zu überführen.

Art. 25 Zustellung

Mit der gegenüber dem bisherigen Artikel 24 Absatz 1 GPR neuen Formulierung, dass die Wahl- und Abstimmungsunterlagen «jeder stimmberechtigten Person» zuzustellen sind, wird auch vom Wortlaut her klar zum Ausdruck gebracht, dass eine haushaltsweise Zustellung nicht zulässig ist. Dies entspricht der bisher vertretenen Rechtsauffassung. Der Charakter des Wahl- und Stimmrechts, als ein jeder stimmberechtigten Person persönlich zustehendes politisches Mitwirkungsrecht, soll auch bei der Zustellung zum Ausdruck kommen. Die individuelle Zustellung der Unterlagen bietet auch einen besseren Schutz vor Unterschlagungen und vor unerwünschten Beeinflussungsversuchen.

Mit der Vorschrift, dass die Wahl- und Abstimmungsunterlagen den Stimmberechtigten frühestens vier Wochen vor dem Abstimmungstag zugestellt werden dürfen, wird der Abstimmungskampf auf eine sinnvolle Dauer vor dem Wahl- und Abstimmungstermin beschränkt. Die gleiche Regelung gilt bereits für Wahlen und Abstimmungen auf Bundesebene (vgl. Artikel 11 Absatz 3 BPR. Vgl. dazu auch die Ausführungen unter Punkt II.2.c. vorne).

4. STIMMABGABE (Art. 26–31 E-GPR)

Art. 26 Formen 1. In Eidgenössischen, kantonalen, regionalen und Bezirksangelegenheiten

Die *Abs. 1 und 2* entsprechen weitgehend Artikel 27 Absatz 1 und 2 GPR. In Absatz 1 wird die schon bisher bestehende Möglichkeit der vorzeitigen Stimmabgabe bei einer von der Gemeinde bezeichneten Amtsstelle im Gesetz ausdrücklich erwähnt. Bisher war diese Abstimmungsform in Artikel 15 der regierungsrätlichen Verordnung über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren (RVSA, BR 150.200) vom 18. Dezember 1978 geregelt.

Abs. 3: Zur Zeit können die politischen Rechte persönlich oder schriftlich ausgeübt werden. In den letzten Jahren hat jedoch die Informations- und Kommunikationstechnologie rasante Entwicklungen erfahren. Vor diesem Hintergrund wird propagiert, die Ausübung politischer Rechte auch über elektronische Verfahren zu ermöglichen. Dies kann der Demokratie möglicherweise neue Chancen eröffnen. Am Projekt «Vote électronique» der Bundeskanzlei haben sich auch die Kantone Genf, Neuenburg und Zürich beteiligt. Mit diesen Kantonen führt die Bundeskanzlei Pilotversuche durch, die im Hinblick auf eine gesamtschweizerische Lösung wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse liefern sollen. Der Kanton Genf hat im Januar 2003 sowie im November 2003 erfolgreich die ersten offiziellen Abstimmungen mit der elektronischen Stimmabgabe auf kommunaler Ebene durchgeführt. Und anlässlich der eidgenössischen Volksabstimmungen vom 26. September 2004 und 28. November 2004 wurden in Genfer Gemeinden erstmals Pilotversuche mit der elektronischen Stimmabgabe (Vote électronique) auf Bundesebene durchgeführt. Das Pilotprojekt des Kantons Neuenburg verfolgt das Ziel, die elektronische Unterschrift von Initiativen und Referenden zu ermöglichen. Im Kanton Zürich soll, sofern ein Versuch im Jahre 2004 erfolgreich verläuft, ab 2005 auch elektronisch abgestimmt werden können. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen soll in Absatz 3 der Regierung die Kompetenz eingeräumt werden, die Stimmabgabe auf elektronischem Weg ganz oder teilweise zu ermöglichen, sofern die zur Erfassung aller Stimmen sowie zur Wahrung des Stimmgeheimnisses und zur Verhinderung von Missbräuchen erforderlichen Bedingungen erfüllt sind. Die Regierung wird damit in die Lage gesetzt, sowohl eigene Konzepte zu entwickeln als auch allfällige Regelungen des Bundes in diesem Bereich nach Möglichkeit zu übernehmen. Die Bestimmung ist so formuliert, dass die Regierung die elektronische Stimmabgabe auch nur in einem Teilbereich (z. B. in einem Pilotprojekt) einführen kann. Die näheren Einzelheiten hat die Regierung in den Ausführungsbestimmungen zu regeln.

Art. 27 2. In Kreisangelegenheiten

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 27 a GPR.

Art. 28 Stimm- und Wahlzettel

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 29 GPR.

Art. 29 Urnenabstimmung 1. Urnenöffnungszeiten, vorzeitige Stimmabgabe

Die wichtigsten Punkte im Zusammenhang mit dem Ablauf der Urnenabstimmung (Urnenöffnungszeiten, vorzeitige Stimmabgabe, Bewachung der Urne und Status der Stimmlokale) sollen auf Gesetzesstufe geregelt werden. Bislang waren sie in der regierungsrätlichen Verordnung über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren (RVSA, BR 150.200) enthalten (vgl. Artikel 9–12 und Artikel 15 RVSA).

Das Verhalten der Stimmberechtigten hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Ein hoher Prozentsatz der Stimmenden macht von der Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe Gebrauch. In gewissen Agglomerationen können das 80 bis 90 Prozent der Stimmenden sein, aber auch in ländlichen Gebieten ist der Anteil der brieflich Stimmenden beachtlich hoch. Entsprechend ist der Anteil der Stimmenden zurückgegangen, die ihre Stimme an der Urne abgeben. Dieser Entwicklung ist bei der Festlegung der Urnenöffnungszeiten und bei der Regelung der vorzeitigen Stimmabgabe Rechnung zu tragen. Gemäss *Absatz 1* haben die Gemeinden die Urne am Abstimmungs- oder Wahltag selbst noch eine halbe Stunde offen zu halten (bisher eine Stunde, vgl. Artikel 9 Absatz 2 RVSA). Wie bisher ist die Urne spätestens um 12.00 Uhr zu schliessen. In Absatz 2 sind die beiden Formen der vorzeitigen Stimmabgabe aufgeführt, welche auch der Bund vorsieht (vgl. Artikel 7 Absatz 2 BPR). Angesichts der Entwicklung bei der brieflichen Stimmabgabe wäre eine Reduktion oder gar ein Verzicht auf diese beiden Möglichkeiten der vorzeitigen Stimmabgabe in Erwägung zu ziehen. Solange jedoch der Bund für die Bundesabstimmungen und die Nationalratswahlen diese Möglichkeiten weiterhin vorsieht, und die kantonalen Urnengänge in der Regel gleichzeitig mit den Bundesurnengängen stattfinden, würde ein solcher Verzicht nur geringen Nutzen bringen. Deshalb, aber auch aus Gründen der Verfahrenssicherheit, macht es keinen Sinn, in diesem Punkt eine Differenz zwischen dem Verfahren bei kantonalen und bei Urnengängen des Bundes zu schaffen.

Art. 30 2. Überwachung der Urne

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 11 Absatz 1 und 2 RVSA.

Art. 31 Stimmlokale

Diese Bestimmung entspricht weitgehend dem bisherigen Artikel 10 RVSA. Mit dem Hinweis auf das Verbot, Unterschriften zu sammeln, wird eine Klarstellung in einem Punkt vorgenommen, der immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt. Selbstverständlich ist das Sammeln von Unterschriften in der näheren Umgebung des Stimmlokals, aber eben nicht unmittelbar an den Eingängen, zulässig. Für die Durchsetzung dieser Bestimmung ist, wie bisher, die Gemeinde verantwortlich.

5. ERMITTLUNG DES WAHL-UND ABSTIMMUNGSERGEBNISSES

(Art. 32–42 E-GPR)

Allgemeine Bemerkungen:

Die Ermittlung des Wahl- und Abstimmungsergebnisses war bisher in den Artikeln 33–43 GPR geregelt. Weitgehend werden diese Bestimmungen, wenn nicht dem Wortlaut nach, so zumindest inhaltlich, übernommen. In zwei Bereichen ergeben sich jedoch markante Änderungen. So werden neu die Gründe, welche zur Ungültigkeit der brieflichen Stimmabgabe führen und die bisher in Artikel 19 RVSA geregelt waren, ins Gesetz überführt und teilweise ergänzt (Artikel 35 Absatz 2 E-GPR). Weiter wird, als Folge der überwiesenen Motion Barandun (GRP 2002/2003, S. 7 und 527 f.), das absolute Mehr, insbesondere für die Regierungsratswahlen, neu geregelt (Artikel 40 E-GPR).

Art. 32 Auszählung 1. Zeitpunkt, Mittel

Abs. 1: In diesem Absatz wird festgelegt, bis zu welchem Zeitpunkt die Stimmabgaben für die Ermittlung des Wahl- oder Abstimmungsergebnisses heranzuziehen sind. Verspätet eingehende Stimmabgaben sind für die Resultatermittlung nicht mehr zu berücksichtigen.

Abs. 2: Aufgrund der Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe geht in fast allen Gemeinden der grösste Teil der Wahl- und Stimmzettel an den Vortagen des Wahl- oder Abstimmungstags ein. Die eingegangenen brieflichen Stimmabgaben dürfen vorbehandelt werden, d.h. die Zustellkuverts dürfen geöffnet und die Stimmberechtigung darf überprüft werden. Mit der Auszählung, d.h. dem Öffnen der verschlossenen Stimmkuverts, dem Bereinigen und Sortieren der Stimmzettel, und dem Zählen der Stimmen, darf neu bereits vom Freitag (bisher Samstag) an begonnen werden. Damit wird dem veränderten Abstimmungsverhalten (briefliche Stimmabgabe) Rechnung getragen. In Ausnahmefällen sollen die Gemeinden die Möglichkeit haben, mit Bewilligung der Standeskanzlei den Auszählungsvorgang sogar noch früher zu beginnen. Solche Ausnahmefälle können bei grösseren Gemeinden eintreten, wenn eine grössere Zahl von Vorlagen zur Abstimmung gelangen, oder bei

den Nationalratswahlen. Selbstverständlich muss das Stimmgeheimnis auch im Rahmen der vorzeitigen Auszählung strikte gewahrt bleiben. Die zuständigen Verantwortlichen haben die eingesetzten Stimmzählenden entsprechend zu instruieren und die notwendigen organisatorischen Vorkehrungen zu treffen, um Missbräuche zu vermeiden.

Abs. 3: Die Frage des Einsatzes von technischen Hilfsmitteln zur Ermittlung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen führte im Nachgang zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 24. November 2002 zu einer schweizerischen Diskussion, nachdem in einigen Kantonen für die Stimmentmittlung Präzisionswaagen eingesetzt worden waren. Mit Kreisschreiben vom 15. Januar 2003 verabschiedete der Bundesrat in der Folge eine im Einvernehmen mit den Kantonen erarbeitete Lösung. Danach erteilt der Bundesrat eine pauschale Genehmigung für den Einsatz technischer Mittel. Messmittel wie Präzisionswaagen müssen zudem für die maschinelle Stimmzählung geeignet, vom Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung zugelassen und von den zuständigen kantonalen Eichämtern geeicht sein. Wie eine Umfrage der Standeskanzlei ergab, werden technische Geräte (Zählautomaten) auch im Kanton Graubünden in den grösseren Gemeinden für die Ermittlung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen eingesetzt. In Absatz 3 soll dafür eine klare Rechtsgrundlage geschaffen werden. Voraussetzung für den Einsatz solcher Geräte ist, dass sie eine zuverlässige Stimmentmittlung ermöglichen. Die Erfahrung zeigt, dass die maschinellen Auszählungen sehr zuverlässig sind. Schliesslich soll die Regierung ermächtigt werden, nötigenfalls den Einsatz solcher technischer Geräte anzuordnen. Eine solche Kompetenznorm ist im Hinblick auf eine künftige Entwicklung in diesem Bereich sinnvoll.

Art. 33 2. Zu ermittelnde Werte

In dieser Bestimmung werden die von den Stimmbüros zu ermittelnden Zahlen aufgelistet. In der Praxis erhalten die Gemeinden vom Kanton Protokoll-Formulare, in welche sie diese Angaben für jede Vorlage und jede Wahl einzutragen haben.

Art. 34 3. Leere Wahl- oder Stimmzettel

Mit dem zweiten Satz wird klargestellt, dass in Fällen, wo ein Stimmzettel mehrere Fragen umfasst, so bei Variantenabstimmungen oder Abstimmungen über eine Initiative und einen Gegenvorschlag, die unbeantworteten Fragen als leere Stimmen gelten, der Stimmzettel damit aber nicht zum leeren Stimmzettel wird.

Art. 35 4. Ungültige Wahl- oder Stimmzettel

Abs. 1: Die in Litera a–f aufgezählten Gründe, welche einen Wahl- oder Stimmzettel ungültig machen, sind bis auf Litera e dem bisherigen Recht ent-

nommen (vgl. Artikel 35 und Artikel 36 Absatz 3 GPR). Neu sollen Wahl- oder Stimmzettel auch ungültig sein, wenn wesentliche Teile fehlen. Dieser Sachverhalt ist in der Praxis bei Variantenabstimmungen oder Abstimmungen über eine Initiative und Gegenvorschlag aufgetreten. Dort ist es vorgekommen, dass die Stichfrage von den beiden Hauptfragen abgetrennt wurde.

Abs. 2: In diesem Absatz werden die Gründe, welche einen Wahl- oder Stimmzettel als Folge einer unkorrekten brieflichen Stimmabgabe ungültig werden lassen, aufgezählt. Die Ungültigkeit der brieflichen Stimmabgabe war bis anhin in Artikel 19 RVSA geregelt. Aufgrund ihrer Wichtigkeit gehören diese Regelungen jedoch in ein formelles Gesetz. Die Ungültigkeitsgründe gemäss Absatz 2 Litera a–c und Litera f wurden unverändert übernommen. Litera d regelt den in der Praxis immer wieder anzutreffenden Sachverhalt, dass ein Zustellkuvert mehrere Stimmzettelkuverts enthält. Oft sind es Familien oder Eheleute, welche aus praktischen oder finanziellen Überlegungen (Portokosten) die Stimmabgabe im gleichen Zustellkuvert vornehmen. Dieses Verhalten soll im Sinne der Förderung der Partizipation dann akzeptiert werden, wenn die gleiche Anzahl Stimmrechtsausweise im Zustellkuvert liegen. Ist das nicht der Fall, sind sämtliche Wahl- oder Stimmzettel ungültig. In Litera e ist der Sachverhalt geregelt, wo ein Stimmzettelkuvert (oder ein Zustellkuvert, wenn die Stimmzettel ohne Stimmzettelkuvert eingelegt werden) für die gleiche Wahl oder Abstimmung mehrere Wahl- oder Stimmzettel, aber nur einen Stimmrechtsausweis enthält. Falls die Wahl- oder Stimmzettel gleich lauten, soll, ebenfalls im Sinne einer Förderung der Partizipation, jeweils einer von ihnen gültig sein.

Das Verfahren zur Erkennung und Behandlung ungültiger brieflicher Stimmabgaben soll in den regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen noch näher geregelt werden. Im Zusammenhang mit der Volksabstimmung vom 18. Mai 2003 war zu Tage getreten, dass bei den Bündner Gemeinden diesbezüglich keine einheitliche Praxis besteht. Mit Kreisschreiben an alle Gemeinden vom 28. Juli 2003 hat die Standeskanzlei diesbezüglich klare Weisungen erlassen. Diese sollen, soweit es erforderlich scheint, in die regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen übernommen werden.

Art. 36 5. Ungültige Stimmen bei Wahlen

Diese Bestimmung regelt die Ungültigkeit von Stimmen auf gültigen Wahl- oder Stimmzetteln. Inhaltlich entspricht diese Bestimmung der bisherigen Regelung (vgl. Artikel 36 GPR).

Art. 37 Meldung der Ergebnisse

Diese Bestimmung entspricht inhaltlich dem bisherigen Artikel 37 GPR. Eine Ergänzung wurde bezüglich der Wahl der Präsidentinnen oder Präsidenten der Regionalverbände notwendig.

Art. 38 Zusammenfassung der Gemeindeergebnisse

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 38 GPR. Auch hier wurde eine Ergänzung bezüglich der Wahl der Präsidentinnen oder Präsidenten der Regionalverbände notwendig.

Art. 39 Auswertung der Ergebnisse I. Sachabstimmungen

Abs. 1 entspricht inhaltlich dem bisherigen Artikel 39 GPR.

Abs. 2 legt die Ergebnisermittlung bei Variantenabstimmungen im Sinne von Artikel 19 Absätze 2 und 3 sowie Artikel 101 Absatz 4 KV und für Fälle, wo einer Initiative ein Gegenvorschlag des Grossen Rates gegenübersteht (Artikel 15 Absätze 2 und 3 KV), fest. Bei Annahme von zwei alternativen Vorlagen beziehungsweise von Initiative und Gegenvorschlag gibt eine Stichfrage den Ausschlag. Dieses Verfahren wurde zuletzt bei der Totalrevision der Kantonsverfassung im Zusammenhang mit der Variantenabstimmung über das Wahlsystem angewendet. Falls die Stimmen bei der Stichfrage eintreten sollten, bestimmt sich das Ergebnis nach den Regeln in Art. 73 Absatz 4 und 5 E-GPR.

Art. 40 2. Wahlen a. Erforderliches Mehr

Für die kantonalen Wahlen (Regierungsratswahlen und Ständeratswahlen) und die Kreiswahlen (Grossratsmitglieder, Kreisbehörden) ist die Berechnung des absoluten Mehrs heute in den Artikeln 40 und 41 GPR geregelt. Grundsätzlich gilt danach das echte absolute Mehr (sogenanntes «Bündner Mehr»). Die Gesamtzahl aller gültigen Kandidatenstimmen wird durch die um eins vermehrte Zahl der freien Sitze geteilt; die nächsthöhere ganze Zahl ist das absolute Mehr (Artikel 40 Absatz 1 GPR). Die Kreise können für die Kreiswahlen in Abweichung davon bestimmen, dass von den Kandidaten mit den meisten Stimmen jene gewählt sind, welche mehr Stimmen erreichen als die durch die doppelte Zahl der freien Sitze geteilte Gesamtzahl aller gültigen Kandidatenstimmen (Artikel 41 GPR). Nach dieser Methode berechnet sich auch das absolute Mehr bei der im Rahmen der Reform der Gerichtsorganisation neu eingeführten Volkswahl der Bezirksgerichte (Artikel 40 Absatz 2 GPR).

Das «Bündner Mehr» ist gesamtschweizerisch ein Unikat. Wie die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte vor allem bei den Regierungsratswahlen zeigen, führt das «Bündner Mehr» regelmässig zu einem zweiten Wahlgang, sobald sich mehr Kandidatinnen und Kandidaten beteiligen, als Sitze zu vergeben sind und die Stimmen sich aufteilen. Zusätzliche Wahlgänge belasten aber alle Beteiligten (Stimmbürgerschaft, Kandidatinnen oder Kandidaten, Parteien, Gemeinden und Kanton) zeitlich und finanziell. Die Regierung war deshalb schon im Jahr 2000 bereit, die Motion Jäger betreffend Änderung der Berechnung des absoluten Mehrs bei Wahlen entgegenzu-

nehmen. Der Grosse Rat lehnte jedoch eine Überweisung in der Maisession 2000 ab (vgl. GRP 2000/2001, S. 165 f.). Mit der Motion Barandun betreffend Herabsetzung des absoluten Mehrs bei Regierungsratswahlen wurde das Anliegen dann wieder aufgenommen (vgl. GRP 2002/2003, S. 7). Wiederum war die Regierung bereit, den Vorstoss entgegenzunehmen. Diesmal wurde er vom Grossen Rat in der Oktobersession 2002 auch überwiesen (vgl. GRP 2002/2003, S. 527 f.). Bei der Beantwortung beider Vorstösse hatte die Regierung die «Zürcher Berechnungsmethode» als adäquate Berechnungsart vorgeschlagen. Danach wird die Gesamtzahl aller gültigen Stimmen für kandidierende Personen durch die doppelte Zahl der freien Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl ist das absolute Mehr. Mit der vorliegenden Bestimmung soll wiederum die «Zürcher Berechnungsmethode» statuiert werden, und zwar nicht nur für die Regierungsratswahlen, sondern auch für die Ständerats- und Kreiswahlen sowie die Wahl der Präsidentinnen und Präsidenten der Regionalverbände. Damit könnte die Berechnung des absoluten Mehrs auf Kantons-, Kreis-, Bezirksebene (wo die «Zürcher Methode» gemäss Artikel 40 Absatz 2 GPR seit der Gerichtsreform gilt) und regionaler Ebene vereinheitlicht werden. Das gleiche absolute Mehr würde damit aber auch für die Gemeinden gelten, soweit diese auf eine selbstständige Regelung verzichten. Auf diese Weise wird Transparenz und Rechtssicherheit geschaffen, und es können auf allen staatlichen Ebenen unnötige zweite Urnengänge bei Wahlen weitgehend vermieden werden. Dieser Lösung ist klar der Vorzug zu geben gegenüber einem speziellen «Bündner Modell», das in der Diskussion zur Motion Barandun im Grossen Rat, allerdings ohne nähere Konkretisierung, ins Spiel gebracht worden war.

Art. 41 b. Zweiter Wahlgang

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 42 GPR.

Art. 42 c. Losentscheid

Diese Bestimmung entspricht weitgehend dem bisherigen Artikel 43 GPR. Zum einen gilt es neu die zuständige Instanz bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes zu bestimmen. Zum andern wird ebenfalls neu statuiert, dass die betroffenen Personen, soweit möglich, für die Losziehung beizuziehen sind.

6. ABSCHLUSS DES VERFAHRENS (Art. 43–48 E-GPR)

Art. 43 Veröffentlichung I. Vorläufiges Ergebnis

Diese Bestimmung entspricht weitgehend dem bisherigen Artikel 44 GPR. Eine Ergänzung ist bezüglich der Wahl der Präsidentin beziehungsweise

des Präsidenten des Regionalverbandes notwendig. Die öffentliche Bekanntgabe erfolgt auf die im entsprechenden Gemeinwesen übliche Weise (mündlich, Anschlag am schwarzen Brett, via Medien).

Art. 44 2. Nachzählung

Abs. 1: Die Diskussionen um die Anordnung einer Nachzählung im Zusammenhang mit dem knappen Ausgang der Abstimmung über das Wahlsystem des Grossen Rates (Stichfrage) bei der Totalrevision der Kantonsverfassung vom 18. Mai 2003 haben die Notwendigkeit aufgezeigt, diesbezüglich im kantonalen Recht klare Grundlagen zu schaffen. Eine solche Regelung fehlte bis anhin. Direkt aus dem Stimmrecht leitet die Rechtsprechung einen Anspruch des Stimmberechtigten auf eine Nachzählung bei einer Abstimmung ab, wenn unter den konkreten besonderen Umständen begründete Zweifel an der Zuverlässigkeit und Genauigkeit der ermittelten Ergebnisse vorhanden sind. Der Hinweis auf konkrete Anhaltspunkte, welche solche Zweifel hervorzurufen vermögen, ist im Einzelfall jedoch schwierig, weil die Abläufe des Auszählungsverfahrens in weiten Teilen nicht transparent sind. Neu soll bei einer Wahl oder Abstimmung von Amtes wegen eine Nachzählung erfolgen, wenn die Differenz beim ermittelten vorläufigen Gesamtergebnis weniger als 0,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmzettel beträgt. Grundlage für die Berechnung bildet bei Wahlen und Sachabstimmungen, auch bei solchen mit Stichfrage (Variantenabstimmungen; Initiative/Gegenvorschlag), die Summe der abgegebenen gültigen Stimmzettel (vgl. dazu die Ausführungen unter Punkt II.2.b. vorne).

Abs. 2: Bei einer grösseren Stimmendifferenz ordnet die zuständige Instanz nur dann eine Nachzählung an, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen.

Abs. 3: Die Nachzählung kann entweder zentral oder, auf entsprechende Anordnung der zuständigen Instanz hin, in den Gemeinden erfolgen.

Art. 45 3. Konsolidiertes Ergebnis

Diese Bestimmung regelt die amtliche Publikation der konsolidierten Ergebnisse, mit welcher die Beschwerdefrist ausgelöst wird.

Art. 46 Erwahrung

Die Erwahrung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen ist in der neuen Kantonsverfassung nicht mehr vorgesehen. In der alten Verfassung war sie für Sachabstimmungen in Artikel 16 noch speziell geregelt. Am Institut der Erwahrung soll jedoch auf Gesetzesstufe festgehalten werden. Als Erwahrungsinstanz soll allerdings neu die Regierung anstelle des Grossen Rates eingesetzt werden. Dieser Zuständigkeitswechsel erscheint aufgrund des Charakters und der Bedeutung der Erwahrung gerechtfertigt. Die Erwahrung

erfolgt nach Ablauf der Beschwerdefrist oder nach Erledigung eines allfälligen Beschwerdeverfahrens. Sie ist kein Instrument, das eine Kassation einer Wahl oder Abstimmung bewirken kann. Der Vorgang des Erwahrens ist als Kontrolle jener kantonalen Organe und Amtsstellen zu qualifizieren, die mit der Vorbereitung und Durchführung von Abstimmungen betraut sind. Mit dem Erwahrensbeschluss bestätigt die zuständige Instanz die korrekte Abwicklung der Wahl oder Abstimmung. Bei Unstimmigkeiten steht ihr die Möglichkeit offen, Fehler aufzudecken, Missstände zu rügen und die Massregelung der Verantwortlichen zu verlangen beziehungsweise einzuleiten. Es gibt keinen sachlichen Grund, die Erwahrens nur bei Abstimmungen durchzuführen. Neu sollen deshalb auch die kantonalen Wahlen (Regierungsratswahlen und Ständeratswahlen) diesem Verfahren unterliegen.

Art. 47 Annahme der Wahl

Die Absätze 1 und 2 dieser Bestimmung entsprechen dem bisherigen Artikel 47 GPR. Absatz 3 sieht neu eine Entscheidungsregelung für den Fall vor, dass bei der Wahl in ein Amt eine Unvereinbarkeit zwischen mehreren Personen vorliegt (vgl. dazu die Ausführungen unter II.2.b. vorne).

Art. 48 Nachwahl

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 48 GPR.

III. Amtseinstellung und Amtsenthebung (Art. 49–54 E-GPR)

Art. 49 Zuständigkeit, Gründe

Mit dieser Bestimmung wird Artikel 21 Absatz 3 KV umgesetzt, der verlangt, dass das Gesetz die Einstellung im Amt und die Amtsenthebung von Behördenmitgliedern regelt. Artikel 21 Absatz 3 hat erst in der zweiten Lesung, auf Antrag einer Kommissionsminderheit, in die Verfassung Aufnahme gefunden (vgl. GRP 2002/2003, S. 271 ff. und S. 503 ff.). Der Gesetzgeber hat danach die betroffenen Behörden, die Gründe für eine Amtsenthebung, die für eine Amtsenthebung zuständigen Instanzen, das Verfahren und allfällige Rechtsmittel zu bestimmen.

Vorliegend ist vorgesehen, dass sowohl Mitglieder der Regierung als auch Mitglieder des Grossen Rates dem Amtsenthebungsverfahren unterliegen. Die Amtsenthebung anderer Behördenmitglieder (z.B. Mitglieder des Bankrates, des Konsultativrates der RhB) ist in der entsprechenden einschlägigen Gesetzgebung zu regeln. Als für die Amtseinstellung und Amtsenthebung zuständige Instanz ist der Grosse Rat vorgesehen. Grosse Bedeutung kommt der Festlegung der Gründe zu, die zu einer Amtsenthebung führen sollen. Die Amtseinstellung und Amtsenthebung stellen schwerwiegende Eingriffe in

die Stellung der betroffenen Person dar, sind aber auch staatspolitisch heikel, weil ein vom Volk gewähltes Behördenmitglied durch eine Behörde in seinem Amt eingestellt beziehungsweise von seinem Amt enthoben wird. Die Abberufungsgründe müssen deshalb restriktiv gehalten und so formuliert sein, dass politisch motivierte Abberufungen vermieden werden können. Die vorliegend vorgesehenen Amtsenthebungsgründe tragen diesen Überlegungen Rechnung. Die Amtspflichten stehen objektiv fest (z.B. Amtsgeheimnis, Vorschriften über die Nebenbeschäftigungen oder die Geschenkannahme). Der Grund für eine dauernde Amtsunfähigkeit kann vor allem krankheitsbedingt sein. Die vorgeschlagene Regelung der Amtsenthebungsgründe entspricht insoweit derjenigen über die Amtsenthebung der Bundesrichter im Bundesgesetz über das Bundesstrafgericht (SGG, SR 173.71) vom 4. Oktober 2002 (vgl. Artikel 10 SGG). Aufgrund der Vernehmlassung wurde als weiterer Grund für eine Amtseinstellung/Amtsenthebung «die rechtskräftige Verurteilung wegen eines Verbrechens» hinzugefügt (vgl. dazu die Ausführungen unter Punkt II.2.b. vorne).

Art. 50 Verfahren 1. Einleitung, Instruktion

Abs. 1: Das Amtsenthebungsverfahren wird durch einen Beschluss des Grossen Rates eingeleitet. Die Beschlussfassung kann von Amtes wegen oder auf Anzeige hin erfolgen. Voraussetzung für einen solchen Einleitungsbeschluss ist das Vorliegen von konkreten Hinweisen, das ein Amtsenthebungsgrund gegeben sein könnte.

Abs. 2: Bereits die Instruktion des Einleitungsbeschlusses obliegt der Kommission für Justiz und Sicherheit. Beschliesst der Grosse Rat ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten, obliegen ihr weiter namentlich die Durchführung der Untersuchung und die Instruktion des Endentscheidendes.

Art. 51 2. Untersuchung

Abs. 1: Der entscheidrelevante Sachverhalt ist von der Kommission für Justiz und Sicherheit von Amtes wegen zu ermitteln.

Abs. 2: Es soll darauf verzichtet werden, für das Untersuchungsverfahren eigene Bestimmungen zu erlassen. Statt dessen verweist Absatz 2 auf die entsprechenden Regelungen des Verfahrens in Verwaltungs- und Verfassungssachen im Gesetz über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen (VVG, BR 370.500) vom 3. Oktober 1982. Mit diesem Verweis ist ein rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren garantiert. Ein solcher Verweis hat zudem den Vorteil, dass bei verfahrensrechtlichen Fragen auf die bereits zu diesen Bestimmungen bestehende Verwaltungs- und Gerichtspraxis zurückgegriffen werden kann.

Art. 52 3. Amtseinstellung

Ein Amtsenthebungsverfahren kann sich, je nach Sachverhalt und Verhalten der Beteiligten, über Monate, wenn nicht Jahre hinziehen. Auf der anderen Seite kann ein grosses öffentliches Interesse an der sofortigen Freistellung einer Amtsträgerin oder eines Amtsträgers gegeben sein. Zu denken ist etwa an Fälle, wo das Ansehen des Amtes bei einem Verbleib grossen Schaden nähme oder wo die Weiterführung der Amtsgeschäfte sofortiges Handeln erfordern. Mit der vorliegenden Bestimmung wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, damit der Grosse Rat eine vorsorgliche Amtseinstellung verfügen kann. Diese kann mit oder ohne Lohnkürzung oder -streichung erfolgen. Voraussetzung dafür ist, dass bereits hinreichende Anhaltspunkte für einen Amtsenthebungsgrund vorliegen. Ist dies der Fall und ist eine sofortige Freistellung im öffentlichen Interesse, muss das Untersuchungsverfahren nicht abgewartet, sondern kann sofort gehandelt werden. Diese Bestimmung lehnt sich an Artikel 7 der regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen zur Personalverordnung an, welcher im Zusammenhang mit der fristlosen Kündigung einer kantonalen Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters ebenfalls die Möglichkeit einer vorsorglichen Freistellung vorsieht (vgl. BR 170.410). Das Institut der Amtseinstellung erscheint eher problematisch. Nachdem es die Verfassung aber ausdrücklich vorsieht, muss es auch gesetzgeberisch ausgestaltet werden.

Art. 53 4. Entscheid

Keine Bemerkungen.

Art. 54 5. Rechtsmittel

Die Anfechtbarkeit von Amtsenthebungsentscheiden ist rechtlich nicht zwingend. Weil eine Amtseinstellung/-enthebung in schwerwiegender Weise in die Rechtsstellung der betroffenen Person eingreift und an sich justiziabel ist, erscheint es angebracht, eine Weiterzugsmöglichkeit an eine richterliche Behörde vorzusehen. Von der Materie her drängt sich dabei das Verwaltungsgericht auf. Der Grosse Rat ist primär eine politische Behörde. Indem eine Weiterzugsmöglichkeit an eine richterliche Behörde vorgesehen wird, kann der Gefahr politisch motivierter Abberufungen vorgebeugt werden.

IV. Initiativverfahren (Art. 55–78 E-GPR)

1. INITIATIVE IN KANTONALEN ANGELEGENHEITEN (Art. 55–73 E-GPR)

Die Initiative kann nach Massgabe der Artikel 12–15 der Kantonsverfassung ergriffen werden. Durch die Totalrevision der Kantonsverfassung, die

am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist, hat das Initiativverfahren folgende Änderungen erfahren:

- Senkung der Unterschriftenzahl für Verfassungsinitiativen von 5000 auf 4000 Unterschriften.
- Einführung der Gemeindeinitiative (Erforderliches Quorum: $\frac{1}{7}$ der Gemeinden für Verfassungsinitiativen und $\frac{1}{8}$ der Gemeinden für Gesetzesinitiativen).
- Verkürzung der Behandlungsfristen von $2\frac{1}{2}$ auf 2 Jahre.
- Wegfall der Verordnunginitiative und der Initiative auf Einberufung des Grossen Rates.
- Schaffung eines Rechtsweges an das Verwaltungsgericht für die Anfechtung des Gültigkeitsentscheides des Grossen Rates.

A. Einreichung und Zustandekommen

a. Volksinitiative (Art. 55–63 E-GPR)

Allgemeine Bemerkungen:

Bezüglich der Volksinitiative kann festgehalten werden, dass die bisher geltenden Bestimmungen des Gesetzes über die Ausübung der Politischen Rechte im Kanton Graubünden betreffend Unterschriftenliste, Vorprüfung, Hinterlegung der Unterschriftenliste, Publikation, Unterzeichnung, Stimmrechtsbescheinigung, Verweigerung der Stimmrechtsbescheinigung, Einreichung, Rückzug und Zustandekommen keine materiellen Änderungen erfahren und weitgehend übernommen wurden (vgl. Artikel 50–58 a GPR).

Eine Neuerung betrifft die Frage der Ungültigkeit einer Volksinitiative. Die Voraussetzungen entsprechen dem geltenden Recht, wurden jedoch aus Gründen der Transparenz in der Verfassung verankert (vgl. Artikel 14 Absätze 1 und 2 KV). Der Entscheid über die Ungültigerklärung von Initiativen lag bisher abschliessend beim Grossen Rat. Neu können jedoch Entscheide des Grossen Rates an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden (Art. 14 Abs. 3 KV). Wie bisher kann der letztinstanzliche kantonale Entscheid dann noch beim Bundesgericht angefochten werden.

Art. 55 Unterschriftenliste

Der Inhalt der Bestimmung entspricht weitgehend dem bisherigen Artikel 50 GPR. Die bisher in Artikel 51 Absatz 2 GPR geregelten Anforderungen an den Titel des Initiativbegehrens werden neu hier integriert und um das Erfordernis erweitert, dass der Titel nicht übermässig lang sein darf.

Art. 56 Vorprüfung

Der Inhalt der Bestimmung entspricht weitgehend dem bisherigen Artikel 51 GPR.

Art. 57 Hinterlegung der Unterschriftenliste, Publikation

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 52 GPR.

Art. 58 Unterschrift

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 53 GPR.

Art. 59 Stimmrechtsbescheinigung

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 53 a GPR.

Art. 60 Verweigerung der Stimmrechtsbescheinigung

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 53 b GPR.

Art. 61 Einreichung

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 53 c GPR.

Art. 62 Zustandekommen

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 53 d GPR.

Art. 63 Rückzug

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 58 a GPR.

b. Gemeindeinitiative (Art. 64–68 E-GPR)

Allgemeine Bemerkungen:

Bei der neu eingeführten Gemeindeinitiative fehlen in der Verfassung nähere Verfahrensbestimmungen. Um zu gewährleisten, dass die von den Gemeinden zur gleichen Sache eingereichten Initiativbegehren auch gleich lauten, ist es sinnvoll, die Bestimmungen über das Verfahren zur Volksinitiative analog heranzuziehen.

Art. 64 Zuständigkeit, formelle Voraussetzungen

Abs. 1: Als erstes ist die Frage zu regeln, welches Organ der Gemeinde zur Fassung des Initiativbeschlusses zuständig ist. Die Bestimmung sieht vor, dass diese Befugnis dem Gemeindevorstand zusteht, soweit das Gemeinde-recht (Verfassung, Gesetz) keine abweichende Zuständigkeit (Gemeindeparlament, Volk) vorsieht. Diese Lösung trägt dem Gedanken der Flexibilität Rechnung und nimmt Rücksicht auf die Autonomie der Gemeinden. Sie ermöglicht seitens der Gemeinden ein rasches Handeln bei der Einreichung

einer Initiative. Die Gemeinden bleiben zudem in der Frage autonom, inwiefern sie das Volk in das Initiativverfahren mit einbeziehen wollen. In der Vernehmlassung ist diese Konzeption auf breite Zustimmung gestossen. Die Regierung teilt die von einer Stelle dagegen vorgebrachten verfassungsmässigen Bedenken (vgl. dazu die Ausführungen vorne unter Punkt II.2.a.) nicht. Der Wortlaut der Verfassung lässt diese Lösung zu. Ein weitergehender Eingriff in die Organisationsautonomie der Gemeinden hätte einer ausdrücklichen Regelung in der Verfassung selber bedurft.

Abs. 2: Das weitere Verfahren hat über eine federführende Gemeinde zu laufen, welche von den übrigen beteiligten Gemeinden entsprechend zu bezeichnen ist.

Art. 65 Vorprüfung

Der Titel der Initiative muss der Standeskanzlei von der federführenden Gemeinde des Initiativbegehrens zur Vorprüfung eingereicht werden.

Art. 66 Publikation

Wie bei der Volksinitiative sind der definitive Titel sowie der Text des Initiativbegehrens bei der Standeskanzlei zu hinterlegen und im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen. Vor der Publikation dürfen keine Gemeindebeschlüsse für eine Initiative gefasst werden. Mit diesem Vorgehen kann einigermassen sichergestellt werden, dass die Initiativbegehren der Gemeinden zur gleichen Sache gleich lauten.

Art. 67 Einreichung und Zustandekommen

Diese Bestimmung regelt die Voraussetzungen für die Einreichung des Initiativbegehrens sowie das Zustandekommen der Initiative. Ein Initiativbegehren muss spätestens ein Jahr nach der Publikation im Amtsblatt von der federführenden Gemeinde bei der Standeskanzlei eingereicht werden. Das Begehren hat die Gemeindebeschlüsse zur Initiative sowie die Protokollauszüge der entsprechenden Sitzungen der zuständigen Gemeindeorgane zu enthalten. Die Standeskanzlei prüft sodann, ob die Formvorschriften erfüllt sind und ob das Begehren rechtzeitig eingereicht wurde. Sie erstattet der Regierung Bericht über das Ergebnis ihrer Prüfung und stellt Antrag über das Zustandekommen des Initiativbegehrens. Die Regierung entscheidet, ob das Begehren zustande gekommen ist und lässt ihren Beschluss amtlich publizieren.

Art. 68 Rückzug der Initiative

Abs. 1 und 2: Wie bei der Volksinitiative kann grundsätzlich jeder Gemeindebeschluss zur Initiative zurückgezogen werden. Der Rückzug einer Gemeindeinitiative gilt als beschlossen, wenn der Beschluss von so vielen

Gemeinden zurückgenommen wird, dass das erforderliche Quorum von Artikel 12 Absatz 1 beziehungsweise Absatz 2 der Kantonsverfassung nicht mehr erfüllt ist.

Abs. 3: Ebenfalls bei der Gemeindeinitiative ist der Rückzug des Begehrens bis zur Festsetzung der Volksabstimmung zulässig. Bei einem Initiativbegehren in Form der allgemeinen Anregung, dem der Grosse Rat zustimmt, kann ein gültiger Rückzug bis zum Zustimmungsbeschluss erfolgen. Der Rückzug einer Gemeindeinitiative ist der Standeskanzlei zuhanden des Grossen Rates mitzuteilen.

B. Behandlung und Abstimmung

Allgemeine Bemerkungen:

Da zwischen der Volks- und der Gemeindeinitiative nach deren Zustandekommen keine verfahrensmässige Differenzen bestehen, wird bei der Regelung des weiteren Verfahrensablaufes (Behandlung im Grossen Rat sowie Durchführung der Volksabstimmung) auf eine Unterscheidung zwischen den beiden Initiativarten verzichtet.

Das Verfahren, wie es bisher im Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden geregelt war (vgl. Artikel 54–58 a GPR), bleibt in den Grundzügen erhalten. Bei der konkreten Ausgestaltung gilt es allerdings die Rahmenbedingungen der neuen Verfassung zu beachten. Dazu gehören das fakultative Referendum für Gesetze und bestimmte Finanzbeschlüsse (Artikel 17 Absatz 1 Ziffer 1 und 3 KV), die Bestimmung, wonach der Grosse Rat jeder Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen kann (Artikel 15 Absatz 2 KV), und die Vorschrift, wonach Volksinitiativen denen der Grosse Rat nicht zustimmt oder denen er einen Gegenvorschlag gegenüberstellt, dem obligatorischen Referendum unterliegen (Artikel 16 Ziffer 3 KV).

Eine Änderung bringt Artikel 15 Absatz 1 KV in Bezug auf die maximale Behandlungsfrist. Neu hat der Grosse Rat innert zwei Jahren seit Einreichung der Initiative über das Begehren zu befinden. Die Verkürzung der Frist um sechs Monate geht dabei zu Lasten der Regierung. Die Regierung und der Grosse Rat haben somit je ein Jahr Zeit für die Beratung. Der Grosse Rat kann jedoch die Frist um sechs Monate erstrecken.

Art. 69 Behandlung im Grossen Rat

Keine Bemerkungen.

Art. 70 Ausformulierte Initiativen

Abs. 1: Stimmt der Grosse Rat einer ausformulierten Initiative zu und beschliesst er keinen Gegenvorschlag, so gilt das Initiativbegehren als ein

eigener Beschluss. Damit ist die Weiterbehandlung festgelegt: Betrifft das Initiativbegehren einen Gegenstand, der dem obligatorischen Referendum unterliegt (Änderungen der Kantonsverfassung, vgl. Artikel 16 Ziffer 1 KV), wird die Initiative zwingend dem Volk zur Abstimmung unterbreitet. Betrifft sie aber einen dem fakultativen Referendum unterstehenden Gegenstand (Erlass, Änderung oder Aufhebung von Gesetzen, vgl. Artikel 17 Absatz 1 Ziffer 1 KV), wird die Initiative nur dann der Volksabstimmung zugeführt, wenn gegen den zustimmenden Beschluss des Grossen Rates das fakultative Referendum ergriffen wird.

Abs. 2: Der Grosse Rat hat die Möglichkeit, einer ausformulierten Initiative zuzustimmen und dieser einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Damit kann er zum Ausdruck bringen, dass er die Initiative für gut, seinen Gegenvorschlag aber für besser hält. Es findet dann zwingend eine Volksabstimmung statt (vgl. Art. 16 Ziffer 3 KV).

Abs. 3: Lehnt der Grosse Rat eine Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet ebenfalls zwingend eine Volksabstimmung statt (vgl. Artikel 16 Ziffer 3 KV).

(Siehe zu Artikel 70 auch das Schema «ausformulierte Initiative», hinten im Anhang 1)

Art. 71 Allgemein anregende Initiativen 1. Volksabstimmung

Dieser Artikel regelt die erste Phase des Verfahrens der Behandlung von allgemein anregenden Initiativen. Es gilt festzulegen, wann eine Volksabstimmung stattfinden muss und wann sie unterbleiben kann.

Abs.1: Lehnt der Grosse Rat eine allgemein anregende Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet eine Volksabstimmung statt. Dies ist eine Folge von Artikel 16 Ziffer 3 KV.

Abs. 2: Zur Begründung kann auf das zu Artikel 70 Absatz 2 Ausgeführte verwiesen werden.

Abs. 3: Dieser entspricht der bisherigen Regelung gemäss Artikel 55 Absatz 2 und Artikel 56 Absatz 1 GPR.

(Siehe zu Artikel 71 auch das Schema «Allgemein anregende Initiative» hinten in Anhang 2)

Art. 72 2. Vollzug

Diese Bestimmung regelt das Verfahren, nachdem das Volk oder der Grosse Rat einer allgemein anregenden Initiative zugestimmt haben. Es entspricht im Wesentlichen dem bisherigen, in Artikel 56 GPR geregelten Verfahren. Zu beachten ist auch hier, dass die Behandlungsfristen verkürzt sind. Die Regierung hat lediglich noch ein Jahr Zeit, um einen ausgearbeiteten Entwurf zu unterbreiten (Absatz 1). Dem Grossen Rat steht dementsprechend noch ein Jahr für die Behandlung des ausgearbeiteten Entwurfes

zur Verfügung. Innert zwei Jahren seit der Zustimmung des Volkes oder des Grossen Rates zu einer allgemein anregenden Initiative muss also ein Entwurf mit oder ohne Gegenvorschlag dem obligatorischen beziehungsweise dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

Abs. 1: Auf die nur noch einjährige Frist, die der Regierung zur Verfügung steht, um dem Grossen Rat einen ausgearbeiteten Entwurf zu unterbreiten, wurde bereits hingewiesen.

Abs. 2: Es kann auf die Ausführungen zu Artikel 70 Absatz 1 verwiesen werden.

Abs. 3: Es kann auf die Ausführungen zu Artikel 70 Absatz 2 verwiesen werden.

Abs. 4: Es kann auf die Ausführungen zu Artikel 70 Absatz 3 verwiesen werden.

(Siehe zu Artikel 72 auch das Schema «Allgemein anregende Initiative» hinten in Anhang 2)

Art. 73 Verfahren bei Doppelabstimmungen

Die Absätze 1 bis 3 dieser Bestimmung entsprechen dem bisherigen Artikel 57 GPR. Die Absätze 4 und 5 sind neu. Sie enthalten Entscheidungsregeln für den wohl eher seltenen Fall, dass beide Alternativvorlagen angenommen werden, und die Stimmen bei der Stichfrage aber einstehen (vgl. dazu auch die Ausführungen vorne unter Punkt II.2.b.)

2. INITIATIVE IN KREIS- UND GEMEINDEANGELEGENHEITEN (Art. 74–78 E-GPR)

Allgemeine Bemerkungen:

Die bisherigen Bestimmungen über das Initiativverfahren in Kreis- und Gemeindeangelegenheiten (Artikel 59–63 GPR) haben mit der Totalrevision der Kantonsverfassung ebenfalls keine Änderungen erfahren. Sie werden deshalb inhaltlich unverändert übernommen.

Art. 74 Grundsatz

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 59 GPR.

Art. 75 Initiative in Kreisangelegenheiten

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 60 GPR.

Art. 76 Initiative in Gemeinden mit Gemeindeversammlung

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 61 GPR.

Art. 77 Initiative in Gemeinden ohne Gemeindeversammlung
Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 62 GPR.

Art. 78 Rechtswidrige Initiativen
Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 63 GPR.

V. Verfahren für das fakultative Referendum in kantonalen Angelegenheiten *(Art. 79–94 E-GPR)*

Allgemeine Bemerkungen:

Bei der Neuordnung des Referendumsrechts in der neuen Kantonsverfassung ging es darum, eine Zuständigkeitsordnung zu schaffen, die einerseits ein rasches und sachgerechtes Handeln erlaubt und andererseits ein demokratisch legitimiertes Entscheidungsverfahren ermöglicht. Als markanteste Änderung steht beim Gesetzesreferendum der Wechsel vom obligatorischen zum fakultativen Referendum im Vordergrund. Weiter wurde das Finanzreferendum betragsmässig angepasst und die Möglichkeit des Dringlichkeitsrechts mit nachträglichem fakultativen Referendum geschaffen. Neu steht das fakultative Referendum auch den Gemeinden zur Verfügung. Das notwendige Quorum beträgt ein Zehntel der Gemeinden.

Im Hinblick auf die Anwendung dieser Instrumente sind der Verfahrensablauf sowie die Zuständigkeiten der beteiligten Stellen zu regeln. Für das Volksreferendum und teilweise ebenfalls für das Gemeindereferendum kann dabei das bisherige Verfahren zum fakultativen Finanzreferendum (vgl. Artikel 63 a–63 g GPR) herangezogen werden.

1. VOLKSREFERENDUM (Art. 79–85 E-GPR)

Art. 79 Publikation

Die Publikation der dem Referendum unterliegenden Gesetze und Beschlüsse des Grossen Rates hat in der nächstmöglichen Ausgabe des Kantonsamtsblattes durch das Ratssekretariat des Grossen Rates zu erfolgen. Die redaktionelle Bereinigung durch die Redaktionskommission muss nicht abgewartet werden. Dadurch kann das Verfahren beschleunigt werden. Ergeben sich nachträglich redaktionelle Änderungen, verbleibt ausreichend Zeit, um diese noch vor einer allfälligen Volksabstimmung einzubringen.

Art. 80 Unterschriftenliste

Die Zustimmung zum Referendumsbegehren hat durch eine Einzelunterschrift auf den Unterschriftenlisten zu erfolgen. Dabei ist die stimmberech-

tigte Person verpflichtet, ihren Namen handschriftlich und leserlich in die Liste einzutragen und zusätzlich eine eigenhändige Unterschrift beizufügen. Es müssen alle weiteren Angaben gemacht werden, die zur Feststellung der Identität erforderlich sind wie Vornamen, Geburtsdatum und Adresse. Für schreibunfähige Stimmberechtigte besteht die Möglichkeit der Stellvertretung. Dabei kann die Eintragung des Namenszugs durch eine stimmberechtigte Person vorgenommen werden. Diese setzt ihre eigene Unterschrift hinzu. Jedes Referendumsbegehren darf nur einmal unterschrieben werden.

Die Unterschriftenlisten müssen formellen Anforderungen genügen. So dürfen auf einer Liste nur Personen unterzeichnen, die in der gleichen Gemeinde stimmberechtigt sind. Der Name dieser Gemeinde ist anzugeben. Die Liste muss zudem die Bezeichnung des Gesetzes oder Beschlusses mit dem Datum der Verabschiedung durch den Grossen Rat sowie das Begehren um Durchführung einer Volksabstimmung über dieses Gesetz oder diesen Beschluss enthalten. Ferner hat die Unterschriftenliste auf die Strafbestimmungen von Artikel 281 und 282 des Strafgesetzbuches hinzuweisen. Die Liste darf schliesslich nur ein Gesetz oder einen Beschluss des Grossen Rates zum Gegenstand haben.

Art. 81 Ergänzende Vorschriften

Vor Ablauf der Frist müssen die Unterschriften von der Gemeinde bescheinigt werden. Die Unterschriftenlisten sind der oder dem Stimmregisterführenden der in der Liste genannten Gemeinde einzureichen. Die oder der Registerführende bescheinigt, dass die unterzeichnenden Personen in der genannten Gemeinde in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und sendet die Listen unverzüglich den Absendern zurück. Als Stichtag für die Stimmrechtsbescheinigung gilt der Tag, an dem die Liste zur Bescheinigung eingereicht wird. Die Bescheinigung muss verweigert werden, wenn die Person am Stichtag nicht in der Gemeinde stimmberechtigt ist oder die Unterschrift nicht den formellen Anforderungen entspricht. Hat eine stimmberechtigte Person ein Referendumsbegehren mehrmals unterschrieben, so wird nur eine Unterschrift bescheinigt. Der Verweigerungsgrund ist auf der Unterschriftenliste anzugeben. Die Bescheinigung muss die Anzahl Unterschriften enthalten sowie datiert, von der oder dem Stimmregisterführenden eigenhändig unterschrieben und mit dem Amtsstempel gekennzeichnet sein.

Art. 82 Einreichung, Ausschluss, Rückzug

Abs. 1: Die Unterschriftensammlung wird mit der gesamthaften Einreichung der bescheinigten Unterschriften bei der Standeskanzlei abgeschlossen. Wenn das Referendum von mehreren Seiten unabhängig ergriffen wird, bezieht sich diese Verpflichtung auf das jeweilige Referendumskomitee. Für die Frage des Zustandekommens sind dann alle Unterschriften zusammen zu

zählen. Die Einreichung hat innert 90 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Gesetzes oder Beschlusses zu erfolgen.

Abs. 2: Eingereichte Unterschriftenlisten unterliegen dem Schutz des Stimmgeheimnisses.

Abs. 3: Das Referendum kann im Gegensatz zur Initiative nicht mehr zurückgezogen werden. Diese Lösung wird mit der Respektierung des Willens der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und der im Vergleich zur Initiative unterschiedlichen Sachlage begründet.

Art. 83 Zustandekommen

Nach Einreichung der Unterschriftenlisten ermittelt die Standeskanzlei die Gesamtzahl der gültigen Unterschriften. Ungültig sind Unterschriften, die den formellen Anforderungen nicht genügen sowie Unterschriften ohne oder mit fehlerhafter Bescheinigung. Die Standeskanzlei erstattet der Regierung Bericht über das Prüfungsergebnis und stellt Antrag über das Zustandekommen des Referendumsbegehrens. Der Entscheid über das Zustandekommen obliegt der Regierung.

Art. 84 Volksabstimmung

Ist das Referendum zustande gekommen, ordnet die Regierung die Abstimmung an. Sie ist dabei an keine Frist gebunden. Die Verantwortung liegt bei der Standeskanzlei. Sie instruiert den erforderlichen Regierungsbeschluss und veranlasst die Publikation im Kantonsamtsblatt.

Art. 85 Nichtzustandekommen

Wenn innert einer Frist von 90 Tagen seit der amtlichen Publikation des Gesetzes oder Beschlusses des Grossen Rates kein oder kein gültiges Referendumsbegehren gestellt wird, erklärt die Regierung den Beschluss als in Rechtskraft erwachsen. Dieser Entscheid bedarf der amtlichen Publikation.

Stellt der Grosse Rat der Vorlage eine Variante gegenüber und wird kein Referendum ergriffen, tritt der Hauptantrag in Kraft und die Variante fällt dahin (Art. 19 Abs. 3 KV). Der Feststellungsbeschluss der Regierung ist ebenfalls im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen.

Die Verantwortung für die Instruktion der erforderlichen Regierungsbeschlüsse und der notwendigen Publikationen obliegt der Standeskanzlei.

2. GEMEINDEREFERENDUM (Art. 86–91 E-GPR)

Art. 86 Publikation

Die Gesetze und Beschlüsse, die dem Referendum unterstehen, sind unverzüglich im Anschluss an die Grossratssession im Kantonsamtsblatt zu

publizieren. Bezüglich der Publikation der Beschlüsse sowie der Verantwortung für redaktionelle Änderungen kann auf die Bemerkungen beim Volksreferendum hingewiesen werden.

Art. 87 Zuständigkeit, formelle Voraussetzungen

Abs. 1: Bezüglich der Frage, welches Gemeindeorgan beim Gemeindereferendum zur Fassung eines Referendumsbeschlusses zuständig ist, kann auf die Ausführungen zur Gemeindeinitiative (Artikel 64) verwiesen werden. Solange also die Gemeinde nichts anders regelt, ist der Beschluss betreffend die Erhebung des Gemeindereferendums vom Gemeindevorstand zu treffen.

Art. 88 Einreichung, Rückzug

Die federführende Gemeinde hat das Begehren um Durchführung der Volksabstimmung innert 90 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Gesetzes oder Beschlusses des Grossen Rates bei der Standeskanzlei einzureichen. Das Begehren muss die Beschlüsse der Gemeinden zur Ergreifung des Referendums sowie die dazugehörigen Protokollauszüge enthalten.

Wie beim Volksreferendum ist der Rückzug eines Referendumsbegehrens nicht zulässig.

Art. 89 Zustandekommen

Keine speziellen Bemerkungen.

Art. 90 Volksabstimmung

Keine speziellen Bemerkungen.

Art. 91 Nichtzustandekommen

Keine speziellen Bemerkungen.

3. NACHTRÄGLICHES REFERENDUM FÜR DRINGLICHE GESETZE

(Art. 92–94 E-GPR)

Allgemeine Bemerkungen:

In Analogie zum Rechtsetzungsverfahren auf Bundesebene ist das Dringlichkeitsrecht in der Kantonsverfassung eingeführt worden (vgl. Artikel 18 KV). Dringliche Gesetze treten neu sofort in Kraft und unterstehen dem fakultativen Referendum. Die Dringlichkeit muss von zwei Dritteln der Mitglieder des Grossen Rates, d.h. von mindestens 80 Mitgliedern, beschlossen werden. Sie setzt voraus, dass das Inkrafttreten eines Gesetzes keinen Aufschub erträgt. Für das sofortige Inkrafttreten sind triftige Gründe erforder-

lich; die blossе Wünschbarkeit eines raschen Inkrafttretens reicht hierzu nicht aus. Triftige Gründe bestehen beispielsweise, wenn die notwendige Anschlussgesetzgebung zum Bundesrecht beim ordentlichen Verfahren nicht vor dessen Inkrafttreten erlassen werden könnte. Das dringliche Gesetz ist im Gegensatz zur Regelung auf Bundesebene nicht zu befristen.

Art. 92 Verfahren

Das dringliche Gesetz ist im Anschluss an die Grossratssession im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen. Die Publikation muss auf das fakultative Referendum sowie auf den Ablauf der Referendumsfrist hinweisen. Die Einreichung und das Zustandekommen des Referendums richten sich nach den für das Volks- und das Gemeindereferendum geltenden Bestimmungen. Der Rückzug eines Referendumsbegehrens ist bei einem dringlichen Gesetz ebenfalls unzulässig.

Art. 93 Volksabstimmung

Kommt das Referendum zustande und wird das dringliche Gesetz in der Volksabstimmung abgelehnt, trifft es sofort ausser Kraft. Es kann nicht erneuert werden.

Art. 94 Nichtzustandekommen

Das Nichtzustandekommen des Referendums ist amtlich zu publizieren.

VI. Petitionsverfahren (Art. 95 E-GPR)

Art. 95 Petition

Petitionen sind individuelle oder kollektive Bitten, Vorschläge, Kritiken oder Beschwerden an staatliche Behörden. Es handelt sich dabei um ein politisches Kommunikationsinstrument, mit welchem grundsätzlich jede staatliche Tätigkeit gerügt werden kann. Petitionen können somit an jede staatliche Stelle auf irgendeiner Ebene eingereicht werden.

Eine Petition ist rasch und angemessen zu behandeln. Aufgrund der unterschiedlichen Umstände wurde darauf verzichtet, eine konkrete Beantwortungsfrist vorzusehen.

Der Schutz der Petitionsfreiheit wird in der Kantonsverfassung nicht mehr explizit erwähnt. Artikel 7 der Kantonsverfassung verzichtet auf die Auflistung eines Grundrechtskatalogs.

VII. Rechtspflege und Strafbestimmungen (Art. 96–104 E-GPR)

Allgemeine Bemerkungen:

Die Bestimmungen über die Rechtspflege entsprechen inhaltlich weitgehend den bisherigen Bestimmungen in den Artikel 65 a–65 h GPR. Diese haben sich in der Praxis bewährt, sodass kein Anlass für grössere Änderungen besteht. Zu den angebrachten präzisierenden Neuerungen vgl. die Ausführungen vorne unter Punkt II.2.b. und Punkt III.1.o.

Art. 96 Beschwerde

Die Bestimmung fasst die bisherigen Artikel 65 a, 65 b und 65 g GPR zusammen.

Art. 97 Legitimation

Diese Bestimmung entspricht grundsätzlich dem bisherigen Artikel 65 c GPR. Vgl. dazu auch die Ausführungen vorne unter Punkt II.2.b.

Art. 98 Frist

Diese Bestimmung entspricht grundsätzlich dem bisherigen Artikel 65 d GPR.

Art. 99 Beschwerdeschrift

Diese Bestimmung entspricht grundsätzlich dem bisherigen Artikel 65 e GPR.

Art. 100 Aufschiebende Wirkung

Diese Bestimmung entspricht grundsätzlich dem bisherigen Artikel 65 f GPR.

Art. 101 Entscheid

Vgl. die Ausführungen vorne unter Punkt II.2.b und unter Punkt III.1.o.

Art. 102 Weitere Verfahrensvorschriften

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 65 h GPR.

Art. 103 Weiterzug ans Verwaltungsgericht

Vgl. die Ausführungen vorne unter Punkt II.2.b.

Art. 104 Strafbestimmungen

Abs. 1: Das Schweizerische Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0) enthält im 14. Titel «Vergehen gegen den Volkswillen» eine Reihe von Strafbestimmungen (Artikel 279–283 StGB), die ein korrektes Wahl- und Abstimmungs-

verfahren sicherstellen sollen. Zusätzlich soll neu auch eine kantonale Strafbestimmung geschaffen werden. Im Vordergrund stehen dabei präventive Überlegungen. Das vorliegende Gesetz und die regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen übertragen den Mitgliedern von Behörden und der Stimmbüros sowie den beigezogenen Hilfspersonen wichtige Aufgaben. Falls sie solche Pflichten vorsätzlich oder grobfahrlässig verletzen, kann eine Bestrafung mit Busse erfolgen.

Abs. 2: Die Verfolgung und Beurteilung der Widerhandlungen richten sich nach der Strafprozessordnung. Somit findet das Strafmandatsverfahren vor dem Kreispräsidenten Anwendung (vgl. Artikel 49 Absatz 1 Litera d StPO).

VIII. Schlussbestimmungen (Art. 105–111 E-GPR)

Art. 105 Vollzug 1. Regierung

Wie bis anhin soll die Regierung die Detailfragen in den Ausführungsbestimmungen regeln. Die wichtigsten Regelungsbereiche werden aufgeführt.

Art. 106 2. Kreise

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 67 GPR.

Art. 107 3. Gemeinden

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 68 GPR.

Art. 108 4. Regionalverbände

Die Regionalverbände haben insbesondere die zuständige Behörde zu bezeichnen, welche die verschiedenen Verrichtungen vornimmt, die im vorliegenden Gesetz und in den regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen vorgesehen sind.

Art. 109 Aufhebung bisherigen Rechts

Keine Bemerkungen.

Art. 110 Übergangsbestimmungen

Keine Bemerkungen.

Art. 111 Referendum und In-Kraft-Treten

Gemäss Artikel 91 Absatz 2 BPR bedürfen die kantonalen Ausführungsbestimmungen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundes. Die In-Kraft-Setzung des revidierten Gesetzes ist auf 1. Januar 2006 geplant.

IV. Finanzielle Auswirkungen

Die vorliegende Revision bringt für den *Kanton* folgende Mehraufwendungen:

- für die geplante Anschaffung eines EDV-Programms für die Nationalratswahlen, das den Gemeinden unentgeltlich zur Verfügung gestellt würde, ist mit einmaligen Kosten (Lizenzgebühren) von 95 000 Franken und jährlich wiederkehrenden Kosten (Wartungsgebühren) von 9000 Franken zu rechnen (vgl. dazu auch die Ausführungen unter Punkt II.2.b.);
- die finanziellen Beiträge an die Parteien unter dem Titel der staatlichen Parteienförderung verursachen jährlich wiederkehrende Kosten von maximal 240 000 Franken.

Durch das Zusammenlegen der Wahltermine und das weniger häufige Auftreten von zweiten Wahlgängen wegen der neuen Berechnung des absoluten Mehrs können sich andererseits gewisse Kosteneinsparungen (Personal- und Sachaufwand) ergeben, die aber nicht bezifferbar sind. Der Sachaufwand (Druck und Versand Wahlzettel) für den Kanton für einen Urnengang beläuft sich bei Wahlen auf ca. 8000 Franken. Dazu kommt der Personalaufwand.

Auf die *Gemeinden* dürften sich die Vorlage wegen den organisatorischen Erleichterungen (Urnenöffnungszeiten, vorzeitige Auszählung), der Verringerung der Urnengänge und der EDV-Unterstützung eher entlastend auswirken.

Für die *Kreise* und *Bezirke* sind keine direkten finanziellen Veränderungen erkennbar. Mit gewissen Mehraufwendungen haben hingegen die *Regionalverbände* in Zusammenhang mit der Volkswahl ihrer Präsidentinnen und Präsidenten zu rechnen.

V. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»

Die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtssetzung und Rechtsanwendung (VFRR) werden im vorliegenden Entwurf beachtet, soweit es die spezifischen Erfordernisse des Regelungsbereichs gestatten. Im Bereich der politischen Rechte spielen Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit eine grosse Rolle, was grundsätzlich bestimmte Normen und eine relativ dichte Regulierung verlangt. Ausdrückliche Gesetzesvorbehalte in der Verfassung (vgl. Art. 9 Abs. 3, 21 Abs. 3, 62 Abs. 2, 73 Abs. 2 KV) und die Wichtigkeit der Materie (Art. 31 Abs. 2 Ziff. 1 und 5 KV) machen es weiter notwendig, viele Regelungen auf Gesetzesstufe anzusiedeln.

VI. Genehmigung durch den Bund und In-Kraft-Setzung

Nach Art. 91 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR, SR 161.1) bedürfen kantonale Ausführungsbestimmungen zu diesem Erlass der Genehmigung durch den Bund. Da die Genehmigung Gültigkeitserfordernis ist, kann die vorliegende Revision erst in Kraft treten, nachdem der Bund seine Zustimmung erteilt hat. Es ist beabsichtigt, anschliessend die Revision auf 1. Januar 2006 in Kraft zu setzen. Damit könnten die nächsten Gesamterneuerungswahlen des Grosse Rats und der Regierung erstmals gleichzeitig, voraussichtlich Ende Mai 2006, stattfinden.

VII. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. Auf die Vorlage einzutreten;
2. der Totalrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden (neu: Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden) zuzustimmen;
3. die Teilrevision der Geschäftsordnung für die Regierung des Kantons Graubünden zu beschliessen;
4. die Motion Barandun betreffend Herabsetzung des absoluten Mehrs bei Regierungsratswahlen (GRP 2002/2003, S. 7) zufolge Erfüllung abzuschreiben.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Die Präsidentin: *Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden

Vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung,

nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005,

beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen

1. GELTUNGSBEREICH UND GEGENSTAND

Art. 1

¹ Das Gesetz regelt:

Geltungsbereich

- a) die Wahlen und Abstimmungen in kantonalen, in Bezirks- und Kreisangelegenheiten, sowie die Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände;
- b) die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in kantonalen Angelegenheiten;
- c) die Ausübung des Initiativrechts in Kreis- und Gemeindeangelegenheiten.

² Auf die eidgenössischen Abstimmungen und die Nationalratswahlen sowie die Ausübung des Referendums- und Initiativrechts in eidgenössischen Angelegenheiten ist das Gesetz anwendbar, soweit das Bundesrecht die Ordnung des Verfahrens den Kantonen überlässt.

³ Sinngemäss Anwendung findet das Gesetz auf Abstimmungen und Wahlen in kommunalen Angelegenheiten, soweit das Gemeinderecht nichts bestimmt.

Art. 2

¹ Kantonale Wahlen sind die Regierungsrats- und Ständeratswahlen; Begriffe Kreiswahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und der weiteren vom Volk gewählten Kreisbehörden und -angestellten.

² Bezirkswahlen sind die Wahlen der Mitglieder der Bezirksgerichte.

³ Regionale Wahlen sind die Wahlen der Präsidentinnen beziehungsweise Präsidenten der Regionalverbände.

2. STIMM- UND WAHLRECHT

Art. 3

Inhalt,
Voraussetzungen

¹ Das Stimm- und Wahlrecht umfasst das Recht, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, sich wählen zu lassen sowie Referenden und Initiativen zu unterzeichnen.

² Die Stimm- und Wahlberechtigung richtet sich nach der Kantonsverfassung. Vorbehalten bleiben die Vorschriften über die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und -schweizer gemäss Absatz 3.

³ Wer nach dem Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer befugt ist, die politischen Rechte in Bundesangelegenheiten im Kanton Graubünden auszuüben, kann dies auch in kantonalen Belangen tun. Die Voraussetzungen und das Verfahren richten sich nach dem Bundesgesetz über die politischen Rechte der Auslandschweizer und diesem Gesetz.

Art. 4

Ausübungsort
(Politischer
Wohnsitz)

¹ Die Ausübung des Stimm- und Wahlrechts erfolgt am politischen Wohnsitz. Dieser befindet sich in der Gemeinde, in welcher die stimmberechtigte Person wohnt und angemeldet ist. Fahrende stimmen in ihrer Heimatgemeinde.

² Wer statt des Heimatscheins einen anderen Ausweis (Heimatausweis, Interimsschein usw.) hinterlegt, erwirbt nur politischen Wohnsitz, wenn er nachweist, dass er am Ort, wo der Heimatschein liegt, nicht im Stimmregister eingetragen ist.

³ Die Vorschriften über die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bleiben vorbehalten.

Art. 5

Stimmregister

¹ Die Stimmberechtigten sind am politischen Wohnsitz in das von der Gemeinde zu führende Stimmregister einzutragen. Eintragungen und Streichungen sind von Amtes wegen vorzunehmen.

² Vor einer Wahl oder Abstimmung sind Eintragungen oder Streichungen bis zum fünften Vortag des Wahl- oder Abstimmungstages vorzunehmen, wenn feststeht, dass die Voraussetzungen zur Teilnahme am Abstimmungstag erfüllt sind.

³ Das Stimmregister steht den Stimmberechtigten zur Einsicht offen.

Art. 6

Bei Urnenwahlen und -abstimmungen sowie bei geheimen Wahlen und Abstimmungen ist das Stimmgeheimnis uneingeschränkt, in den übrigen Fällen so weit als möglich zu wahren. Stimmgeheimnis

3. POLITISCHE PARTEIEN**Art. 7**

Als förderungsberechtigte politische Parteien gelten alle Vereinigungen, die an Grossrats-, Regierungsrats-, Nationalrats- oder Ständeratswahlen teilnehmen. Parteienförderung
1. Grundsatz

Art. 8

¹ Der Kanton richtet Beiträge an politische Parteien aus, die bei den zwei vorangegangenen Grossratswahlen in mindestens je 3 Wahlkreisen teilgenommen und dabei jedes Mal mindestens ein Grossratsmandat erreicht haben. 2. Beiträge

² Der Beitrag beträgt jährlich 2'000 Franken pro Ratsmitglied.

³ Politische Parteien, die Beiträge beziehen, bringen dem Grossen Rat ihre Jahresrechnung zur Kenntnis.

II. Wahlen und Abstimmungen**1. WAHL- UND ABSTIMMUNGSORGANISATION****Art. 9**

¹ Die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen, die Bezirksgerichtswahlen sowie die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Regionalverbandes werden gemeindeweise am gleichen Tag an der Urne durchgeführt. Abstimmungsort,
-tag und -art

² Die Wahlen und Abstimmungen in Kreisangelegenheiten werden gemeindeweise am gleichen Tag oder in der Kreisversammlung durchgeführt.

Art. 10

¹ Der Gemeindevorstand, bei Kreisversammlungen der Kreisrat, setzt ein Stimmbüro von mindestens zwei stimmberechtigten Mitgliedern ein und bezeichnet dessen Präsidentin beziehungsweise Präsidenten und dessen Aktuarin beziehungsweise Aktuar. Er kann auch selbst als Stimmbüro amten. Stimmbüro
1. Organisation

² Dem Stimmbüro ist die nötige Anzahl stimmberechtigter Personen als Stimmzählerinnen beziehungsweise Stimmzähler beizugeben.

Art. 11

2. Amtszwang

¹ Jede stimmberechtigte Person ist verpflichtet, das Amt eines Mitgliedes, einer Präsidentin beziehungsweise eines Präsidenten oder einer Aktuarin beziehungsweise eines Aktuars des Stimmbüros oder einer Stimmzählerin beziehungsweise eines Stimmzählers anzunehmen und dieses Amt auszuüben, es sei denn, dass wichtige Gründe wie Krankheit, Alter oder Ortsabwesenheit sie daran hindern.

² Wer ohne wichtigen Grund die Übernahme oder Ausübung des Amtes ablehnt, kann vom Gemeindevorstand beziehungsweise vom Kreisrat mit einer Busse von 50 bis 400 Franken bestraft werden.

Art. 12

3. Unvereinbarkeit

¹ Eine Kandidatin oder ein Kandidat darf weder Mitglied des Stimmbüros noch Stimmzählerin oder Stimmzähler sein.

² Gleiches gilt für Verwandte und Verschwägte in gerader Linie und die Ehegattin oder den Ehegatten und Geschwister einer Kandidatin oder eines Kandidaten.

Art. 13

4. Aufgaben

Das Stimmbüro überwacht insbesondere die Stimmabgabe, entscheidet über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen, leitet die Auszählung der Stimmen, ermittelt das Wahl- oder Abstimmungsergebnis und übermittelt es unverzüglich der zuständigen Stelle.

Art. 14

Öffentlichkeit

Unter Wahrung des Stimmgeheimnisses ist es zulässig, dass Stimmverhalten der Bevölkerung auszuwerten und zu veröffentlichen.

Art. 15

EDV

Der Kanton benutzt für die Erfassung und Auswertung von Wahlen und Abstimmungen ein EDV-Programm. Die Regierung kann den Gemeinden dessen Verwendung vorschreiben. Die Kosten übernimmt der Kanton.

2. ANORDNUNG DER WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN

Art. 16

Anordnung,
Bekanntgabe

¹ Die Wahlen und Abstimmungen werden angeordnet:

a) durch die Regierung:

- die Regierungsrats- und Ständeratswahlen inklusive Ersatzwahlen, die Bezirksgerichts- und Kreiswahlen (Grossratswahlen und Wahlen Kreispräsident/in und Stellvertreter/in) sowie die Abstimmungen in kantonalen Angelegenheiten;
- b) durch die Verwaltungskommission:
die Ersatzwahlen im Bezirk sowie Abstimmungen in Bezirksgerichtsangelegenheiten;
- c) durch den Kreisrat:
die übrigen Kreiswahlen und die Ersatzwahlen im Kreis sowie die Abstimmungen in Kreisangelegenheiten;
- d) durch das zuständige Verbandsorgan:
die Wahl und Ersatzwahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände.

² Die anordnende Behörde gibt den Zeitpunkt der Wahl oder Abstimmung öffentlich bekannt und erlässt die für die Durchführung erforderlichen Weisungen.

Art. 17

Die Erneuerungswahlen finden an folgenden Terminen statt:

Wahltermine
1. Erneuerungswahlen

- a) die Regierungsrats- und Kreiswahlen (Grossratswahlen und Wahl Kreispräsidentin beziehungsweise Kreispräsident sowie Stellvertreterin beziehungsweise Stellvertreter) für die am 1. Januar des folgenden Jahres beziehungsweise dem 1. August des laufenden Jahres beginnende Amtsdauer gleichzeitig in der Regel im Mai oder Juni;
- b) die Bezirksgerichtswahlen in der Regel in den Monaten März, April, Mai oder Juni für die am 1. Januar des folgenden Jahres beginnende Amtsdauer;
- c) die Ständeratswahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen und für dieselbe Amtsdauer in der Regel am zweitletzten Sonntag im Oktober;
- d) die Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände in der Regel ein halbes Jahr vor Ablauf der Amtsdauer.

Art. 18

¹ Kommt es vor Ablauf der Amtsdauer zu einer Vakanz, ordnet die zuständige Behörde innert zwei Monaten für den Rest der Amtsdauer eine Ersatzwahl an.

2. Ersatzwahlen

² Eine Ersatzwahl für den Rest der laufenden Amtsdauer unterbleibt, wenn sie erst zwei Monate vor der Erneuerungswahl oder später fällig wird.

³ Mehrere Ersatzwahlen können als Gesamtwahlen durchgeführt werden, wenn sie innert zwei Monaten fällig werden.

Art. 19Zweiter
Wahlgang

Ein allfälliger zweiter Wahlgang ist spätestens drei Wochen nach dem ersten Wahlgang durchzuführen.

Art. 20

Ausnahmen

Liegen gewichtige Gründe vor, so kann die Regierung im Einzelfall Abweichungen von den vorstehenden Wahlterminen beschliessen.

3. WAHL- UND ABSTIMMUNGSUNTERLAGEN**Art. 21**

Bereitstellung

Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen werden vorbereitet und den Gemeinden rechtzeitig zugestellt:

- a) von der Standeskanzlei bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen;
- b) vom Bezirksamt bei Bezirksgerichtswahlen und -abstimmungen;
- c) vom Kreisamt bei Kreiswahlen und -abstimmungen;
- d) von der zuständigen Behörde des Regionalverbandes bei Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten.

Art. 22

Umfang

Die Wahl- und Abstimmungsunterlagen umfassen:

- a) bei eidgenössischen Wahlen (Nationalratswahlen) die Wahlzettel und die Bundeswahlbrochüre, bei eidgenössischen Sachabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Bundesrates;
- b) bei kantonalen Wahlen die Wahlzettel, bei kantonalen Sachabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen des Grossen Rates;
- c) bei den Bezirksgerichtswahlen und den Kreiswahlen die Wahlzettel, bei den Bezirks- und Kreisabstimmungen die Stimmzettel, die Abstimmungsvorlagen und die Erläuterungen der Verwaltungskommission beziehungsweise des Kreisrates;
- d) bei der Wahl der Präsidentinnen beziehungsweise der Präsidenten der Regionalverbände die Wahlzettel.

Art. 23

Inhalt

Die Abstimmungserläuterungen des Grossen Rates enthalten einen begründeten Antrag. In der Begründung sind die Erwägungen einer erheblichen Minderheit des Rates angemessen aufzuführen. Bei Initiativen und Referenden sind die wesentlichen Auffassungen der Urheberschaft zu berücksichtigen.

Art. 24

Die kantonalen Abstimmungsunterlagen werden in deutscher, romanischer und italienischer Sprache aufgelegt und den Gemeinden je nach ihrer sprachlichen Zugehörigkeit zugestellt. Die Stimmberechtigten können gegenüber dem Gemeindevorstand erklären, in welcher Sprache sie die Abstimmungsunterlagen erhalten wollen.

Art. 25

¹ Die Gemeinden sorgen dafür, dass jeder stimmberechtigten Person die Abstimmungsunterlagen (Abstimmungsvorlagen, Erläuterungen, Stimmzettel, Stimmrechtsausweis, Unterlagen für die briefliche Stimmabgabe) frühestens vier und spätestens drei Wochen vor dem Abstimmungstag zugestellt werden.

² Bei Wahlen sind jeder stimmberechtigten Person die Wahlzettel, der Stimmrechtsausweis und die Unterlagen für die briefliche Stimmabgabe frühestens vier Wochen und spätestens zehn Tage vor dem Abstimmungstag zuzustellen.

4. STIMMABGABE**Art. 26**

¹ Die Stimmberechtigten können unter Abgabe des Stimmrechtsausweises persönlich an der Urne, vorzeitig bei einer von der Gemeinde bezeichneten Stelle oder brieflich stimmen. Briefliche Stimmabgabe ist ab Erhalt der Abstimmungsunterlagen zulässig.

² Stimmberechtigte, die wegen Invalidität oder aus einem anderen Grund dauernd unfähig sind, die für die Stimmabgabe nötigen Handlungen selbst vorzunehmen, können hiezu eine stimmberechtigte Person ihrer Wahl ermächtigen.

³ Die Regierung kann die Stimmabgabe auf elektronischem Weg ganz oder teilweise ermöglichen, sofern die zur Erfassung aller Stimmen sowie zur Wahrung des Stimmgeheimnisses und zur Verhinderung von Missbräuchen erforderlichen Bedingungen erfüllt sind.

Art. 27

¹ Soweit das Kreisrecht die Urnenabstimmung vorsieht, richtet sich die Stimmabgabe nach Artikel 26.

² Andernfalls erfolgt die Stimmabgabe in der Kreisversammlung oder in den Gemeinden.

Art. 28

¹ Für die Stimmabgabe müssen die amtlichen Stimm- und Wahlzettel benutzt werden.

² Stimm- und Wahlzettel müssen persönlich und handschriftlich ausgefüllt beziehungsweise geändert werden. Artikel 26 Absatz 2 bleibt vorbehalten.

Art. 29

Urnenabstimmung
1. Urnenöffnungszeiten, vorzeitige Stimmabgabe

¹ Am Abstimmungs- oder Wahltag sind die Urnen mindestens eine halbe Stunde offen zu halten und spätestens um 12.00 Uhr zu schliessen.

² Ausserdem haben die Gemeinden den Stimmberechtigten mindestens an zwei der vier letzten Tage vor dem Abstimmungs- oder Wahltag die Stimmabgabe an der Urne oder bei einer Amtsstelle in verschlossenem Umschlag während den Bürostunden zu ermöglichen.

Art. 30

2. Überwachung der Urne

¹ Bei jeder aufgestellten Urne sorgen zwei Mitglieder des Stimmbüros oder von diesen bezeichnete Personen für eine ordnungsgemässe Stimmabgabe.

² Die Urnen bleiben ausserhalb der Öffnungszeit unter Verschluss und dürfen erst unmittelbar vor Beginn der Zählerarbeit geöffnet und geleert werden.

Art. 31

Stimmlokale

Das Stimmlokal darf nicht gleichzeitig für andere Zwecke verwendet werden. Ebenfalls dürfen die Zugänge zum Stimmlokal nicht durch andere Handlungen oder Anlässe behindert werden. Insbesondere ist das Sammeln von Unterschriften verboten.

5. ERMITTLUNG DES WAHL- UND ABSTIMMUNGSERGEBNISSES

Art. 32

Auszählung
1. Zeitpunkt, Mittel

¹ Mit der Auszählung der Stimmen ist unverzüglich nach Schliessung der Urnen zu beginnen. Berücksichtigt werden die Wahl- und Stimmzettel, die sich in den Urnen befinden oder bis zu diesem Zeitpunkt eingetroffen sind.

² Die vor dem Abstimmungstag eingegangenen Wahl- und Stimmzettel dürfen vom Freitag an ausgezählt werden. In Ausnahmefällen kann mit Bewilligung der Standeskanzlei mit der Auszählung bereits früher begonnen werden.

³ Der Einsatz von mechanischen oder elektronischen Geräten für die automatisierte Erfassung und Ermittlung von Wahl- und Stimmzetteln ist erlaubt, wenn diese Verfahren ebenso zuverlässig sind. Die Regierung kann deren Einsatz anordnen.

Art. 33

Zu ermitteln sind:

2. Zu ermittelnde
Werte

- a) die Zahl der Stimmberechtigten;
- b) die Zahl der Stimmenden (der eingegangenen Wahl- oder Stimmzettel);
- c) die Zahl der leeren, ungültigen und gültigen Wahl- oder Stimmzettel;
- d) bei Sachabstimmungen: die Zahl der Ja-Stimmen und der Nein-Stimmen sowie das Ergebnis einer allfälligen Stichfrage;
- e) bei Wahlen: die Zahl der auf jede kandidierende Person entfallenden Stimmen.

Art. 34

Wahl- oder Stimmzettel gelten als leer, wenn sie keinen Namen beziehungsweise keine Antwort auf die zur Abstimmung unterbreitete Frage enthalten. Wenn ein Stimmzettel mehrere Fragen umfasst, gelten die unbeantworteten Fragen als leere Stimmen.

3. Leere Wahl-
oder Stimmzettel

Art. 35

¹ Wahl- oder Stimmzettel sind ungültig, wenn:

4. Ungültige
Wahl- oder
Stimmzettel

- a) sie nicht amtlich sind;
- b) sie anders als handschriftlich ausgefüllt sind;
- c) sie ehrverletzende Äusserungen oder offensichtliche Kennzeichnungen enthalten;
- d) sie unleserlich sind oder sonst keinen eindeutigen Willen der stimmenden Person erkennen lassen;
- e) wesentliche Teile fehlen;
- f) sie auf die "Bisherigen" oder ähnlich lauten.

² Bei der brieflichen Stimmabgabe sind die Wahl- oder Stimmzettel zudem ungültig, wenn:

- a) der Stimmrechtsausweis nicht beiliegt oder nicht unterschrieben ist;
- b) das Zustellkuvert nicht in den von der Gemeinde bezeichneten Briefkasten eingeworfen worden ist oder verspätet eintrifft;
- c) das Zustellkuvert nicht verschlossen ist;
- d) im Zustellkuvert mehr Stimmzettelkuverts als Stimmrechtsausweise liegen;
- e) das Zustellkuvert oder das Stimmzettelkuvert für die gleiche Wahl oder Abstimmung mehrere Wahl- oder Stimmzettel unterschiedlichen Inhalts, aber nur einen Stimmrechtsausweis enthält. Lauten sie gleich, ist einer von ihnen gültig;
- f) bei der Stellvertretung von behinderten Personen (Invaliden) die briefliche Stimmabgabe nicht durch die bevollmächtigte Vertrauensperson erfolgt ist.

5. Ungültige
Stimmen bei
Wahlen

Art. 36

¹ Eine Stimme ist ungültig wenn sie:

- a) einer nicht wählbaren Person gilt;
- b) auf eine Person lautet, die derselbe Stimmzettel bereits enthält (Kumulation);
- c) begründete Zweifel darüber offen lässt, wem sie gilt.

² Enthält ein Wahlzettel mehr gültige Namen, als Personen zu wählen sind, sind die überzähligen Stimmen ungültig. Die Namen werden von unten nach oben und von rechts nach links gestrichen.

Art. 37

Meldung der
Ergebnisse

¹ Das Stimmbüro meldet unverzüglich telefonisch die Gemeindeergebnisse:

- a) bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen der Standeskanzlei;
- b) bei Bezirksgerichtswahlen und -abstimmungen dem Bezirksamt;
- c) bei Kreiswahlen und -abstimmungen dem Kreisamt;
- d) bei der Wahl der Präsidentinnen oder der Präsidenten der Regionalverbände der zuständigen Behörde des Regionalverbandes.

² Das Stimmbüro erstellt zudem für jeden Urnengang ein Protokoll mit den Angaben gemäss Artikel 33 und übermittelt diese sowie die Wahl- oder Stimmzettel unverzüglich den zuständigen Stellen.

³ Die Kreisämter melden der Standeskanzlei am Wahltag unverzüglich telefonisch und am nächsten Tag auch noch schriftlich die Ergebnisse der Kreiswahlen.

⁴ Die Bezirksämter melden der Standeskanzlei am Tag nach der Wahl schriftlich die Ergebnisse der Bezirksgerichtswahlen. Gleiches gilt für die zuständigen Behörden der Regionalverbände bei der Wahl der Präsidentinnen oder der Präsidenten der Verbände.

Art. 38

Zusammen-
fassung der
Gemeinde-
ergebnisse

¹ Die Standeskanzlei ermittelt durch Zusammenzählen der Gemeindeergebnisse das kantonale Ergebnis bei eidgenössischen sowie kantonalen Wahlen und Abstimmungen und fertigt darüber ein Protokoll aus.

² Bei Wahlen und Abstimmungen im Bezirk kommt die Aufgabe dem Bezirksamt, bei Wahlen und Abstimmungen im Kreis dem Kreisamt und bei der Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Regionalverbandes der zuständigen Verbandsbehörde zu.

Art. 39

Auswertung der
Ergebnisse
1. Sachab-
stimmungen

¹ Eine Abstimmungsvorlage ist angenommen, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen übersteigt. Leere und ungültige Stimmen fallen ausser Betracht.

² Erlaubt die Verfassung die Annahme von zwei alternativen Vorlagen und erhalten beide mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen, gibt eine Stichfrage den Ausschlag.

Art. 40

¹ Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer das absolute Mehr erreicht. Die Gesamtzahl aller gültigen Stimmen für kandidierende Personen wird durch die doppelte Zahl der freien Sitze geteilt. Die nächsthöhere ganze Zahl ist das absolute Mehr.

2. Wahlen
a. Erforderliches Mehr

² Haben mehr Personen das absolute Mehr erreicht, als Sitze zu besetzen sind, gelten diejenigen mit den höchsten Stimmenzahlen als gewählt.

Art. 41

Kommt bei Einzelwahlen eine Wahl nicht zustande oder sind bei Gesamtwahlen weniger Personen gewählt, als Sitze zu besetzen sind, findet ein zweiter, freier Wahlgang statt. Gewählt sind jene Kandidierenden, welche am meisten Stimmen erzielt haben (relatives Mehr).

b. Zweiter Wahlgang

Art. 42

¹ Haben mehrere Personen gleich viele Stimmen erhalten, entscheidet über die Wahl oder die Reihenfolge der Einsitznahme das Los. Die Losziehung nimmt vor:

c. Losentscheid

- a) bei kantonalen Wahlen die Regierung;
- b) bei Bezirksgerichtswahlen die Verwaltungskommission;
- c) bei Kreiswahlen der Kreisrat;
- d) bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes die zuständige Verbandsbehörde.

² Soweit möglich, werden die Betroffenen für die Losziehung beigezogen. Im Übrigen bestimmt die zuständige Instanz das Verfahren.

6. ABSCHLUSS DES VERFAHRENS

Art. 43

Die vorläufigen Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen werden von der Ständekanzlei, jene der Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene vom Bezirksamt beziehungsweise Kreisamt, und jene der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes von der zuständigen Verbandsbehörde unverzüglich öffentlich bekanntgegeben.

Veröffentlichung
1. Vorläufiges Ergebnis

Art. 44

¹ Beträgt beim ermittelten vorläufigen Gesamtergebnis einer Wahl oder Abstimmung die Differenz der Stimmen zwischen der letzten gewählten

2. Nachzählung

und der ersten nicht gewählten Person beziehungsweise zwischen den Ja- und Nein-Stimmen weniger als 0,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmzettel, hat von Amtes wegen eine Nachzählung zu erfolgen.

² Im Übrigen ordnet bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen die Regierung, bei Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene die Verwaltungskommission beziehungsweise der Kreisrat, und bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes die zuständige Verbandsbehörde eine Nachzählung an, wenn konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten bestehen.

³ Die Nachzählung kann zentral, bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen durch die Standeskanzlei, bei Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene durch das Bezirksamt beziehungsweise Kreisamt, und bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes durch die zuständige Verbandsbehörde vorgenommen werden oder, auf Anordnung dieser Stellen, in den Gemeinden erfolgen.

Art. 45

3. Konsolidiertes
Ergebnis

¹ Gestützt auf die Protokolle der Gemeinden oder einer allfälliger Nachzählung werden die konsolidierten Gesamtergebnisse der kantonalen Wahlen und Abstimmungen unter Hinweis auf das Beschwerderecht durch die Standeskanzlei im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

² Bei Wahlen und Abstimmungen auf Bezirks- und Kreisebene erfolgt die Veröffentlichung durch das Bezirks- beziehungsweise Kreisamt, bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Regionalverbandes durch die zuständige Verbandsbehörde, im jeweiligen Publikationsorgan.

Art. 46

Erwahrung

Nach Ablauf der Beschwerdefrist oder nach Erledigung der Beschwerde stellt die Regierung das Ergebnis der kantonalen Wahlen und Abstimmungen verbindlich fest.

Art. 47

Annahme der
Wahl

¹ Wer eine Wahl nicht binnen acht Tagen seit der amtlichen Bekanntgabe des Ergebnisses durch schriftliche Mitteilung an die Regierung beziehungsweise die Verwaltungskommission, den Kreisrat oder die zuständige Verbandsbehörde ablehnt, hat sie angenommen.

² Die Annahme gilt bei Unvereinbarkeit zwischen zwei Ämtern als Verzicht auf das bisherige, mit dem neuen nicht vereinbaren Amt.

³ Wenn mehrere Personen gleichzeitig in eine Behörde gewählt werden, der sie nicht zur gleichen Zeit angehören dürfen, ist die Wahl für diejenige gültig, die bisher im Amt war oder bei gleichzeitiger Neuwahl mehr Stimmen auf sich vereinigt. Bei einer Ersatzwahl hat die bereits im Amte stehende Person gegenüber der neu gewählten den Vorrang.

Art. 48

Der zufolge eines Verzichtes der gewählten Person frei werdende Sitz ist nach den für Ersatzwahlen geltenden Bestimmungen neu zu besetzen. Nachwahl

III. Amtseinstellung und Amtsenthebung**Art. 49**

Der Grosse Rat kann mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder ein Mitglied des Grossen Rates oder der Regierung vor Ablauf der Amtsdauer des Amtes entheben, wenn es: Zuständigkeit, Gründe

- a) vorsätzlich oder grobfahrlässig Amtspflichten schwer verletzt hat;
- b) die Fähigkeit, das Amt auszuüben, auf Dauer verloren hat oder
- c) wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde.

Art. 50

¹ Der Grosse Rat leitet von Amtes wegen oder auf Anzeige hin ein Amtsenthebungsverfahren ein, wenn er von einem Amtsenthebungsgrund Kenntnis erhält. Verfahren
1. Einleitung,
Instruktion

² Die Instruktion des Einleitungsbeschlusses, die Durchführung der Untersuchung und die Instruktion des Endentscheides obliegen der Kommission für Justiz und Sicherheit.

Art. 51

¹ Der Sachverhalt ist von Amtes wegen zu ermitteln. 2. Untersuchung

² Die Bestimmungen über die Untersuchungsmittel, die Mitwirkungspflicht der Beteiligten, das rechtliche Gehör und die Akteneinsicht zum Verfahren in Verwaltungssachen im Gesetz über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen finden sinngemäss Anwendung.

Art. 52

Liegen hinreichende Anhaltspunkte für einen Amtsenthebungsgrund gemäss Artikel 49 vor, kann der Grosse Rat mit der Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder vorsorglicherweise eine Amtseinstellung, mit oder ohne Lohnkürzung oder -streichung, beschliessen. 3. Amtseinstellung

Art. 53

Entscheide sind zu begründen und den Betroffenen schriftlich sowie mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen zu eröffnen. 4. Entscheid

Art. 54

5. Rechtsmittel Entscheide des Grossen Rates betreffend Amtseinstellung und Amtsenthebung können innert 20 Tagen seit der Mitteilung beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

IV. Initiativverfahren**1. INITIATIVE IN KANTONALEN ANGELEGENHEITEN***A. Einreichung und Zustandekommen***a. Volksinitiative****Art. 55**

Unterschriften-
liste

¹ Die Initiative kommt durch Sammeln von Einzelunterschriften auf Unterschriftenlisten zustande.

² Jede Unterschriftenliste hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Namen der Gemeinde, in der die unterzeichnenden Personen der Liste stimmberechtigt sind;
- b) den Titel und den Wortlaut des Initiativbegehrens;
- c) das Datum der Veröffentlichung im Kantonsamtsblatt;
- d) eine vorbehaltlose Rückzugsklausel;
- e) die Namen und Adressen von mindestens sieben stimmberechtigten Urhebern der Initiative (Initiativkomitee);
- f) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer unbefugt an einem Initiativbegehren teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht (Art. 282 StGB) oder wer bei der Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 StGB),
- g) die Bescheinigungsformel über die Stimmberechtigung der unterzeichnenden Personen.

³ Der Titel der Initiative darf nicht irreführend, ehrverletzend oder übermässig lang sein, keine kommerzielle oder persönliche Werbung enthalten und zu keinen Verwechslungen Anlass geben.

Art. 56

Vorprüfung

¹ Vor Beginn der Unterschriftensammlung reicht das Initiativkomitee der Standeskanzlei die Unterschriftenliste zur formellen Vorprüfung ein.

² Nach Anhörung des Initiativkomitees verfügt die Standeskanzlei die nötigen Änderungen, wenn der Titel der Initiative oder die Form der Unterschriftenliste nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Art. 57

¹ Die bereinigte Unterschriftenliste ist bei der Standeskanzlei vor Beginn der Unterschriftensammlung zu hinterlegen.

Hinterlegung der
Unterschriften-
liste, Publikation

² Die Standeskanzlei veröffentlicht Titel, Text und Namen der Urheberschaft der Initiative im Kantonsamtsblatt.

Art. 58

¹ Die stimmberechtigte Person muss ihren Namen handschriftlich und leserlich auf die Unterschriftenliste schreiben und zusätzlich ihre eigenhändige Unterschrift beifügen.

Unterschrift

² Schreibunfähige stimmberechtigte Personen können die Eintragung ihres Namenszuges durch eine stimmberechtigte Person ihrer Wahl vornehmen lassen. Diese setzt ihre eigene Unterschrift zum Namenszug der schreibunfähigen Person und bewahrt über den Inhalt der empfangenen Anweisungen Stillschweigen.

³ Die stimmberechtigte Person muss alle weiteren Angaben machen, die zur Feststellung ihrer Identität nötig sind, wie Vornamen, Geburtsdatum und Adresse.

⁴ Sie darf die gleiche Initiative nur einmal unterschreiben.

Art. 59

¹ Die Unterschriftenlisten sind rechtzeitig vor Ablauf der Sammelfrist der oder dem Stimmregisterführenden der Gemeinde einzureichen, in der die unterzeichnenden Personen stimmberechtigt sind.

Stimmrechts-
bescheinigung

² Die oder der Stimmregisterführende bescheinigt, dass die unterzeichnenden Personen in der auf der Unterschriftenliste genannten Gemeinde in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind, und gibt die Listen unverzüglich den Absendern zurück. Namen von Initiantinnen oder Initianten, die nicht in der Gemeinde stimmberechtigt sind, werden von der oder dem Stimmregisterführenden vorher gestrichen.

³ Die Bescheinigung muss in Worten oder Ziffern die Zahl der bescheinigten Unterschriften angeben, datiert sein, die eigenhändige Unterschrift der oder des Stimmregisterführenden aufweisen und mit dem Amtsstempel gekennzeichnet sein.

⁴ Die Stimmrechtsbescheinigung wird erteilt, wenn die unterzeichnende Person am Tage, an dem die Unterschriftenliste zur Bescheinigung einge-

reicht wird, im Stimmregister eingetragen ist. Die Bescheinigung kann für mehrere Listen gesamthaft vorgenommen werden.

⁵ Bescheinigungen, die vor der Veröffentlichung der Initiative im Kantonsamtsblatt ausgestellt werden, sind ungültig.

Art. 60

Verweigerung der
Stimmrechts-
bescheinigung

¹ Die Stimmrechtsbescheinigung wird verweigert, wenn die in Artikel 58 und 59 Absätze 1 und 4 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

² Haben Stimmberechtigte mehrmals unterschrieben, so wird nur eine Unterschrift bescheinigt.

³ Der Verweigerungsgrund ist auf der Unterschriftenliste anzugeben.

Art. 61

Einreichung

¹ Die Unterschriftenlisten sind der Standeskanzlei gesamthaft und spätestens ein Jahr nach der Veröffentlichung des Initiativtextes im Kantonsamtsblatt einzureichen. Mit der Einreichung ist die Unterschriftensammlung abgeschlossen.

² Eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht zurückgegeben und können nicht eingesehen werden.

Art. 62

Zustandekommen

¹ Die Standeskanzlei prüft, ob die Unterschriftenlisten mit der hinterlegten übereinstimmen, rechtzeitig eingereicht wurden und den Formvorschriften entsprechen.

² Sie ermittelt die Gesamtzahl der gültigen Unterschriften.

³ Ungültig sind Unterschriften auf Listen, die den Erfordernissen von Artikel 55, 59 Absatz 1 oder 61 nicht entsprechen, sowie Unterschriften von unterzeichnenden Personen, deren Stimmrecht nicht, ungültig oder zu Unrecht bescheinigt worden ist.

⁴ Die Standeskanzlei erstattet der Regierung über das Prüfungsergebnis Bericht und stellt Antrag über das Zustandekommen der Initiative.

⁵ Die Regierung entscheidet, ob die Initiative zustande gekommen ist. Der Beschluss ist im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen.

Art. 63

Rückzug

¹ Jede Initiative kann vom Initiativkomitee zurückgezogen werden. Die Rückzugserklärung ist verbindlich, wenn sie durch die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Initiativkomitees unterzeichnet wird.

² Der Rückzug ist bis zur Festsetzung der Volksabstimmung zulässig. Bei einer Initiative in Form der allgemeinen Anregung, welcher der Grosse Rat zustimmt, ist der Rückzug bis zum Zustimmungsbeschluss zulässig.

³ Der Rückzug ist der Standeskanzlei zuhanden des Grossen Rates mitzuteilen.

b. Gemeindeinitiative

Art. 64

¹ Gemeindeinitiativen werden, solange das Gemeinderecht keine abweichende Regelung enthält, durch übereinstimmende Beschlüsse der Gemeindevorstände gefasst. Diese Beschlüsse unterstehen nicht dem Referendum.

Zuständigkeit,
formelle
Voraussetzungen

² Die Beschlüsse haben folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Titel und den Wortlaut der Initiative;
- b) eine vorbehaltlose Rückzugsklausel;
- c) die Bezeichnung der federführenden Gemeinde.

³ Der Titel der Initiative darf nicht irreführend, ehrverletzend oder übermässig lang sein, keine kommerzielle oder persönliche Werbung enthalten und zu keinen Verwechslungen Anlass geben.

Art. 65

¹ Die federführende Gemeinde reicht der Standeskanzlei den Titel der Initiative zur formellen Vorprüfung ein.

Vorprüfung

² Nach Anhörung der federführenden Gemeinde verfügt die Standeskanzlei die nötigen Änderungen, wenn der Titel der Initiative nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Art. 66

¹ Vor Beginn der Beschlussfassung durch die Gemeindevorstände hinterlegt die federführende Gemeinde den definitiven Titel und Text der Initiative bei der Standeskanzlei.

Publikation

² Titel und Text der Initiative sowie der Name der federführenden Gemeinde werden von der Standeskanzlei im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

³ Gemeindebeschlüsse, die vor der Veröffentlichung der Initiative gefasst werden, sind ungültig.

Art. 67Einreichung und
Zustandekommen

¹ Die federführende Gemeinde hat der Standeskanzlei die Initiative, die Gemeindebeschlüsse sowie die dazugehörigen Protokollauszüge gesamt- haft und spätestens ein Jahr nach der Veröffentlichung des Initiativtextes im Kantonsamtsblatt einzureichen.

² Die Standeskanzlei prüft, ob die Initiative rechtzeitig eingereicht wurde und ob die Formvorschriften erfüllt sind.

³ Sie erstattet der Regierung über das Prüfungsergebnis Bericht und stellt Antrag über das Zustandekommen der Initiative.

⁴ Die Regierung stellt fest, ob die Initiative zustande gekommen ist, und veröffentlicht ihren Beschluss im Kantonsamtsblatt.

Art. 68Rückzug der
Initiative

¹ Jede Gemeindeinitiative kann zurückgezogen werden.

² Der Rückzug einer Gemeindeinitiative gilt als beschlossen, wenn der entsprechende Beschluss von so vielen Gemeinden zurückgezogen wird, dass das erforderliche Quorum von Artikel 12 Absatz 1 beziehungsweise 2 der Kantonsverfassung nicht mehr erfüllt ist.

³ Artikel 63 Absätze 2 und 3 sind sinngemäss anwendbar.

B. Behandlung und Abstimmung**Art. 69**Behandlung im
Grossen Rat

Zustande gekommene Initiativen unterbreitet die Regierung mit ihrer Bot- schaft innert einem Jahr seit der Einreichung dem Grossen Rat.

Art. 70Ausformulierte
Initiativen

¹ Stimmt der Grosse Rat einer ausformulierten Initiative ohne Gegenvor- schlag zu, gilt die Initiative als ein eigener, dem Referendum unterstehen- der Beschluss.

² Stimmt der Grosse Rat der Initiative zu und beschliesst er einen Gegen- vorschlag, findet eine Volksabstimmung statt. In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass der Grosse Rat den Gegenvorschlag vorziehe.

³ Lehnt der Grosse Rat die Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet eine Volksabstimmung statt.

Art. 71Allgemein
anregende
Initiativen
1. Volks-
abstimmung

¹ Lehnt der Grosse Rat eine allgemein anregende Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet eine Volksabstimmung statt.

² Stimmt der Grosse Rat einer allgemein anregenden Initiative zu und be- schliesst er einen Gegenvorschlag, findet eine Volksabstimmung statt. In

den Erläuterungen wird ausgeführt, dass der Grosse Rat den Gegenvorschlag vorziehe.

³ Stimmt der Grosse Rat ohne Gegenvorschlag einer allgemein anregenden Initiative zu, so unterbleibt eine Volksabstimmung.

Art. 72

¹ Stimmt das Volk oder der Grosse Rat einer allgemein anregenden Initiative zu, so unterbreitet die Regierung dem Grossen Rat innert einem Jahr seit der Zustimmung einen ausgearbeiteten Entwurf. 2. Vollzug

² Stimmt der Grosse Rat dem Entwurf ohne Gegenvorschlag zu, gilt dieser als ein eigener, dem Referendum unterstehender Beschluss.

³ Stimmt der Grosse Rat dem Entwurf zu und beschliesst er einen Gegenvorschlag, findet eine Volksabstimmung statt. In der Erläuterung wird ausgeführt, dass der Grosse Rat den Gegenvorschlag vorziehe.

⁴ Lehnt der Grosse Rat den Entwurf mit oder ohne Gegenvorschlag ab, findet eine Volksabstimmung statt.

Art. 73

¹ Stellt der Grosse Rat einer Initiative oder einem in Vollzug einer allgemeinen Anregung ausgearbeiteten Entwurf einen Gegenvorschlag gegenüber, so werden den Stimmberechtigten auf demselben Stimmzettel folgende Fragen vorgelegt: Verfahren bei Doppelabstimmungen

1. Wollt Ihr die Initiative/den Entwurf annehmen?
2. Wollt Ihr den Gegenvorschlag des Grossen Rates annehmen?
3. Falls sowohl die Initiative/der Entwurf als auch der Gegenvorschlag angenommen werden:
Soll die Initiative/der Entwurf oder der Gegenvorschlag in Kraft treten?

² Das absolute Mehr wird für jede Frage getrennt ermittelt. Dabei fallen unbeantwortete Fragen ausser Betracht.

³ Werden sowohl die Initiative/der Entwurf als auch der Gegenvorschlag angenommen, entscheidet das Ergebnis der dritten Frage. In Kraft tritt diejenige Vorlage, die bei dieser Frage mehr Stimmen erreicht.

⁴ Erzielen die Initiative/der Entwurf und der Gegenvorschlag dabei gleich viele Stimmen, gilt jene Vorlage als vorgezogen, die:

- a) die grössere Stimmdifferenz bei der Hauptfrage aufweist;
- b) weniger Nein-Stimmen bei der Hauptfrage aufweist, wenn die Stimmdifferenz gleich ist.

⁵ Sind die Stimmdifferenz wie auch die Zahl der Nein-Stimmen gleich, entscheidet das von der Regierung zu ziehende Los.

2. INITIATIVE IN KREIS- UND GEMEINDEANGELEGENHEITEN

Art. 74

Grundsatz

Die Kreise und Gemeinden gewährleisten das Initiativrecht nach Massgabe der folgenden Bestimmungen. Sie können es, insbesondere durch Herabsetzung der erforderlichen Unterschriftenzahl und Zulassung der Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes, erweitern.

Art. 75

Initiative in Kreisangelegenheiten

Die Bestimmungen über das Initiativrecht in Gemeinden gelten sinngemäss für die Kreise. Kreise, in denen für Sachabstimmungen nicht die Kreisversammlung zuständig ist, sind dabei den Gemeinden ohne Gemeindeversammlung gleichgestellt.

Art. 76

Initiative in Gemeinden mit Gemeindeversammlung

¹ Eine Initiative in der Form der allgemeinen Anregung kann

- a) von mindestens einem Viertel der Stimmberechtigten beim Gemeindevorstand eingereicht oder
- b) von der Gemeindeversammlung auf Antrag eines Stimmberechtigten als Motion erheblich erklärt werden.

² Der Gemeindevorstand hat der nächsten ordentlichen Gemeindeversammlung, spätestens innert Jahresfrist, einen ausgearbeiteten Vorschlag, ein Gutachten und allenfalls einen Gegenvorschlag über ein in ihre Zuständigkeit fallendes Sachgeschäft zu unterbreiten.

Art. 77

Initiative in Gemeinden ohne Gemeindeversammlung

¹ In Gemeinden ohne Gemeindeversammlung kann die Initiative von mindestens einem Viertel der Stimmberechtigten beim Gemeindevorstand eingereicht werden.

² Enthält die Initiative eine allgemeine Anregung, welche in die Zuständigkeit des Volkes fällt, hat der Gemeindevorstand sie innert Jahresfrist seit der Einreichung zusammen mit einem Gutachten und allenfalls einem Gegenvorschlag der Volksabstimmung zu unterbreiten. Steht die Vorberatung der Initiative zuerst dem Gemeinderat zu, so beträgt die Frist anderthalb Jahre.

³ Stimmt der Gemeindevorstand oder, wenn ihm die Vorberatung zusteht, der Gemeinderat der Initiative zu, so unterbleibt die Volksabstimmung.

⁴ Stimmt das Volk oder der Gemeindevorstand beziehungsweise der Gemeinderat einer Initiative zu, so arbeitet der Gemeindevorstand gestützt darauf einen Vorschlag aus. Dieser Vorschlag muss innert Jahresfrist oder, wenn die Vorbereitung einem Gemeinderat zusteht, innert anderthalb Jah-

ren seit der Zustimmung mit einem Gutachten und allenfalls einem Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden.

Art. 78

¹ Initiativen, deren Inhalt rechtswidrig ist, werden der Volksabstimmung nicht unterbreitet. Rechtswidrige
Initiativen

² Der Gemeindevorstand oder, wenn ihm die Vorberatung zusteht, der Gemeinderat gibt den Initianten in einem solchen Fall von seinem Beschluss unter Angabe der Gründe schriftlich Kenntnis.

V. Verfahren für das fakultative Referendum in kantonalen Angelegenheiten

1. VOLKSREFERENDUM

Art. 79

Die Gesetze und Beschlüsse des Grossen Rates, die dem fakultativen Referendum unterstehen, sind im Anschluss an die Grossratssession im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung weist auf das fakultative Referendum sowie auf den Ablauf der Referendumsfrist hin. Publikation

Art. 80

¹ Die Zustimmung zum Referendum erfolgt durch Einzelunterschrift auf Unterschriftenlisten. Unterschriften-
liste

² Die Unterschriftenlisten dürfen nur ein Gesetz oder einen Beschluss zum Gegenstand haben.

³ Jede Unterschriftenliste hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Namen der Gemeinde, in der die unterzeichnenden Personen der Liste stimmberechtigt sind;
- b) die Bezeichnung des Gesetzes oder Beschlusses mit dem Datum der Verabschiedung durch den Grossen Rat;
- c) das Begehren um Durchführung einer Volksabstimmung über dieses Gesetz oder diesen Beschluss;
- d) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer unbefugt an einem Referendum teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht (Art. 282 StGB) oder wer bei der Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 StGB).

Art. 81

Die für die Volksinitiative geltenden Bestimmungen über die Unterschrift (Art. 58), die Stimmrechtsbescheinigungen (Art. 59) und die Verweige- Ergänzende
Vorschriften

rung der Bescheinigungen (Art. 60) gelten sinngemäss auch für das Volksreferendum.

Art. 82

Einreichung,
Ausschluss,
Rückzug

¹ Die Unterschriftenlisten sind der Standeskanzlei gesamthaft und innert 90 Tagen nach der Veröffentlichung des Gesetzes oder Beschlusses im Kantonsamtsblatt einzureichen. Mit der Einreichung ist die Unterschriftensammlung abgeschlossen.

² Eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht zurückgegeben und können nicht eingesehen werden.

³ Der Rückzug eines Referendums ist nicht zulässig.

Art. 83

Zustandekommen

¹ Die Standeskanzlei prüft, ob die Unterschriftenlisten rechtzeitig eingereicht wurden und den Formvorschriften entsprechen.

² Sie ermittelt die Gesamtzahl der gültigen Unterschriften.

³ Ungültig sind Unterschriften auf Listen, die den Erfordernissen von Artikel 59 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 81 oder 82 nicht entsprechen, sowie Unterschriften von unterzeichnenden Personen, deren Stimmrecht nicht, ungültig oder zu Unrecht bescheinigt worden ist.

⁴ Die Standeskanzlei erstattet der Regierung über das Prüfungsergebnis Bericht und stellt Antrag über das Zustandekommen des Referendums.

⁵ Über das Zustandekommen des Referendums entscheidet die Regierung.

Art. 84

Volksabstimmung

Ist das Referendum zustande gekommen, ordnet die Regierung die Volksabstimmung an und veröffentlicht ihren Entscheid im Kantonsamtsblatt.

Art. 85

Nichtzustandekommen

Wird kein oder kein gültiges Referendum ergriffen, erklärt die Regierung das Gesetz oder den Beschluss als in Rechtskraft erwachsen. Dieser Entscheid ist im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen.

2. GEMEINDEREFERENDUM

Art. 86

Publikation

Die für das Volksreferendum geltende Bestimmung über die amtliche Veröffentlichung der Gesetze und Beschlüsse des Grossen Rates (Art. 79) findet sinngemäss auch auf das Gemeindereferendum Anwendung.

Art. 87

¹ Gemeindereferenden gemäss Artikel 17 der Kantonsverfassung werden, solange das Gemeinderecht keine abweichende Regelung enthält, durch übereinstimmende Beschlüsse der Gemeindevorstände gefasst. Zuständigkeit,
formelle
Voraussetzungen

² Der Beschluss des Gemeindevorstandes muss das Gesetz oder den Beschluss des Grossen Rates enthalten, gegen das oder gegen den das Referendum ergriffen wird, sowie die Bezeichnung der federführenden Gemeinde.

Art. 88

¹ Das Referendum, die Gemeindebeschlüsse sowie die dazugehörigen Protokollauszüge sind von der federführenden Gemeinde bei der Standeskanzlei innert 90 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Gesetzes oder Beschlusses des Grossen Rates einzureichen. Einreichung,
Rückzug

² Ein Referendum kann nicht zurückgezogen werden.

Art. 89

¹ Nach Ablauf der Referendumsfrist prüft die Standeskanzlei, ob das Referendum rechtzeitig eingereicht wurde und ob die Formvorschriften eingehalten sind. Zustandekommen

² Sie erstattet der Regierung über das Prüfungsergebnis Bericht und stellt Antrag über das Zustandekommen des Referendums.

³ Die Regierung entscheidet, ob das Referendum zustande gekommen ist.

Art. 90

Ist das Referendum zustande gekommen, finden die für das Volksreferendum geltenden Regelungen über die Anordnung und die Durchführung der Volksabstimmung (Art. 84) sinngemäss Anwendung. Volksabstimmung

Art. 91

Wird kein oder kein gültiges Referendum ergriffen, dann richtet sich das weitere Verfahren nach den für das Volksreferendum geltenden Regelungen (Art. 85). Nichtzustandekommen

3. NACHTRÄGLICHES REFERENDUM FÜR DRINGLICHE GESETZE

Art. 92

Die amtliche Veröffentlichung der dringlichen Gesetze, die formellen Voraussetzungen des Referendums sowie die Einreichung, der Ausschluss des Rückzugs und das Zustandekommen des Referendums richten sich nach Verfahren

den für das Volks- beziehungsweise Gemeindereferendum geltenden Bestimmungen (Art. 79 – Art. 91).

Art. 93

Volksabstimmung ¹ Kommt das Referendum über das dringlich erklärte Gesetz zustande, ordnet die Regierung die Volksabstimmung an. Dieser Entscheid ist im Kantonsamtsblatt zu veröffentlichen.

² Wird das dringliche Gesetz vom Volke abgelehnt, tritt es sofort ausser Kraft.

³ Ein dringlich erklärtes Gesetz, das in der Volksabstimmung nicht angenommen wird, kann nicht erneuert werden.

Art. 94

Nichtzustandekommen Wird kein oder kein gültiges Referendum ergriffen, bleibt das dringlich erklärte Gesetz in Kraft und es erfolgt eine entsprechende amtliche Veröffentlichung.

VI. Petitionsverfahren

Art. 95

Petition ¹ Petitionen gemäss Artikel 33 der Bundesverfassung sind schriftlich einzureichen.

² Ist die Eingabe nach Form und Inhalt nicht ordnungswidrig, so fasst die angegangene Behörde einen Beschluss darüber, ob und gegebenenfalls wie sie ihr Folge leisten will. Andernfalls nimmt sie lediglich von ihrem Eingang Kenntnis.

³ Die Personen, welche eine Petition eingereicht haben, sind über die Behandlung der Eingabe in geeigneter Form zu orientieren.

VII. Rechtspflege und Strafbestimmungen

Art. 96

Beschwerde ¹ Bei der Regierung kann Beschwerde geführt werden:

- a) wegen Verletzung des Stimmrechts nach den Artikeln 3 und 5 sowie den Artikeln 59, 60 und 81 (Stimmrechtsbeschwerde);
- b) wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung von kantonalen Abstimmungen und Ständeratswahlen (Abstimmungs- und Wahlbeschwerde);
- c) gegen den Entscheid der Standeskanzlei betreffend die Änderung des Titels einer Initiative und die Form der Unterschriftenliste.

² Beim Grossen Rat kann Beschwerde geführt werden wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung der Grossratswahlen.

³ Bei der zuständigen grossrätlichen Kommission kann Beschwerde geführt werden wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung der Regierungsratswahlen.

Art. 97

Stimmrechtsbeschwerde, Wahl- und Abstimmungsbeschwerde kann jede stimmberechtigte Person des betreffenden Wahl- oder Abstimmungskreises führen. Legitimation

Art. 98

Die Beschwerden an Instanzen gemäss Artikel 96 sind innert drei Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am dritten Tag nach der amtlichen Bekanntgabe der Ergebnisse einer Wahl oder Abstimmung bei der Standeskanzlei einzureichen. Frist

Art. 99

¹ Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine kurze Begründung enthalten. Beschwerdeschrift

² Die Beschwerdeschrift ist von der beschwerdeführenden Person oder ihrem Vertreter zu unterzeichnen.

Art. 100

Der Beschwerde kommt nur aufschiebende Wirkung zu, wenn diese von der Beschwerdeinstanz auf Antrag oder von Amtes wegen angeordnet wird. Aufschiebende Wirkung

Art. 101

¹ Stellt die Beschwerdeinstanz auf Beschwerde oder von Amtes wegen Unregelmässigkeiten fest, so trifft sie, wenn möglich vor Schluss des Wahl- oder Abstimmungsverfahrens, die notwendigen Anordnungen zu deren Behebung. Entscheid

² Liegen Unregelmässigkeiten vor, die nach Art oder Umfang geeignet waren, das Resultat wesentlich zu beeinflussen, so berichtigt die Beschwerdeinstanz das Ergebnis oder hebt die Wahl oder Abstimmung auf.

³ Die Beschwerdeinstanz weist Beschwerden ohne nähere Prüfung ab, wenn die gerügten Unregelmässigkeiten weder nach ihrer Art noch nach ihrem Umfang dazu geeignet waren, das Resultat der Wahl oder Abstimmung wesentlich zu beeinflussen.

Art. 102

Weitere
Verfahrensvor-
schriften

¹ Bei Verfahren über Stimmrechts-, Wahl- und Abstimmungsbeschwerden werden weder Verfahrenskosten erhoben noch Parteientschädigungen zugesprochen. Von der Kostenbefreiung ausgenommen sind mutwillige und trölerische Beschwerden.

² Im Übrigen sind die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen anwendbar, soweit dies mit der besonderen Natur des Wahl- und Abstimmungsverfahrens vereinbar ist.

Art. 103

Weiterzug ans
Verwaltungs-
gericht

¹ Entscheide der Regierung, des Grossen Rates und der zuständigen grossrätlichen Kommission sowie der Behörden der Regionalverbände, Bezirke, Kreise und Gemeinden unterliegen der Beschwerde wegen Verletzung von politischen Rechten an das Verwaltungsgericht.

² Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Kanton Graubünden.

Art. 104

Strafbestimmun-
gen

¹ Mitglieder von Behörden oder Stimmbüros sowie beigezogene Hilfspersonen, die vorsätzlich oder grobfahrlässig Pflichten verletzen, welche ihnen gemäss diesem Gesetz oder gemäss den Ausführungsbestimmungen obliegen, werden mit Busse bestraft.

² Die Verfolgung und Beurteilung der Widerhandlungen richten sich nach der Strafprozessordnung.

VIII. Schlussbestimmungen**Art. 105**

Vollzug
1. Regierung

Die Regierung erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen, insbesondere betreffend die Führung des Stimmregisters, die Anordnung und Durchführung (Stimmabgabe, Auszählung, Meldung der Ergebnisse) der Wahlen und Abstimmungen sowie das Initiativ- und Referendumsrecht.

Art. 106

2. Kreise

¹ Die Kreise regeln das Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen in Kreisangelegenheiten, soweit dieses Gesetz und die Regierung nichts bestimmen.

² Kreise, die nur eine Gemeinde umfassen, können bestimmen, dass die Befugnisse, die nach diesem Gesetz im Verfahren der Urnenabstimmung den Gemeindebehörden zustehen, in Kreisangelegenheiten ganz oder teilweise von den Kreisbehörden ausgeübt werden.

Art. 107

Die Gemeinden erlassen die für ihr Gebiet erforderlichen ergänzenden Bestimmungen über das Verfahren bei Wahlen und Abstimmungen in kantonalen Angelegenheiten und in Kreisangelegenheiten.

3. Gemeinden

Art. 108

Die Regionalverbände erlassen die für ihr Gebiet erforderlichen ergänzenden Bestimmungen über das Verfahren bei der Wahl der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten des Verbandes.

4. Regionalverbände

Art. 109

Mit In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wird das Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden vom 7. Oktober 1962 aufgehoben.

Aufhebung
bisherigen Rechts**Art. 110**

Dieses Gesetz gilt auch für hängige Verfahren. Soweit die Behörde oder Verwaltungsstelle mit einer Angelegenheit bereits befasst ist, bleibt ihre Zuständigkeit bestehen.

Übergangsbestimmungen

Art. 111

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Referendum und
In-Kraft-Treten

² Es wird nach der Genehmigung durch den Bund von der Regierung in Kraft gesetzt.

Geschäftsordnung für die Regierung des Kantons Graubünden

Änderung vom 25. Januar 2005

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Die Geschäftsordnung für die Regierung des Kantons Graubünden vom 26. Februar 1972 wird wie folgt geändert:

Art. 10 Abs. 2 und 3

Aufgehoben

II.

Diese Teilrevision tritt zusammen mit der Revision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte in Kraft.

Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visti l'art. 9 cpv. 3, l'art. 21 cpv. 2 e 3 e l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale,

visto il messaggio del Governo del 25 gennaio 2005,

decide:

I. Disposizioni generali

1. CAMPO DI APPLICAZIONE E OGGETTO

Art. 1

¹ La legge disciplina:

- a) le elezioni e votazioni in affari cantonali, distrettuali e di circolo, nonché l'elezione dei presidenti delle corporazioni regionali;
- b) l'esercizio del diritto di referendum e di iniziativa in affari cantonali;
- c) l'esercizio del diritto di iniziativa in affari di circolo e comunali.

Campo di
applicazione

² La legge è applicabile alle votazioni federali e alle elezioni del Consiglio nazionale, nonché all'esercizio del diritto di referendum e di iniziativa in affari federali, nella misura in cui il diritto federale lasci ai Cantoni la facoltà di regolare la procedura.

³ La legge si applica per analogia alle votazioni ed elezioni in affari comunali, per quanto il diritto comunale non preveda disposizioni al riguardo.

Art. 2

¹ Sono elezioni cantonali le elezioni del Governo e del Consiglio degli Stati; sono elezioni di circolo le elezioni dei membri del Gran Consiglio, delle altre autorità e degli altri impiegati di circolo eletti dal Popolo.

Concetti

² Sono elezioni distrettuali le elezioni dei membri dei tribunali distrettuali.

³ Sono elezioni regionali le elezioni dei presidenti delle corporazioni regionali.

2. DIRITTO DI VOTO E DI ELEZIONE

Art. 3

Contenuto,
presupposti

¹ Il diritto di voto e di elezione comprende il diritto di partecipare a votazioni ed elezioni, di farsi eleggere, nonché di sottoscrivere referendum e iniziative.

² Il diritto di voto e di elezione si conforma alla Costituzione cantonale. Restano riservate le prescrizioni sui diritti politici degli Svizzeri all'estero secondo il capoverso 3.

³ Chi ai sensi della legge federale sui diritti politici degli Svizzeri all'estero è autorizzato ad esercitare nel Cantone dei Grigioni i diritti politici in affari federali, lo può fare anche in questioni cantonali. I presupposti e la procedura si conformano alla legge federale sui diritti politici degli Svizzeri all'estero e alla presente legge.

Art. 4

Luogo
dell'esercizio
(domicilio
politico)

¹ Il diritto di voto e di elezione è esercitato nel domicilio politico, ossia nel comune in cui abita ed è notificato l'avente diritto di voto. I nomadi votano nel comune di attinenza.

² Chiunque deposita, invece dell'atto d'origine, un altro documento di legittimazione (certificato di cittadinanza, certificato provvisorio ecc.), acquista il domicilio politico soltanto se prova di non essere iscritto nel catalogo elettorale del luogo in cui è depositato l'atto d'origine.

³ Restano riservate le prescrizioni sui diritti politici degli Svizzeri all'estero.

Art. 5

Catalogo
elettorale

¹ Gli aventi diritto di voto devono essere iscritti nel catalogo elettorale, tenuto dal comune, del loro domicilio politico. Iscrizioni e radiazioni devono essere effettuate d'ufficio.

² Prima di un'elezione o votazione, le iscrizioni o radiazioni devono essere effettuate fino al quinto giorno precedente quello dell'elezione o votazione, se risulta che il giorno della votazione sono adempiute le condizioni di partecipazione.

³ Il catalogo elettorale può essere consultato dagli aventi diritto di voto.

Art. 6

Segreto di voto

Nelle elezioni e votazioni alle urne, nonché nelle elezioni e votazioni a scrutinio segreto il segreto di voto è illimitato, negli altri casi deve essere garantito per quanto possibile.

3. PARTITI POLITICI

Art. 7

Sono considerati partiti politici aventi diritto alla promozione tutte le associazioni che partecipano alle elezioni del Gran Consiglio, del Governo, del Consiglio nazionale o del Consiglio degli Stati.

Promozione dei partiti
1. Principio

Art. 8

¹ Il Cantone versa contributi ai partiti politici che hanno partecipato alle due ultime elezioni del Gran Consiglio ogni volta in almeno tre circondari elettorali ed hanno ottenuto ogni volta almeno un mandato in Gran Consiglio.

2. Contributi

² Il contributo ammonta a 2'000 franchi all'anno per ogni membro del Gran Consiglio.

³ I partiti politici ai quali vengono versati contributi rendono noto al Gran Consiglio il loro conto annuale.

II. Elezioni e votazioni

1. ORGANIZZAZIONE DELLE ELEZIONI E DELLE VOTAZIONI

Art. 9

¹ Le elezioni e votazioni federali e cantonali, le elezioni dei tribunali distrettuali e del presidente della corporazione regionale hanno luogo nel comune lo stesso giorno con voto alle urne.

Luogo, giorno e tipo di votazione

² Le elezioni e votazioni in affari di circolo hanno luogo nel comune lo stesso giorno o nell'assemblea di circolo.

Art. 10

¹ La sovrastanza comunale, nel caso di assemblee di circolo il consiglio di circolo, costituisce un ufficio elettorale di almeno due membri aventi diritto di voto e ne designa il presidente e l'attuario. La sovrastanza comunale può costituirsi essa stessa in ufficio elettorale.

Ufficio elettorale
1. Organizzazione

² L'ufficio elettorale deve essere dotato di un numero sufficiente di persone aventi diritto di voto quali scrutatori.

Art. 11

¹ Ogni persona avente diritto di voto è tenuta ad accettare la funzione di membro, di presidente o di attuario dell'ufficio elettorale o di scrutatore e di esercitare questa funzione, salvo che ne sia impedito da motivi importanti come malattia, anzianità o assenza.

2. Obbligo di assumere la carica

² Chiunque senza motivo importante rifiuti di accettare o di esercitare la funzione, può essere punito dalla sovrastanza comunale rispettivamente dal consiglio di circolo con una multa da 50 a 400 franchi.

Art. 12

3. Incompatibilità ¹ Un candidato non può essere né membro dell'ufficio elettorale né scrutatore.

² Lo stesso vale per parenti e affini in linea diretta, coniuge, nonché sorelle e fratelli di un candidato.

Art. 13

4. Compiti L'ufficio elettorale vigila in particolare sulla votazione, decide sulla validità delle schede di voto e dei voti, dirige lo spoglio dei voti, determina il risultato dell'elezione o della votazione e lo comunica immediatamente all'ufficio competente.

Art. 14

Pubblico Su garanzia del segreto di voto è ammessa la valutazione e la pubblicazione del comportamento degli elettori.

Art. 15

Elaborazione elettronica dei dati

Il Cantone utilizza un programma informatico per il rilevamento e la valutazione delle elezioni e delle votazioni. Il Governo può imporre ai comuni il suo utilizzo. Il Cantone si assume le spese.

2. ORDINE DI INDIRE LE ELEZIONI E LE VOTAZIONI

Art. 16

Indizione, comunicazione

¹ Le elezioni e le votazioni vengono indette:

- a) dal Governo:
le elezioni del Governo e del Consiglio degli Stati incluse le elezioni suppletive, le elezioni dei tribunali distrettuali e di circolo (elezioni del Gran Consiglio e elezioni del presidente e del supplente), nonché le votazioni in affari cantonali;
- b) dalla commissione amministrativa:
le elezioni suppletive nel distretto e le votazioni in affari relativi ai tribunali distrettuali;
- c) dal consiglio di circolo:
le rimanenti elezioni di circolo e le elezioni suppletive nel circolo, nonché le votazioni in affari di circolo;
- d) dall'organo della corporazione competente:
l'elezione e l'elezione suppletiva dei presidenti delle corporazioni regionali.

² L'autorità che indice le elezioni o le votazioni rende pubblicamente nota la data dell'elezione o della votazione ed emana le direttive necessarie per lo svolgimento.

Art. 17

Il rinnovo delle nomine ha luogo nelle seguenti date:

Date delle elezioni

- a) le elezioni del Governo e di circolo (elezioni del Gran Consiglio e elezione del presidente di circolo, nonché del supplente) per il periodo di carica a partire dal 1° gennaio dell'anno seguente rispettivamente dal 1° agosto dell'anno in corso contemporaneamente di regola a maggio o giugno;
- b) le elezioni dei tribunali distrettuali di regola nei mesi di marzo, aprile, maggio o giugno per il periodo di carica a partire dal 1° gennaio dell'anno seguente;
- c) le elezioni del Consiglio degli Stati contemporaneamente alle elezioni del Consiglio nazionale e per lo stesso periodo di carica di regola la penultima domenica di ottobre;
- d) l'elezione dei presidenti delle corporazioni regionali di regola sei mesi prima dello scadere del periodo di carica.

1. Rinnovo delle nomine

Art. 18

¹ Se un posto diventa vacante prima dello scadere del periodo di carica, l'autorità competente indice entro due mesi un'elezione suppletiva per il periodo di carica rimanente.

2. Elezioni suppletive

² Si rinuncia ad un'elezione suppletiva per il resto del periodo di carica se essa si rende necessaria soltanto due mesi prima del rinnovo delle nomine o più tardi.

³ Se entro due mesi si devono effettuare più elezioni suppletive, queste possono essere effettuate in blocco.

Art. 19

Un eventuale secondo turno elettorale deve essere effettuato al più tardi tre settimane dopo il primo turno.

Secondo turno elettorale

Art. 20

Per ragioni importanti il Governo può decretare nel singolo caso deroghe ai termini suddetti.

Eccezioni

3. MATERIALE ELETTORALE E DI VOTO

Art. 21

Il materiale elettorale e di voto viene preparato e recapitato per tempo ai comuni:

Messa a disposizione

- a) dalla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni federali e cantonali;
- b) dall'ufficio distrettuale in caso di elezioni e votazioni relative ai tribunali distrettuali;
- c) dall'ufficio di circolo in caso di elezioni e votazioni di circolo;
- d) dall'autorità competente della corporazione regionale in caso di elezione del presidente.

Art. 22

Documentazione Il materiale elettorale e di voto comprende:

- a) in caso di elezioni federali (elezioni del Consiglio nazionale) le schede elettorali e il libretto della votazione federale, in caso di votazioni su oggetti federali le schede di voto, i testi in votazione e le spiegazioni del Consiglio federale;
- b) in caso di elezioni cantonali le schede elettorali, in caso di votazioni su oggetti cantonali le schede di voto, i testi in votazione e le spiegazioni del Gran Consiglio;
- c) in caso di elezioni dei tribunali distrettuali e di elezioni di circolo le schede elettorali, in caso di votazioni distrettuali e di circolo le schede di voto, i testi in votazione e le spiegazioni della commissione amministrativa rispettivamente del consiglio di circolo;
- d) in caso di elezione dei presidenti delle corporazioni regionali le schede elettorali.

Art. 23

Contenuto Le spiegazioni del Gran Consiglio contengono una proposta motivata. Nella motivazione devono essere adeguatamente riportate le considerazioni di una importante minoranza del Gran Consiglio. In caso di iniziative e di referendum si deve tenere conto delle opinioni principali dei promotori.

Art. 24

Lingua Il materiale per le votazioni cantonali viene pubblicato in lingua tedesca, romancia e italiana e spedito ai comuni a seconda della loro appartenenza linguistica. Gli aventi diritto di voto possono comunicare alla sovrananza comunale in quale lingua desiderano ricevere il materiale di voto.

Art. 25

Invio ¹ I comuni provvedono affinché ogni avente diritto di voto riceva il materiale di voto (testi in votazione, spiegazioni, schede di voto, carta di legittimazione, materiale per il voto per corrispondenza) al più presto quattro e al più tardi tre settimane prima del giorno della votazione.

² Per le elezioni le schede elettorali, la carta di legittimazione e il materiale per il voto per corrispondenza devono essere inviati ad ogni avente diritto

di voto al più presto quattro settimane e al più tardi dieci giorni prima del giorno dell'elezione.

4. ESERCIZIO DEL DIRITTO DI VOTO

Art. 26

¹ Consegnando la carta di legittimazione, gli aventi diritto di voto possono deporre il proprio voto personalmente nell'urna, per tempo presso un ufficio designato dal comune o votare per corrispondenza. Il voto per corrispondenza è ammesso a partire dalla ricezione del materiale di voto.

Modalità
1. In affari federali, cantonali, regionali e distrettuali

² Gli aventi diritto di voto che per invalidità o altre ragioni sono durevolmente impossibilitati a svolgere personalmente le necessarie operazioni di voto, possono autorizzare una persona avente diritto di voto a loro scelta.

³ Il Governo può autorizzare totalmente o parzialmente il voto elettronico nella misura in cui siano soddisfatte le condizioni necessarie per il rilevamento di tutti i voti, nonché per la garanzia del segreto di voto e l'esclusione di abusi.

Art. 27

¹ Qualora la legislazione dei circoli preveda la votazione alle urne, l'esercizio del diritto di voto si conforma all'articolo 26.

2. In affari di circolo

² In caso contrario l'esercizio del diritto di voto avviene nell'assemblea di circolo o nei comuni.

Art. 28

¹ Per l'esercizio del diritto di voto devono essere utilizzate le schede elettorali e di voto ufficiali.

Schede elettorali e di voto

² Le schede elettorali e di voto devono essere compilate rispettivamente modificate personalmente e a mano. E' fatto salvo l'articolo 26 capoverso 2.

Art. 29

¹ Il giorno della votazione o dell'elezione i seggi devono rimanere aperti almeno mezz'ora e venire chiusi al più tardi alle ore 12.

Votazione alle urne

² I comuni devono inoltre permettere agli aventi diritto di voto l'esercizio del diritto di voto, tramite busta chiusa, nell'urna oppure presso un ufficio durante le ore d'ufficio, almeno in due dei quattro giorni precedenti quello della votazione o dell'elezione.

1. Orari di apertura dei seggi, voto anticipato

Art. 30

¹ Per ogni urna due membri dell'ufficio elettorale o due persone designate da questo provvedono ad un regolare svolgimento delle votazioni.

2. Controllo delle urne

² Le urne devono essere tenute sotto chiave al di fuori degli orari di apertura e possono venire aperte e svuotate solo immediatamente prima dell'inizio dello spoglio.

Art. 31

Locali di voto

Il locale di voto non può essere utilizzato contemporaneamente per altri scopi. Anche gli accessi al locale di voto non possono essere ostacolati da altre operazioni o altri eventi. In particolare è vietata la raccolta di firme.

5. DETERMINAZIONE DEL RISULTATO DELL'ELEZIONE E DELLA VOTAZIONE

Art. 32

Spoglio

1. Momento,
mezzi

¹ Dopo la chiusura dei seggi si deve iniziare immediatamente con lo spoglio dei voti. Vengono prese in considerazione le schede elettorali e di voto che si trovano nelle urne o che sono pervenute fino a quel momento.

² Le schede elettorali e di voto pervenute prima del giorno della votazione possono venire contate a partire dal venerdì. In casi eccezionali, con un'autorizzazione della Cancelleria dello Stato, lo spoglio può essere iniziato già prima.

³ E' consentito l'impiego di strumenti meccanici o elettronici per il rilevamento automatico e la determinazione automatica delle schede elettorali e di voto se queste procedure sono altrettanto affidabili. Il Governo può disporre il loro impiego.

Art. 33

2. Valori da
rilevare

Devono essere rilevati:

- a) il numero degli aventi diritto di voto;
- b) il numero dei votanti (delle schede elettorali o di voto pervenute);
- c) il numero delle schede elettorali o di voto in bianco, nulle e valide;
- d) in caso di votazioni su oggetti: il numero dei sì e dei no, nonché il risultato di una eventuale domanda sussidiaria;
- e) in caso di elezioni: il numero dei suffragi ottenuti da ciascun candidato.

Art. 34

3. Schede
elettorali o di
voto bianche

Le schede elettorali o di voto sono considerate bianche se non riportano alcun nome rispettivamente alcuna risposta alla domanda posta in votazione. Se una scheda di voto contiene più domande, le domande senza risposta sono considerate come voti in bianco.

Art. 35

¹ Le schede elettorali o di voto sono nulle se:

- a) non sono quelle ufficiali;
- b) non sono compilate a mano;
- c) contengono espressioni ingiuriose o contrassegni manifesti;
- d) sono illeggibili o comunque non esprimono chiaramente la volontà del votante;
- e) mancano parti essenziali;
- f) figurano indicazioni come "finora" e simili.

4. Schede elettorali o di voto nulle

² In caso di voto per corrispondenza le schede elettorali o di voto sono inoltre nulle se:

- a) la carta di legittimazione non è allegata o firmata;
- b) la busta di trasmissione non è stata imbucata nella bucalettere designata dal Comune oppure giunge in ritardo;
- c) la busta di trasmissione non è chiusa;
- d) la busta di trasmissione contiene più buste di voto che carte di legittimazione;
- e) la busta di trasmissione oppure la busta di voto per la medesima elezione o votazione contiene più schede elettorali o di voto di contenuto diverso, ma soltanto una carta di legittimazione. Se il loro contenuto è uguale, una di esse è valida;
- f) in caso di rappresentanza di persone portatrici di handicap (invalidi) il voto per corrispondenza non è avvenuto tramite la persona di fiducia autorizzata.

Art. 36

¹ Un suffragio è nullo se:

- a) viene dato ad una persona non eleggibile;
- b) viene dato ad una persona già figurante sulla stessa scheda (cumulazione);
- c) permangono dubbi riguardo alla sua attribuzione.

5. Suffragi nulli in caso di elezioni

² Se una scheda elettorale contiene più nomi validi rispetto al numero di persone da eleggere, i suffragi eccedenti sono nulli. I nomi vengono cancellati dal basso verso l'alto e da destra verso sinistra.

Art. 37

¹ L'ufficio elettorale comunica immediatamente per telefono i risultati comunali:

Comunicazione dei risultati

- a) alla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni federali e cantonali;
- b) all'ufficio distrettuale in caso di elezioni e votazioni relative ai tribunali distrettuali;
- c) all'ufficio di circolo in caso di elezioni e votazioni di circolo;

d) all'autorità competente della corporazione regionale in caso di elezione dei presidenti delle corporazioni regionali.

² L'ufficio elettorale redige inoltre per ogni votazione un verbale con le indicazioni ai sensi dell'articolo 33 e lo trasmette immediatamente, unitamente alle schede elettorali o di voto, agli uffici competenti.

³ Il giorno dell'elezione gli uffici di circolo comunicano immediatamente per telefono alla Cancelleria dello Stato, ed il giorno seguente anche per iscritto, i risultati delle elezioni di circolo.

⁴ Il giorno seguente all'elezione gli uffici distrettuali comunicano per iscritto alla Cancelleria dello Stato i risultati delle elezioni dei tribunali distrettuali. Lo stesso vale per le autorità competenti delle corporazioni regionali in caso di elezione dei presidenti delle corporazioni.

Art. 38

Somma dei risultati comunali

¹ La Cancelleria dello Stato determina il risultato cantonale delle elezioni e votazioni federali e cantonali aggiungendo i risultati comunali e redige un verbale.

² In caso di elezioni e votazioni nel distretto il compito spetta all'ufficio distrettuale, in caso di elezioni e votazioni nel circolo all'ufficio di circolo e in caso di elezione del presidente della corporazione regionale all'autorità competente della corporazione.

Art. 39

Valutazione dei risultati
1. Votazioni su oggetti

¹ Una proposta in votazione è accolta se il numero dei sì supera quello dei no. Suffragi in bianco e nulli non entrano in considerazione.

² Se il testo in votazione permette di accettare due proposte alternative ed entrambe ottengono più sì rispetto ai no, è determinante una domanda sussidiaria.

Art. 40

2. Elezioni
a. Maggioranza richiesta

¹ Risulta eletto chi ottiene la maggioranza assoluta nel primo turno elettorale. Il totale di tutti i suffragi validi ottenuti dai candidati viene diviso per il doppio dei seggi vacanti. Il numero intero immediatamente superiore è la maggioranza assoluta.

² Se più persone ottengono la maggioranza assoluta rispetto ai seggi da occupare, vengono eletti i candidati con il numero di voti più alto.

Art. 41

b. Secondo turno elettorale

Se in un'elezione individuale non viene eletto nessun candidato o se in elezioni collettive vengono eletti meno candidati rispetto al numero di seggi da occupare, si effettua un secondo turno elettorale libero. Vengono eletti quei candidati che hanno raccolto il maggior numero di suffragi (maggioranza relativa).

Art. 42

¹ Se più persone ottengono lo stesso numero di voti, la sorte decide sull'elezione oppure sulla successione nella graduatoria elettorale. Il sorteggio è effettuato: c. Sorteggio

- a) dal Governo in caso di elezioni cantonali;
- b) dalla commissione amministrativa in caso di elezioni dei tribunali distrettuali;
- c) dal consiglio di circolo in caso di elezioni di circolo;
- d) dall'autorità competente della corporazione in caso di elezione del presidente della corporazione regionale.

² Per quanto possibile gli interessati vengono invitati al sorteggio. Per il resto l'autorità competente stabilisce la procedura.

6. CONCLUSIONE DELLA PROCEDURA**Art. 43**

I risultati provvisori delle elezioni e delle votazioni cantonali vengono pubblicati immediatamente dalla Cancelleria dello Stato, quelli delle elezioni e votazioni a livello distrettuale e di circolo dall'ufficio distrettuale rispettivamente dall'ufficio di circolo e quelli dell'elezione del presidente della corporazione regionale dall'autorità competente della corporazione.

Publicazione
1. Risultato
provvisorio

Art. 44

¹ Se la differenza dei voti ottenuti dall'ultima persona eletta e dalla prima non eletta rispettivamente tra i sì e i no nel risultato complessivo provvisorio di una elezione o votazione ammonta a meno dello 0,3 per cento delle schede di voto valide consegnate, deve essere eseguito d'ufficio un secondo conteggio.

2. Secondo
conteggio

² Per il resto se sussistono indizi concreti di irregolarità, un secondo conteggio viene ordinato dal Governo in caso di elezioni e votazioni cantonali, dalla commissione amministrativa rispettivamente dal consiglio di circolo in caso di elezioni e votazioni a livello distrettuale e di circolo e dall'autorità competente della corporazione in caso di elezione del presidente della corporazione regionale.

³ Il secondo conteggio può venire eseguito a livello centrale dalla Cancelleria dello Stato in caso di elezioni e votazioni cantonali, dall'ufficio distrettuale rispettivamente dall'ufficio di circolo in caso di elezioni e votazioni a livello distrettuale e di circolo e dall'autorità competente della corporazione in caso di elezione del presidente della corporazione regionale, oppure nei comuni su disposizione di questi uffici.

Art. 45

3. Risultato consolidato

¹ In base ai verbali dei comuni o ad un eventuale secondo conteggio i risultati consolidati delle elezioni e delle votazioni cantonali vengono pubblicati dalla Cancelleria dello Stato nel Foglio ufficiale cantonale con l'indicazione relativa al diritto di ricorso.

² In caso di elezioni e votazioni a livello distrettuale e di circolo la pubblicazione compete all'ufficio distrettuale rispettivamente all'ufficio di circolo, in caso di elezione del presidente della corporazione regionale all'autorità competente della corporazione, nel rispettivo organo di pubblicazione.

Art. 46

Accertamento

Scaduto il termine d'impugnazione o evasi i ricorsi, il Governo accerta in modo vincolante il risultato delle elezioni e delle votazioni cantonali.

Art. 47

Accettazione della nomina

¹ Ha accettato la nomina chi entro otto giorni dalla pubblicazione ufficiale del risultato non la declina con comunicazione scritta al Governo rispettivamente alla commissione amministrativa, al consiglio di circolo o all'autorità competente della corporazione.

² In caso di incompatibilità fra due cariche l'accettazione della nomina implica la rinuncia alla carica precedente incompatibile con la nuova.

³ Se più persone vengono nominate contemporaneamente in un'autorità, della quale non possono far parte allo stesso tempo, è valida la nomina della persona che era finora in carica o, in caso di nuova nomina contemporanea, della persona che ha ottenuto più voti. In caso di elezione suppletiva la persona già in carica ha la precedenza su quella neoelitta.

Art. 48

Elezione complementare

Un seggio divenuto vacante in seguito a rinuncia della persona eletta viene attribuito secondo le disposizioni valide per le elezioni suppletive.

III. Sospensione e destituzione**Art. 49**

Competenza, motivi

Con una maggioranza di tre quarti dei membri, il Gran Consiglio può destituire un membro del Gran Consiglio o del Governo prima della scadenza del suo mandato se:

- a) intenzionalmente o per negligenza grave, ha violato gravemente i suoi doveri d'ufficio;
- b) ha durevolmente perso la capacità di esercitare il suo ufficio o
- c) è stato condannato con sentenza definitiva a causa di un crimine.

Art. 50

¹ Il Gran Consiglio avvia d'ufficio o su denuncia una procedura di destituzione se viene a conoscenza di un motivo di destituzione.

Procedura
1. Avvio,
istruzione

² L'istruzione del decreto d'avvio, lo svolgimento dell'istruttoria e l'istruzione della decisione finale competono alla Commissione di giustizia e sicurezza.

Art. 51

¹ La fattispecie deve essere rilevata d'ufficio.

2. Istruttoria

² Vengono applicate per analogia le disposizioni sui mezzi d'istruttoria, sull'obbligo di collaborazione degli interessati, sul diritto di essere ascoltato e di prendere visione degli atti nella procedura in materia amministrativa, contenute nella legge sulla procedura nelle pratiche amministrative e costituzionali.

Art. 52

Se vi sono indizi sufficienti per un motivo di destituzione ai sensi dell'articolo 49, il Gran Consiglio può decidere con la maggioranza di tre quarti dei membri una sospensione cautelativa con o senza riduzione o soppressione del versamento del salario.

3. Sospensione

Art. 53

Le decisioni vanno motivate e comunicate per iscritto agli interessati con un avvertimento circa i mezzi d'impugnazione.

4. Decisione

Art. 54

Le decisioni del Gran Consiglio concernenti la sospensione e la destituzione possono venire impugnate presso il Tribunale amministrativo entro 20 giorni dalla comunicazione.

5. Rimedi
giuridici

IV. Iniziativa

1. INIZIATIVA IN AFFARI CANTONALI

A. *Inoltro e riuscita*

a. Iniziativa popolare

Art. 55

Lista delle firme

¹ L'iniziativa si basa sulla raccolta di singole firme su liste appositamente concepite.

² Ogni lista delle firme deve contenere le seguenti indicazioni:

- a) il nome del comune in cui i firmatari della lista hanno diritto di voto;
- b) il titolo e il testo dell'iniziativa;
- c) la data di pubblicazione nel Foglio ufficiale cantonale;
- d) una clausola di ritiro incondizionata;
- e) il nome e l'indirizzo di almeno sette promotori dell'iniziativa aventi diritto di voto (comitato d'iniziativa);
- f) l'avvertenza secondo cui è punibile chiunque, senza diritto, firmi una domanda d'iniziativa o alteri il risultato di una raccolta di firme per un'iniziativa popolare (art. 282 CP) oppure chiunque si renda colpevole di corruzione attiva o passiva nell'ambito della medesima (art. 281 CP);
- g) l'attestazione del diritto di voto dei firmatari.

³ Il titolo dell'iniziativa non può trarre in inganno, essere ingiurioso o eccessivamente lungo, contenere pubblicità commerciale o personale e dare adito a confusione.

Art. 56

Esame
preliminare

¹ Prima della raccolta delle firme il comitato d'iniziativa inoltra alla Cancelleria dello Stato la lista per le firme, per l'esame preliminare formale.

² Se il titolo dell'iniziativa o la forma della lista per le firme non è conforme alle prescrizioni legali, la Cancelleria dello Stato decide le modifiche necessarie dopo aver sentito il comitato d'iniziativa.

Art. 57

Deposito della
lista delle firme,
pubblicazione

¹ Prima della raccolta delle firme la lista definitiva per le firme deve essere depositata presso la Cancelleria dello Stato.

² La Cancelleria dello Stato pubblica il titolo, il testo e il nome dei promotori dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale.

Art. 58

¹ L'avente diritto di voto deve apporre a mano e in modo leggibile il proprio nome sulla lista delle firme ed aggiungere la firma autografa.

Firma

² Gli aventi diritto di voto incapaci di scrivere possono far apporre il proprio nome da una persona avente diritto di voto a loro scelta. Questa appone la propria firma accanto al nome della persona incapace di scrivere e serba il silenzio sul contenuto delle istruzioni ricevute.

³ L'avente diritto di voto deve fornire tutti gli ulteriori dati necessari all'accertamento della sua identità come i nomi, la data di nascita e l'indirizzo.

⁴ L'avente diritto di voto può firmare l'iniziativa una volta soltanto.

Art. 59

¹ Le liste delle firme vanno inoltrate in tempo utile prima della decorrenza del termine di raccolta al responsabile del catalogo elettorale del comune in cui i firmatari hanno il diritto di voto.

Attestazione del diritto di voto

² Il responsabile del catalogo elettorale attesta che i firmatari del comune annotato sulla lista delle firme, hanno diritto di voto in affari cantonali e restituisce immediatamente le liste ai mittenti. I nomi dei firmatari, che non hanno diritto di voto nel comune, vengono precedentemente cancellati dal responsabile del catalogo elettorale.

³ L'attestazione deve indicare in parole o cifre il numero delle firme valide, essere datata, recare la firma autografa del responsabile del catalogo elettorale ed essere contrassegnata dal timbro ufficiale.

⁴ L'attestazione del diritto di voto viene rilasciata se, nel giorno in cui la lista delle firme viene inoltrata per l'attestazione, il firmatario è iscritto nel catalogo elettorale. L'attestazione può essere eseguita in blocco per più liste.

⁵ Le attestazioni rilasciate prima della pubblicazione dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale sono nulle.

Art. 60

¹ L'attestazione del diritto di voto è negata se non sono adempiuti i presupposti di cui agli articoli 58 e 59 capoversi 1 e 4.

Diniego dell'attestazione del diritto di voto

² Se gli aventi diritto di voto hanno firmato più volte, viene convalidata una sola firma.

³ Il motivo del diniego va indicato sulla lista delle firme.

Art. 61

Inoltro

¹ Le liste delle firme devono essere inoltrate in blocco alla Cancelleria dello Stato al più tardi un anno dopo la pubblicazione del testo dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale. Con l'inoltro si conclude la raccolta delle firme.

² Le liste delle firme inoltrate non vengono restituite e non possono essere consultate.

Art. 62

Riuscita

¹ La Cancelleria dello Stato esamina se le liste delle firme corrispondono a quella depositata, sono state inoltrate nei termini e soddisfano le prescrizioni formali.

² Essa accerta il numero totale delle firme valide.

³ Sono nulle le firme sulle liste che non soddisfano i requisiti di cui agli articoli 55, 59 capoverso 1 o 61, nonché quelle di firmatari il cui diritto di voto non è stato attestato o lo è stato invalidamente o a torto.

⁴ La Cancelleria dello Stato presenta rapporto al Governo sull'esito dell'esame e presenta l'istanza sulla riuscita dell'iniziativa.

⁵ Il Governo decide sulla riuscita dell'iniziativa. La decisione deve essere pubblicata nel Foglio ufficiale cantonale.

Art. 63

Ritiro

¹ Ogni iniziativa può essere ritirata dal comitato d'iniziativa. La dichiarazione di ritiro è vincolante se è firmata dalla maggioranza assoluta dei membri aventi diritto di voto del comitato d'iniziativa.

² Il ritiro è ammesso fino al momento in cui viene fissata la data della votazione popolare. In caso di iniziativa in forma generica, approvata dal Gran Consiglio, il ritiro è ammesso sino all'emanazione del decreto di approvazione.

³ Il ritiro deve essere notificato alla Cancelleria dello Stato all'attenzione del Gran Consiglio.

b. Iniziativa dei comuni**Art. 64**Competenza,
requisiti formali

¹ Le iniziative dei comuni vengono realizzate con decisioni concordi da parte delle sovrananze comunali, nella misura in cui il diritto comunale non preveda una regolamentazione diversa. Queste decisioni non sono soggette a referendum.

² Le decisioni devono contenere le seguenti indicazioni:

a) il titolo e il testo dell'iniziativa;

- b) una clausola di ritiro incondizionata;
- c) il nome del comune responsabile.

³ Il titolo dell'iniziativa non può trarre in inganno, essere ingiurioso o eccessivamente lungo, contenere pubblicità commerciale o personale e dare adito a confusione.

Art. 65

¹ Il comune responsabile inoltra alla Cancelleria dello Stato il titolo dell'iniziativa per l'esame preliminare formale.

Esame
preliminare

² Se il titolo dell'iniziativa non è conforme alle prescrizioni legali, la Cancelleria dello Stato decide le modifiche necessarie dopo aver sentito il comune responsabile.

Art. 66

¹ Prima della decisione da parte delle sovrananze comunali il comune responsabile deposita presso la Cancelleria dello Stato il titolo e il testo definitivo dell'iniziativa.

Pubblicazione

² Il titolo e il testo dell'iniziativa, nonché il nome del comune responsabile vengono pubblicati dalla Cancelleria dello Stato nel Foglio ufficiale cantonale.

³ Le decisioni comunali prese prima della pubblicazione dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale sono nulle.

Art. 67

¹ Il comune responsabile deve inoltrare in blocco alla Cancelleria dello Stato l'iniziativa, le decisioni comunali ed i relativi estratti dei verbali al più tardi un anno dopo la pubblicazione del testo dell'iniziativa nel Foglio ufficiale cantonale.

Inoltro e riuscita

² La Cancelleria dello Stato esamina se l'iniziativa è stata inoltrata nei termini e se soddisfa le prescrizioni formali.

³ Essa presenta rapporto al Governo sull'esito dell'esame e presenta l'istanza sulla riuscita dell'iniziativa.

⁴ Il Governo accerta la riuscita dell'iniziativa e pubblica la sua decisione nel Foglio ufficiale cantonale.

Art. 68

¹ Ogni iniziativa dei comuni può essere ritirata.

Ritiro
dell'iniziativa

² Il ritiro dell'iniziativa dei comuni è deciso se la relativa decisione viene ritirata da così tanti comuni da non essere più soddisfatto il quorum

necessario ai sensi dell'articolo 12 capoverso 1 rispettivamente 2 della Costituzione cantonale.

³ Si applica per analogia l'articolo 63 capoversi 2 e 3.

B. Trattazione e votazione

Art. 69

Trattazione in
Gran Consiglio

Entro un anno dall'inoltro il Governo sottopone al Gran Consiglio le iniziative riuscite, unitamente al proprio messaggio.

Art. 70

Iniziative in
forma elaborata

¹ Se il Gran Consiglio approva un'iniziativa in forma elaborata senza controprogetto, l'iniziativa viene considerata come una decisione propria soggetta a referendum.

² Se il Gran Consiglio approva l'iniziativa e presenta un controprogetto, si tiene una votazione popolare. Nelle spiegazioni viene esposto che il Gran Consiglio predilige il controprogetto.

³ Se il Gran Consiglio respinge l'iniziativa con o senza controprogetto, si tiene una votazione popolare.

Art. 71

Iniziative in
forma generica
1. Votazione
popolare

¹ Se il Gran Consiglio respinge un'iniziativa in forma generica con o senza controprogetto, si tiene una votazione popolare.

² Se il Gran Consiglio approva un'iniziativa in forma generica e presenta un controprogetto, si tiene una votazione popolare. Nelle spiegazioni viene esposto che il Gran Consiglio predilige il controprogetto.

³ Se il Gran Consiglio approva un'iniziativa in forma generica senza controprogetto, non si tiene una votazione popolare.

Art. 72

2. Esecuzione

¹ Se il Popolo o il Gran Consiglio approva un'iniziativa in forma generica, il Governo sottopone al Gran Consiglio un progetto elaborato entro un anno dall'approvazione.

² Se il Gran Consiglio approva il progetto senza controprogetto, questo viene considerato come una decisione propria soggetta a referendum.

³ Se il Gran Consiglio approva il progetto e presenta un controprogetto, si tiene una votazione popolare. Nelle spiegazioni viene esposto che il Gran Consiglio predilige il controprogetto.

⁴ Se il Gran Consiglio respinge il progetto con o senza controprogetto, si tiene una votazione popolare.

Art. 73

¹ Se il Gran Consiglio contrappone un controprogetto a un'iniziativa o a un progetto elaborato in esecuzione di una proposta generica, sulla stessa scheda di voto si porranno agli aventi diritto di voto le seguenti domande:

Procedura in caso di doppia votazione

1. Accettate l'iniziativa/il progetto?
2. Accettate il controprogetto del Gran Consiglio?
3. Nel caso in cui venissero accettati sia l'iniziativa/il progetto che il controprogetto:
Deve entrare in vigore l'iniziativa /il progetto oppure il controprogetto?

² La maggioranza assoluta viene determinata separatamente per ciascuna domanda. Le domande senza risposta non vengono considerate.

³ Se vengono accettati sia l'iniziativa popolare/il progetto che il controprogetto, è decisivo il risultato della terza domanda. Entra in vigore la proposta che a questa domanda ha ottenuto il maggior numero di voti.

⁴ Se l'iniziativa/il progetto e il controprogetto ottengono lo stesso numero di voti, la preferenza viene data alla proposta che:

- a) presenta la maggiore differenza di voti nella domanda principale;
- b) ottiene meno no nella domanda principale se la differenza di voti è uguale.

⁵ Se sia la differenza di voti che il numero dei no sono uguali, decide il sorteggio effettuato dal Governo.

2. INIZIATIVA IN AFFARI DI CIRCOLO E COMUNALI**Art. 74**

I circoli e i comuni garantiscono l'esercizio del diritto d'iniziativa ai sensi delle disposizioni seguenti. Essi possono ampliarlo, in particolare riducendo il numero di firme necessarie o permettendo l'iniziativa sotto forma di progetto elaborato.

Principio

Art. 75

Le disposizioni sul diritto di iniziativa nei comuni valgono analogamente per i circoli. I circoli in cui per le votazioni su oggetti non è competente l'assemblea di circolo sono equiparati ai comuni senza assemblea comunale.

Iniziativa in affari di circolo

Art. 76

¹ Una iniziativa sotto forma di proposta generica può:

- a) venire inoltrata alla sovranza comunale da almeno un quarto degli aventi diritto di voto oppure

Iniziativa in comuni con assemblea comunale

b) venire dichiarata rilevante come mozione dall'assemblea comunale su proposta di un avente diritto di voto.

² Entro un anno al massimo, la sovrastanza comunale deve presentare alla prossima assemblea comunale ordinaria un progetto elaborato, una perizia ed eventualmente un controprogetto per un oggetto di sua competenza.

Art. 77

Iniziativa in comuni senza assemblea comunale

¹ Nei comuni senza assemblea comunale l'iniziativa può essere inoltrata alla sovrastanza comunale da almeno un quarto degli aventi diritto di voto.

² Se l'iniziativa contiene una proposta generica su un oggetto di competenza del Popolo, la sovrastanza comunale deve sottoporre l'iniziativa a votazione popolare entro un anno dall'inoltro, unitamente ad una perizia ed eventualmente a un controprogetto. Nel caso in cui il dibattito preliminare spetti al consiglio comunale, il termine è di un anno e mezzo.

³ Se la sovrastanza comunale o il consiglio comunale, qualora il dibattito preliminare spetti a quest'ultimo, accetta l'iniziativa, non si tiene la votazione popolare.

⁴ Se il Popolo o la sovrastanza comunale rispettivamente il consiglio comunale accetta un'iniziativa, la sovrastanza comunale elabora un relativo progetto. Questo progetto, unitamente ad una perizia ed eventualmente un controprogetto, deve essere sottoposto a votazione popolare entro un anno dall'accettazione dell'iniziativa o entro un anno e mezzo, se il dibattito preliminare spetta al consiglio comunale.

Art. 78

Iniziative non conformi al diritto

¹ Le iniziative di contenuto non conforme al diritto non vengono sottoposte a votazione popolare.

² La sovrastanza comunale o il consiglio comunale, qualora il dibattito preliminare spetti a quest'ultimo, comunicano per iscritto la loro decisione motivata ai promotori.

V. Procedura per il referendum facoltativo in affari cantonali

1. REFERENDUM POPOLARE

Art. 79

Pubblicazione

Le leggi ed i decreti del Gran Consiglio che sottostanno al referendum facoltativo devono essere pubblicati nel Foglio ufficiale cantonale al termine della sessione del Gran Consiglio. La pubblicazione indica la

possibilità del referendum facoltativo e la scadenza del termine di referendum.

Art. 80

¹ L'adesione al referendum avviene mediante firme singole sulle relative liste. Lista delle firme

² Le liste delle firme possono avere per oggetto solo una legge o un decreto.

³ Ogni lista delle firme deve contenere le seguenti indicazioni:

- a) il nome del comune in cui i firmatari della lista hanno diritto di voto;
- b) la denominazione della legge o del decreto con data d'approvazione da parte del Gran Consiglio;
- c) la domanda d'attuazione di una votazione popolare su tale legge o decreto;
- d) l'avvertenza secondo cui è punibile chiunque, senza diritto, partecipi ad un referendum o alteri il risultato di una raccolta di firme per un referendum (art. 282 CP) oppure chiunque si renda colpevole di corruzione attiva o passiva nell'ambito della medesima (art. 281 CP).

Art. 81

Le disposizioni sulla firma (art. 58), sulle attestazioni del diritto di voto (art. 59) e sul diniego delle attestazioni (art. 60), valide per l'iniziativa popolare, fanno stato per analogia anche per il referendum popolare. Norme complementari

Art. 82

¹ Le liste delle firme devono essere inoltrate in blocco alla Cancelleria dello Stato entro 90 giorni dalla pubblicazione della legge o del decreto nel Foglio ufficiale cantonale. Con l'inoltro si conclude la raccolta delle firme. Inoltro, esclusione, ritiro

² Le liste delle firme inoltrate non vengono restituite e non possono essere consultate.

³ Non è ammesso il ritiro di un referendum.

Art. 83

¹ La Cancelleria dello Stato esamina se le liste delle firme sono state inoltrate nei termini e soddisfano le prescrizioni formali. Riuscita

² Essa accerta il numero totale delle firme valide.

³ Sono nulle le firme sulle liste che non soddisfano i requisiti di cui all'articolo 59 capoverso 1 in unione con gli articoli 81 o 82, nonché quelle di firmatari il cui diritto di voto non è stato attestato o lo è stato invalidamente o a torto.

⁴ La Cancelleria dello Stato presenta rapporto al Governo sull'esito dell'esame e presenta l'istanza sulla riuscita del referendum.

⁵ Il Governo decide sulla riuscita del referendum.

Art. 84

Votazione popolare

Se il referendum è riuscito, il Governo indice la votazione popolare e pubblica la sua decisione nel Foglio ufficiale cantonale.

Art. 85

Mancata riuscita

Se non viene presentato un referendum oppure esso non è valido, il Governo dichiara che la legge o il decreto ha acquistato effetto esecutivo. Questa decisione deve essere pubblicata nel Foglio ufficiale cantonale.

2. REFERENDUM DEI COMUNI

Art. 86

Pubblicazione

La disposizione valida per il referendum popolare sulla pubblicazione ufficiale delle leggi e dei decreti del Gran Consiglio (art. 79) si applica per analogia anche al referendum dei comuni.

Art. 87

Competenza, requisiti formali

¹ I referendum dei comuni ai sensi dell'articolo 17 della Costituzione cantonale vengono realizzati con decisioni concordi da parte delle sovrastanze comunali, nella misura in cui il diritto comunale non preveda una regolamentazione diversa.

² La decisione della sovrastanza comunale deve contenere la legge o il decreto del Gran Consiglio contro la quale o il quale viene presentato il referendum, nonché il nome del comune responsabile.

Art. 88

Inoltro, ritiro

¹ Il referendum, le decisioni comunali ed i relativi estratti dei verbali devono essere inoltrati dal comune responsabile alla Cancelleria dello Stato entro 90 giorni dalla pubblicazione ufficiale della legge o del decreto del Gran Consiglio.

² Un referendum non può essere ritirato.

Art. 89

Riuscita

¹ Allo scadere del termine di referendum la Cancelleria dello Stato esamina se il referendum è stato presentato nei termini e se soddisfa le prescrizioni formali.

² Essa presenta rapporto al Governo sull'esito dell'esame e presenta l'istanza sulla riuscita del referendum.

³ Il Governo decide sulla riuscita del referendum.

Art. 90

Se il referendum è riuscito, si applicano per analogia le disposizioni valide per il referendum popolare sulla indizione e sullo svolgimento della votazione popolare (art. 84). Votazione popolare

Art. 91

Se non viene presentato un referendum oppure esso non è valido, l'ulteriore procedura si conforma alle disposizioni valide per il referendum popolare (art. 85). Mancata riuscita

3. REFERENDUM A POSTERIORI PER LEGGI URGENTI

Art. 92

La pubblicazione ufficiale delle leggi urgenti, i requisiti formali del referendum, nonché la presentazione, l'esclusione del ritiro e la riuscita del referendum si conformano alle disposizioni valide per il referendum popolare rispettivamente dei comuni (art. 79 – art. 91). Procedura

Art. 93

¹ Se il referendum sulla legge dichiarata urgente riesce, il Governo indice la votazione popolare. Questa decisione deve essere pubblicata nel Foglio ufficiale cantonale. Votazione popolare

² Se la legge dichiarata urgente viene respinta dal Popolo, essa viene subito abrogata.

³ Una legge dichiarata urgente, non approvata in votazione popolare, non può più essere riproposta.

Art. 94

Se non viene presentato un referendum oppure esso non è valido, la legge dichiarata urgente rimane in vigore ed avviene una pubblicazione ufficiale. Mancata riuscita

VI. Petizione

Art. 95

¹ Le petizioni ai sensi dell'articolo 33 della Costituzione federale devono essere inoltrate per iscritto. Petizione

² Se l'inoltro non presenta irregolarità di forma o di contenuto, l'autorità interpellata decide se dar seguito alla stessa e, se del caso, in che modo. In caso contrario prende semplicemente atto del relativo inoltro.

³ Coloro che hanno inoltrato una petizione devono essere informati in modo adeguato sulla trattazione dell'istanza.

VII. Rimedi giuridici e disposizioni penali

Art. 96

Ricorso

¹ Può essere presentato ricorso al Governo:

- a) per violazione del diritto di voto giusta gli articoli 3 e 5 e gli articoli 59, 60 e 81 (ricorso di diritto di voto);
- b) per irregolarità nella preparazione o nello svolgimento di votazioni cantonali e elezioni del Consiglio degli Stati (ricorso di votazione e elezione);
- c) contro la decisione della Cancelleria dello Stato relativa alla modifica del titolo di un'iniziativa e la forma della lista delle firme.

² Può essere presentato ricorso al Gran Consiglio per violazione del diritto di voto e irregolarità nella preparazione o nello svolgimento delle elezioni del Gran Consiglio.

³ Può essere presentato ricorso alla commissione competente del Gran Consiglio per violazione del diritto di voto e irregolarità nella preparazione o nello svolgimento delle elezioni del Governo.

Art. 97

Legittimazione

Ogni avente diritto di voto del relativo circolo di elezione o votazione può presentare ricorso di diritto di voto, di elezione o di votazione.

Art. 98

Termine

I ricorsi alle autorità giusta l'articolo 96 devono essere presentati alla Cancelleria dello Stato entro tre giorni dalla rilevazione del motivo d'impugnazione, tuttavia non oltre il terzo giorno seguente la pubblicazione ufficiale dei risultati di un'elezione o votazione.

Art. 99

Atto di ricorso

¹ L'atto di ricorso deve contenere un'istanza e una breve motivazione.

² L'atto di ricorso deve essere firmato dal ricorrente o dal suo rappresentante.

Art. 100

Effetto
sospensivo

Al ricorso viene attribuito effetto sospensivo soltanto se questo è ordinato, d'ufficio o su proposta, dall'autorità di ricorso.

Art. 101

¹ Se l'autorità di ricorso accerta d'ufficio o su ricorso irregolarità, essa adotta, se possibile prima della conclusione della procedura di elezione o votazione, le disposizioni necessarie per la loro eliminazione. Decisione

² Se vi sono irregolarità che per genere o entità potevano influire in modo decisivo sul risultato, l'autorità di ricorso rettifica il risultato o annulla l'elezione o votazione.

³ L'autorità di ricorso respinge ricorsi senza ulteriore esame, se accerta che il genere o l'entità delle irregolarità contestate non potevano influire sul risultato dell'elezione o votazione.

Art. 102

¹ In caso di procedure di ricorso di diritto di voto, elezione e votazione non sono rimosse né spese procedurali né assegnate indennità alle parti. Sono esclusi dall'esonero delle spese i ricorsi temerari e sconsiderati. Ulteriori prescrizioni procedurali

² Per il resto sono applicabili le disposizioni della legge sulla procedura nelle pratiche amministrative e costituzionali, nella misura in cui ciò sia conciliabile con la natura particolare della procedura di elezione e votazione.

Art. 103

¹ Le decisioni del Governo, del Gran Consiglio e della Commissione competente del Gran Consiglio, nonché delle autorità delle corporazioni regionali, dei distretti, dei circoli e dei comuni sono soggette al ricorso dinanzi al Tribunale amministrativo per violazione dei diritti politici. Impugnazione dinanzi al Tribunale amministrativo

² La procedura si conforma alla legge sulla giustizia amministrativa nel Cantone dei Grigioni.

Art. 104

¹ I membri di autorità o uffici elettorali, nonché persone ausiliarie che violano obblighi intenzionalmente o per negligenza grave, che competono loro in base alla presente legge o alle disposizioni esecutive, vengono puniti con una multa. Disposizioni penali

² Il perseguimento e la valutazione delle infrazioni si conformano alla legge sulla giustizia penale.

VIII. Disposizioni finali**Art. 105**

Il Governo emana le necessarie disposizioni esecutive, in particolare sulla tenuta del catalogo elettorale, l'indizione e lo svolgimento (esercizio del Esecuzione
1. Governo

diritto di voto, spoglio, comunicazione dei risultati) delle elezioni e delle votazioni, nonché sul diritto di iniziativa e di referendum.

Art. 106

2. Circoli

¹ I circoli disciplinano la procedura delle elezioni e votazioni in affari di circolo, per quanto la presente legge e il Governo non prevedano norme.

² I circoli, composti da un solo comune, possono stabilire che le competenze, spettanti secondo la presente legge alle autorità comunali nella procedura per le votazioni alle urne, in affari di circolo siano svolte interamente o parzialmente dalle autorità di circolo.

Art. 107

3. Comuni

I comuni emanano per il loro territorio le disposizioni complementari necessarie sulla procedura delle elezioni e votazioni in affari cantonali e di circolo.

Art. 108

4. Corporazioni regionali

Le corporazioni regionali emanano per il loro territorio le disposizioni complementari necessarie sulla procedura dell'elezione del presidente della corporazione.

Art. 109

Abrogazione del diritto previgente

Al momento dell'entrata in vigore della presente legge viene abrogata la legge sull'esercizio dei diritti politici nel Cantone dei Grigioni del 7 ottobre 1962.

Art. 110

Disposizioni transitorie

La presente legge è valida anche per procedure pendenti. Nella misura in cui l'autorità o l'ufficio amministrativo stia già trattando un affare, la loro competenza permane.

Art. 111

Referendum ed entrata in vigore

¹ La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

² Essa viene posta in vigore dal Governo dopo l'accettazione da parte della Confederazione.

Regolamento organico del Governo del Cantone dei Grigioni

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del 25 gennaio 2005,

decide:

I.

Il regolamento organico del Governo del Cantone dei Grigioni del 26 febbraio 1972 viene modificato come segue:

Art. 10 cpv. 2 e 3

Abrogati

II.

La presente revisione parziale entra in vigore con la revisione della legge sull'esercizio dei diritti politici.

Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin ils art. 9 al. 3, 21 al. 2 e 3 sco er sin l'art. 31 al. 1 da la
constituziun chantunala,

sunter avair gè invista da la missiva da la regenza dals 25 da schaner
2005,

concluda:

I. Disposiziuns generalas

1. CHAMP D'APPLICAZIUN ED OBJECT

Art. 1

¹ La lescha regla:

- a) las elecziuns e las votaziuns en chaussas chantunalas, districtualas e
cirquitalas sco er l'elecziun da las presidentas respectivamain dals
presidents da las corporaziuns regiunalas;
- b) il diever dal dretg da referendum e d'iniziativa en chaussas
chantunalas;
- c) il diever dal dretg d'iniziativa en chaussas cirquitalas e communalas.

Champ
d'applicaziun

² Per las votaziuns federalas e per las elecziuns dal cussegl naziunal sco er
per il diever dal dretg da referendum e d'iniziativa en chaussas federalas
po la lescha vegnir applitgada, uschenavant ch'il dretg federal surlascha
als chantuns da reglar la procedura.

³ Confirm al senn vegn la lescha applitgada per votaziuns ed elecziuns en
chaussas communalas, uschenavant ch'il dretg communal na dispona
nagut.

Art. 2

¹ Elecziuns chantunalas èn las elecziuns da la regenza e dal cussegl dals Noziuns
chantuns; elecziuns cirquitalas èn las elecziuns da las commembras
respectivamain dals commembers dal cussegl grond sco er da las
ulteriuras autoritads cirquitalas e da las ulteriuras emploiadas cirquitalas

respectivamain dals ulteriurs emploiads cirquitals che vegnan elegids dal pievel.

² Elecziuns districtualas èn las elecziuns da las commembras respectivamain dals commembers da las dretgiras districtualas.

³ Elecziuns regiunalas èn las elecziuns da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regiunalas.

2. DRETG DA VOTAR E D'ELEGER

Art. 3

Cuntegn,
premissas

¹ Il dretg da votar e d'eleger cumpiglia il dretg da sa participar a votaziuns ed ad elecziuns, da sa laschar eleger sco er da suttascriver referendums ed iniziativas.

² Il dretg da votar e d'eleger sa drizza tenor la constituziun chantunala. Resalvadas restan las prescripziuns davart ils dretgs politics da las Svizras e dals Svizzers a l'exteriur tenor l'alineia 3.

³ La persuna ch'è autorisada – tenor la lescha federala davart ils dretgs politics da las Svizras e dals Svizzers a l'exteriur – dad exercitar ils dretgs politics en chaussas federalas en il chantun Grischun, po far quai er en chaussas chantunalas. Las premissas e la procedura sa drizzan tenor la lescha federala davart ils dretgs politics da las Svizras e dals Svizzers a l'exteriur e tenor questa lescha.

Art. 4

Lieu da diever
(domicil politic)

¹ Il diever dal dretg da votar e d'eleger succeda al domicil politic. Quel sa chatta en la vischnanca, en la quala la persuna cun dretg da votar abita ed è annunziada. Persunas vagantas voteschan en lur vischnanca burgaisa.

² La persuna che depona in auter attest (attest d'origin, attest provisorii e.u.v.), acquista mo il domicil politic, sch'ella cumprova ch'ella na saja betg registrada en il register electoral dal lieu, en il qual sa chatta il scrit d'origin.

³ Las prescripziuns davart ils dretgs politics da las Svizras e dals Svizzers a l'exteriur restan resalvadas.

Art. 5

Register electoral

¹ Las persunas cun dretg da votar ston vegnir inscrites al domicil politic en il register electoral che la vischnanca ha da manar. Inscriziuns ed eliminaziuns ston vegnir fatgas d'uffizi.

² Avant in'elecziun u ina votaziun ston inscripziuns u eliminaziuns vegnir fatgas enfin il tschintgavel di avant il di d'elecziun u da votaziun, sch'igl è segir, che las premissas per la participaziun al di da votaziun èn ademplidas.

³ Il register electoral stat avert a las votantas respectivamain als votants per prender invista.

Art. 6

Tar elecziuns e votaziuns a l'urna sco er tar elecziuns e votaziuns secretas sto il secret da votaziun vegnir garantì senza restricziuns, en ils ulteriurs cas tant sco pussaivel.

Secret da votaziun

3. PARTIDAS POLITICAS

Art. 7

Sco partidas politics cun dretg da vegnir promovidas valan tut las associazziuns che sa participeschan ad elecziuns dal cussegl grond, da la regenza, dal cussegl naziunal u dal cussegl dals chantuns.

Promoziun da partidas
1. princip

Art. 8

¹ Il chantun paja contribuziuns a partidas politics ch'èn sa participadas a las duas elecziuns precedentas dal cussegl grond en almain trais circuls electorals e che han cuntanschì mintga giada almain in mandat dal cussegl grond.

2. contribuziuns

² La contribuziun importa annualmain 2'000 francs per commembra respectivamain per commember dal cussegl grond.

³ Partidas politics che retiran contribuziuns suttamettan lur quint annual al cussegl grond per laschar prender enconuschientscha.

II. Elecziuns e votaziuns

1. ORGANISAZIUN D'ELECZIUNS E DA VOTAZIUNS

Art. 9

¹ Las elecziuns e las votaziuns federalas e chantunalas, las elecziuns da la dretgira districtuala sco er l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala han lieu en las vischnancas, e quai il medem di ed a l'urna.

Lieu, di e moda da votaziun

² Las elecziuns e las votaziuns en chaussas cirquitalas han lieu il medem di en las vischnancas u a la radunanza cirquitala.

Art. 10

¹ La suprastanza communal, tar radunanzas cirquitalas il cussegl cirquital, installescha in biro electoral d'almain duas commembras respectivamain dus commembers e nominescha la presidenta respectivamain il president e l'actuara respectivamain l'actuar da quest

Biro electoral
1. organisaziun

biro da votaziun. La suprastanza communal, respectivamain il cussegl circital, po er funcziunar senza sco biro electoral.

² Al biro electoral sto vegnir mess a disposiziun il dumber necessari da persunas cun dretg da votar sco dumbvuschs.

Art. 11

2. obligaziun
d'acceptar in
uffizi

¹ Mintga persuna cun dretg da votar è obligada d'acceptar e d'ademplir l'uffizi da commembra respectivamain commember, da presidenta respectivamain president u d'actuara respectivamain actuar dal biro electoral ubain l'uffizi da dumbvuschs, nun che motivs impurtants sco malsogna, vegliadetgna u assenza dal lieu l'impedeschian da far quai.

² Tgi che refusescha senza motiv impurtant d'acceptar e d'ademplir l'uffizi po vegnir chastià da la suprastanza communal respectivamain dal cussegl circital cun ina multa da 50 a 400 francs.

Art. 12

3. incompatibili-
tad

¹ Ina candidata respectivamain in candidat na dastga esser ni commembra respectivamain commember dal biro electoral ni dumbvuschs.

² Il medem vala per parentas u parents, per quinadas u quinads en lingua directa, per la conjugala u il conjugal e per fragliuns d'ina candidata respectivamain d'in candidat.

Art. 13

4. incumbensas

Il biro electoral surveglia spezialmain la votaziun, decida davart la valaivladad da cedels da votar e da vuschs, maina la dumbraziun da las vuschs, eruescha il resultat da l'elecziun u da la votaziun e transmetta immediatamain il resultat al post cumpetent.

Art. 14

Publicitad

Cun garantir il secret da votaziun èsi permess d'evaluar e publitgar il cumportament da votaziun da la populaziun.

Art. 15

EED

Il chantun utilisescha in program dad EED per endatar ed evaluar las elecziuns e las votaziuns. La regenza po prescriber a las vischnancas da duvrar quest program. Ils custs surpiglia il chantun.

2. ORDINAZIUN DA LAS ELECZIUNS E DA LAS VOTAZIUNS

Art. 16

Ordinaziun,
communicaziun

¹ Las elecziuns e las votaziuns vegnan ordinadas:

- a) da la regenza:
per las elecziuns da la regenza e dal cussegl dals chantuns inclusiv las elecziuns complementaras, per las elecziuns da la dretgira districtuala e per las elecziuns cirquitalas (elecziuns dal cussegl grond ed elecziuns da la presidenta cirquitala respectivamain dal president cirquital e da sia suppleanta respectivamain da ses suppleant) sco er per las votaziuns en chaussas chantunalas;
- b) da la cumissiun administrativa:
per las elecziuns complementaras en il district sco er per las votaziuns en chaussas districtualas;
- c) dal cussegl cirquital:
per las ulteriuras elecziuns cirquitalas e per las elecziuns complementaras en il circul sco er per las votaziuns en chaussas cirquitalas;
- d) da l'organ cumpetent da la corporaziun:
per l'elecziun e l'elecziun complementara da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regionalas.

² L'autorità ordinanta communitgescha publicamain il termin da l'elecziun u da la votaziun e relascha las directivas necessarias per la realisaziun.

Art. 17

Las elecziuns da renovaziun han lieu ils suandants termins:

Termin
d'elecziun
1. elecziuns da
renovaziun

- a) las elecziuns da la regenza e las elecziuns cirquitalas (elecziuns dal cussegl grond ed elecziuns da la presidenta cirquitala respectivamain dal president cirquital e da sia suppleanta respectivamain da ses suppleant) per la perioda d'uffizi che cumenza il 1. da schaner da l'onn vegnint respectivamain il 1. d'avust da l'onn current il medem mument per regla il matg u il zercladur;
- b) las elecziuns da la dretgira districtuala per regla ils mais da mars, d'avrigl, da matg u da zercladur per la perioda d'uffizi che cumenza il 1. da schaner da l'onn vegnint;
- c) las elecziuns dal cussegl dals chantuns il medem mument cun las elecziuns dal cussegl naziunal e per la medema perioda d'uffizi per regla la segund davosa dumengia d'october;
- d) l'elecziun da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regionalas per regla in mez onn avant che la perioda d'uffizi va a fin.

Art. 18

¹ Sch'i dat ina vacanza avant la fin da la perioda d'uffizi, ordinescha l'autorità cumpetenta aifer dus mais in'elecziun complementara per il rest da la perioda d'uffizi.

2. elecziuns
complementaras

² In'elecziun complementara per il rest da la perioda d'uffizi n'ha betg lieu, sch'ella è necessaria pir dus mais avant l'elecziun da renovaziun u pli tard.

³ Pliras elecziuns complementaras pon vegnir fatgas sco elecziuns cumplessivas, sch'ellas èn necessarias aifer dus mais.

Art. 19

Segund scrutini In eventual segund scrutini sto vegnir fatg fin il pli tard trais emnas suenter l'emprim scrutini.

Art. 20

Excepciuns Per motivs impurtants po la regenza concluder en il cas singul divergenzas dals termins d'elecziun qua survart.

3. DOCUMENTS D'ELECZIUN E DA VOTAZIUN

Art. 21

Preparaziun Ils documents d'elecziun vegnan preparads e tramess ad ura a las vischnancas:

- a) da la chanzlia chantunala tar elecziuns e votaziuns federalas e chantunalas;
- b) da l'uffizi districtual tar elecziuns e votaziuns da la dretgira districtuala;
- c) da l'uffizi cirquital tar elecziuns e votaziuns cirquitalas;
- d) da l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president.

Art. 22

Dimensiun Ils documents d'elecziun e da votaziun cumpiglian:

- a) ils cedels electorals e la brochura per l'elecziun federala tar elecziuns federalas (elecziuns dal cussegl naziunal), ils cedels da votar, ils projects da votaziun e las explicaziuns dal cussegl federal tar votaziuns federalas sur d'ina chaussa;
- b) ils cedels electorals tar elecziuns chantunalas, ils cedels da votar, ils projects da votaziun e las explicaziuns dal cussegl grond tar votaziuns chantunalas sur d'ina chaussa;
- c) ils cedels electorals tar las elecziuns da la dretgira districtuala e tar las elecziuns cirquitalas, ils cedels da votar, ils projects da votaziun e las explicaziuns da la cumissiun administrativa respectivamain dal cussegl cirquital tar votaziuns districtualas e cirquitalas;
- d) ils cedels electorals tar l'elecziun da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regiunalas.

Art. 23

Las explicaziuns dal cussegl grond cuntegnan ina proposta motivada. En la motivaziun ston vegnir preschentadas adequatamain las ponderaziuns d'ina minoritad considerabla dal cussegl grond. Tar iniziativa e referendums ston vegnir resguardadas las opiniuns principalas da las iniziantas respectivamain dals iniziants.

Cuntegn

Art. 24

Ils documents da votaziun chantunals vegnan publitgads en lingua tudestga, rumantscha e taliana e vegnan tramess a las vischnancas tut tenor lur appartegnientscha linguistica. Las personas cun dretg da votar pon declerar envers la suprastanza communal en tge lingua ch'ellas vulan retschaiver ils documents da votaziun.

Lingua

Art. 25

¹ Las vischnancas procuran ch'ils documents da votaziun (projects da votaziun, explicaziuns, cedels da votar, certificat dal dretg da votar e documents per la votaziun per correspundenza) vegnian distribuids a mintga persuna cun dretg da votar il pli baud quatter ed il pli tard trais emnas avant il di da votaziun.

Spediziun

² Tar elecziuns ston vegnir distribuids a mintga persuna cun dretg da votar ils cedels electorals, il certificat dal dretg da votar ed ils documents per l'elecziun per correspundenza il pli baud quatter emnas ed il pli tard diesch dis avant il di da votaziun.

4. VOTAZIUN**Art. 26**

¹ Cun consegnar il certificat dal dretg da votar pon las personas cun dretg da votar votar ubain personalmain a l'urna ubain anticipadamain ad in post inditgà da la vischnanca ubain per correspundenza. La votaziun per correspundenza è permissa a partir dal mument ch'ins ha retschet ils documents da votaziun.

Furmas
1. en chaussas
federalas,
chantunals,
regiunalas e
districtualas

² Personas cun dretg da votar che n'èn permanentamain betg ablas, pervi d'invaliditad u per in auter motiv, da far sezzas las accziuns necessarias per la votaziun, pon autorisar per quest intent ina persuna cun dretg da votar tenor atgna schelta.

³ La regenza po pussibilitar cumplainamain u parzialmain la votaziun sin via electronica, sche las cundiziuns necessarias per registrar tut las vuschs sco er per garantir il secret da votaziun e per impedir abus èn ademplidas.

Art. 27

2. en chassas
cirquitalas

¹ Uschenavant ch'il dretg cirquital prevesa la votaziun a l'urna, sa drizza la votaziun tenor l'artitgel 26.

² Cas cuntrari ha lieu la votaziun a la radunanza cirquitala u en las vischnancas.

Art. 28

Cedels da votar e
cedels electorals

¹ Per la votaziun ston vegnir duvrads ils cedels da votar ed ils cedels electorals uffizials.

² Ils cedels da votar ed ils cedels electorals ston vegnir emplenids respectivamain midads persunalmain ed a maun. L'artitgel 26 alinea 2 resta resalvà.

Art. 29

Votaziun a l'urna
1. uras d'avertura
da l'urna,
votaziun
anticipada

¹ Il di da votaziun e d'elecziun ston las urnas vegnir tegnidas avertas almain ina mes'ura e ston vegnir serradas il pli tard las 12.00.

² Ultra da quai ston las vischnancas dar la pussaivladad a las persunas cun dretg da votar da pudair votar cun ina cuverta serrada a l'urna u ad in post uffizial durant las uras da biro almain durant dus dals ultims quatter dis avant il di da votaziun u d'elecziun.

Art. 30

2. surveglianza da
l'urna

¹ Tar mintga urna piazzada procuran duas commembras respectivamain dus commembers dal biro da votaziun u duas persunas designadas da quests per ina votaziun regulara.

² Ordaifer il temp d'avertura restan las urnas serradas cun clav e dastgan vegnir avertas e svidadas pir gist avant il cumenzament da la lavur da dumbraziun.

Art. 31

Locals da
votaziun

Il local da votaziun na dastga betg vegnir duvrà a medem temp per auters intents. Medemamain na dastgan ils access al local da votaziun betg vegnir impedids tras autras acziuns u occurrenzas. En spezial èsi scumandà da rimnar suttascripziuns.

5. ERUIDA DAL RESULTAT DA L'ELECZIUN E DA LA VOTAZIUN

Art. 32

Dumbraziun
1. termin, meds

¹ Cun la dumbraziun da las vuschs sto vegnir cumenzà immediatamain suenter che las urnas èn vegnidas serradas. Resguardads vegnan cedels

electorals e cedels da votar che sa chattan en las urnas u ch'èn arrivads fin a quest termin.

² Ils cedels electorals ed ils cedels da votar entrads avant il di da votaziun dastgan vegnir dumbrads a partir dal venderdi. En cas excepziunals po vegnir cumenzà – cun ina permissiun da la chanzlia chantunala – gia pli baud cun la dumbraziun.

³ Il diever d'apparats mecanics ed electronics per registrar ed eruir cedels electorals e cedels da votar è permess, sche questas proceduras èn gist uschè segiras. La regenza po ordinar il diever da quests apparats.

Art. 33

I ston vegnir eruidas:

2. valurs che ston vegnir eruidas

- a) il dumber da las persunas cun dretg da votar;
- b) il dumber da las persunas che han votà (dals cedels electorals u dals cedels da votar entrads);
- c) il dumber dals cedels electorals u cedels da votar vids, nunvalaivels e valaivels;
- d) tar votaziuns sur d'ina chaussa: il dumber da las vuschs affirmativas e da las vuschs negativas sco er il resultat d'ina eventuala dumonda decisiva;
- e) tar elecziuns: il dumber da las vuschs che tutgan a mintga persuna che ha candidà.

Art. 34

Cedels electorals u cedels da votar valan sco vids, sch'els na cuntegnan nagin num respectivamain nagina resposta a la dumonda ch'è vegnida suttamessa a la votaziun. Sch'in cedel da votar cuntegna pliras dumondas, valan las dumondas betg respundidas sco vuschs vidas.

3. cedels electorals u cedels da votar vids

Art. 35

¹ Ils cedels electorals u ils cedels da votar èn nunvalaivels, sche:

4. cedels electorals u cedels da votar nunvalaivels

- a) els n'èn betg uffizials;
- b) els èn emplenids or auter che a maun;
- c) els cuntegnan remartgas ingiuriosas u caracterisaziuns evidentas;
- d) els èn illegibels u na mussan betg ina clera voluntad da la persuna che vota;
- e) parts essenzialas mancan;
- f) els cuntegnan "quel(s) u quella(s) fin ussa" u chaussas sumegliantias.

² Tar la votaziun per correspundenza èn ils cedels electorals u ils cedels da votar ultra da quai nunvalaivels, sche:

- a) il certificat dal dretg da votar n'è betg agiuntà u n'è betg suttascriet;
- b) la cuverta da consegna n'è betg vegnida bittada en la chascha da brevs inditgada da la vischnanca u arriva memia tard;

- c) la cuverta da consegna n'è betg serrada;
- d) la cuverta da consegna cuntegna dapli cuvertas cun cedels da votar che certificats dal dretg da votar;
- e) la cuverta da consegna u la cuverta cun cedels da votar cuntegna plirs cedels electorals u cedels da votar d'in cuntegn different per la medema elecziun u votaziun, dentant mo in certificat dal dretg da votar. Sch'els èn identics, vala in dad els;
- f) la votaziun per corrispondenza n'è betg succedida – en cas da la substituziun da persunas impedidas (invalidas u invalids) – tras la persuna da confidenza autorisada.

Art. 36

5. vuschs
nunvalaivlas tar
elecziuns

¹ Ina vusch è nunvalaivla, sch'ella:

- a) vegn dada ad ina persuna che na po betg vegnir elegida;
- b) vegn dada ad ina persuna ch'è gia menziunada sin il medem cedel electoral (cumulaziun);
- c) lascha avert dubis motivads per tgi ch'ella valia.

² Sch'in cedel electoral cuntegna dapli numms valaivels che persunas che pon vegnir elegidas, èn las vuschs da memia nunvalaivlas. Ils numms vegnan stritgads da sut ensi e da dretga a sanestra.

Art. 37

Communicaziun
dals resultats

¹ Il biro da votaziun communitescha immediatamain per telefon ils resultats da la vischnanca:

- a) tar elecziuns e votaziuns federalas e chantunalas a la chanzlia chantunala;
- b) tar elecziuns e votaziuns da la dretgira districtuala a l'uffizi districtual;
- c) tar elecziuns e votaziuns cirquitalas a l'uffizi cirquital;
- d) tar l'elecziun da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns regionalas a l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala.

² Il biro da votaziun fa ultra da quai in protocol per mintga scrutini cun las indicaziuns tenor l'artigel 33 e transmetta quels sco er ils cedels electorals u da votar immediatamain als posts cumpetents.

³ Ils uffizis cirquitals communiteschan immediat per telefon ils resultats da las elecziuns cirquitalas a la chanzlia chantunala il di d'elecziun ed il di suent er anc per scrit.

⁴ Ils uffizis districtuals communiteschan ils resultats da las elecziuns da la dretgira districtuala en scrit a la chanzlia chantunala il di suent quellas elecziuns. Il medem vala per las autoritads cumpetentas da las corporaziuns regionalas tar l'elecziun da las presidentas respectivamain dals presidents da las corporaziuns.

Art. 38

¹ Tar elecziuns e votaziuns federalas sco er chantunalas eruescha la chanzlia chantunala il resultat chantunal cun summar ils resultats da las vischnancas e fa da quai in protocol.

Resumaziun dals resultats communs

² Tar elecziuns e votaziuns en il district è quai chausa da l'uffizi districtual, tar elecziuns e votaziuns en il circulo da l'uffizi cirquital e tar l'elecziun da la presidenta u dal president da la corporaziun regiunala da l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala.

Art. 39

¹ In project da votaziun è acceptà sch'il dumber da las vuschs affirmativas è pli grond ch'il dumber da las vuschs negativas. Vuschs vidas e nunvalaivlas na vegnan betg resguardadas.

Evaluaziun dals resultats
1. votaziuns sur d'ina chausa

² Sche la constituziun permetta d'acceptar dus projects da votaziun alternativs e sche domadus survegnan dapli vuschs affirmativas che vuschs negativas, decida ina dumonda decisiva.

Art. 40

¹ Elegì cun l'emprim scrutini è quella persuna che cuntanscha la maiorità absoluta. Il dumber total da tut las vuschs valaivlas per las persunas che candideschon vegn dividì tras il dubel dumber dals posts libers. La proxima cifra entira pli auta è la maiorità absoluta.

2. elecziuns
a. maiorità necessaria

² Sch'i dat dapli persunas che han cuntanschi la maiorità absoluta che posts che ston vegnir occupads, valan quellas persunas cun ils dumbers da vuschs ils pli auts sco elegidas.

Art. 41

Sch'ina elecziun na reussescha betg tar elecziuns singulas u sche pli paucas persunas èn elegidas tar elecziuns cumplessivas che quai che ston vegnir occupads posts, ha lieu in segund scrutini liber. Elegidas èn quellas persunas che survegnan las pli bleras vuschs (maiorità relativa).

b. segund scrutini

Art. 42

¹ Sche pliras persunas han survegnì il medem dumber da vuschs, decida la sort davart l'elecziun u la successiun d'occupar in post. La sort vegn tratga:

c. decisiun tras la sort

- a) da la regenza tar elecziuns chantunalas;
- b) da la cumissiun administrativa tar elecziuns da la dretgira districtuala;
- c) dal cussegl cirquital tar elecziuns cirquitalas;
- d) da l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala.

² Uschenavant ch'igl è pussaivel vegnan las persunas pertutgadas clamadas natiers per trair la sort. Dal rest fixescha l'istanza cumpetenta la procedura.

6. FINIZIUN DA LA PROCEDURA

Art. 43

Publicaziun
1. resultat
provisorii

Ils resultats totals provisorii da las votaziuns ed elecziuns chantunalas vegnan publicitgads immediatamain tras la chanzlia chantunala, quels da las votaziuns ed elecziuns sin plaun districtual e cirquital tras l'uffizi districtual respectivamain tras l'uffizi cirquital e quels da l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala tras l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala.

Art. 44

2. verificaziun dal
scrutini

¹ Sche la differenza dal resultat total provisorii d'ina elecziun u d'ina votaziun che vegn erui importa tranter l'ultima persuna elegida e l'emprima persuna betg elegida respectivamain tranter las vuschs affirmativas e las vuschs negativas main che 0,3 pertschient da las vuschs valaivlas consegnadas, sto succeder d'uffizi ina verificaziun dal scrutini.

² Dal rest ordinescha tar elecziuns e votaziuns chantunalas la regenza, tar elecziuns e votaziuns sin plaun districtual e cirquital la cumissiun administrativa respectivamain il cussegl cirquital e tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala ina verificaziun dal scrutini, sch'igl existan indizis concrets per irregularitads.

³ La verificaziun dal scrutini po succeder en in lieu central, tar elecziuns e votaziuns chantunalas tras la chanzlia chantunala, tar elecziuns e votaziuns sin plaun districtual e cirquital tras il cussegl districtual respectivamain il cussegl cirquital e tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala tras l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala u – sin dumonda da quests posts – en las vischnancas.

Art. 45

3. resultat
consolidà

¹ Sa basond sin ils protocols da las vischnancas u sin in'eventuala verificaziun dal scrutini vegnan ils resultats totals consolidads da las elecziuns e votaziuns chantunalas publicitgads da la chanzlia chantunala en il fegl uffizial dal chantun cun in rinviament al dretg da recurs.

² Tar elecziuns e votaziuns sin plaun districtual e cirquital succeda la publicaziun tras l'uffizi districtual respectivamain cirquital, tar l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun regiunala

tras l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala, e quai mintgamai en l'organ da publicaziun respectiv.

Art. 46

Suenter la scadenza dal termin da recurs u suenter ch'il recurs è liquidà, declera la regenza il resultat da las elecziuns e votaziuns chantunalas sco definitiv. Verificaziun

Art. 47

¹ La persuna che na refusescha betg in'elecziun aifer otg dis suenter la publicaziun uffiziala dal resultat cun ina communicaziun en scrit a la regenza respectivamain a la cumissiun administrativa, al cussegl cirquital u a l'autorità cumpetenta da la corporaziun regiunala, ha acceptà l'elecziun. Acceptaziun da l'elecziun

² Tar l'incumpatibilitad da dus uffizis vala l'acceptaziun sco renunzia a l'anteriur uffizi che n'è betg cumpatibel cun il nov.

³ Sche pliras persunas vegnan elegidas il medem mument en in'autorità, a la quala ellas na dastgan betg appartegnair il medem mument, vala l'elecziun per quella persuna ch'è stada fin ussa en uffizi u che survegn la maiorità da las vuschs en cas d'ina nova elecziun il medem mument. En cas d'ina elecziun complementara ha la persuna ch'è gia en uffizi la precedenza envers la persuna ch'è vegnida elegida da nov.

Art. 48

Il post che vegn liber en consequenza d'ina renunzia da la persuna elegida sto vegnir occupà da nov tenor las disposiziuns che valan per las elecziuns complementaras. Elecziun complementara

III. Suspensiun e liberaziun da l'uffizi

Art. 49

Il cussegl grond po – cun ina maiorità da trais quarts da las commembras e dals commembers – liberar da l'uffizi ina commembra u in commember dal cussegl grond u da la regenza avant la fin da la perioda d'uffizi, sch'ella u el: Cumpetenz, motivs

- a) ha violà sapientivamain u per greva negligentscha en moda greva las obligaziuns d'uffizi;
- b) ha pers per pli ditg la qualificaziun per ademplir ses uffizi u
- c) è vegnì sentenzià a moda legalmain valaivla pervi d'in crim.

Art. 50

Procedura
1. introducziun,
instrucziun

¹ Il cussegl grond iniziescha d'uffizi u sin denunzia ina procedura da liberaziun da l'uffizi, sch'el survegn enconuschientscha d'in motiv da liberaziun da l'uffizi.

² L'instrucziun dal conclus d'iniziaziun, la realisaziun da l'inquisiziun e l'instrucziun da la decisiun finala èn chausa da la cumissiun per giustia e segirezza.

Art. 51

2. inquisiziun

¹ Ils fatgs ston vegnir eruids d'uffizi.

² Las disposiziuns davart ils meds d'inquisiziun, l'obligaziun da cooperar da las personas participadas, l'attenziun giuridica e l'invista da las actas tar la procedura en fatgs administrativs en la lescha davart la procedura en fatgs administrativs e costituziunals vegnan applitgadas conform al senn.

Art. 52

3. suspensiu da
l'uffizi

Sch'igl èn avant maun indizis avunda per in motiv da liberaziun da l'uffizi tenor l'artitgel 49, po il cussegl grond concluder cun la maiortad da trais quarts da las commembras e dals commembers preventivamain ina suspensiu da l'uffizi, e quai cun u senza reducziun u sistida dal salari.

Art. 53

4. decisiun

Decisiuns ston vegnir motivadas e communitgadas a las personas pertutgadas en scrit sco er munidas cun ina indicaziun dals meds legals.

Art. 54

5. meds legals

Decisiuns dal cussegl grond che concernan la suspensiu da l'uffizi e la liberaziun da l'uffizi pon vegnir contestadas aifer 20 dis dapi la communicaziun tar la dretgira administrativa.

IV. Procedura d'iniziativa

1. INIZIATIVA EN CHAUSSAS CHANTUNALAS

A. Inoltraziun e reussida

a. Iniziativa dal pievel

Art. 55

¹ L'iniziativa vegn realisada cun rimnar suttascripziuns singulas sin glistas da suttascripziun. Glista da suttascripziun

² Mintga glista da suttascripziun sto cuntegnair las suandantas indicaziuns:

- a) il num da la vischnanca, en la quala las personas sutsegnadas da la glista han il dretg da votar;
- b) il titel ed il text da l'iniziativa;
- c) la data da la publicaziun en il fegl uffizial dal chantun;
- d) ina clausula da retratga senza resalva;
- e) ils nums e las adressas d'almain set iniziantas ed iniziants da l'iniziativa cun dretg da votar (comité d'iniziativa);
- f) il rinviamet che quella persuna che sa participescha senza autorizaziun ad ina dumonda d'iniziativa u che falsifitgescha il resultat d'ina rimnada da suttascripziuns per ina iniziativa dal pievel (art. 282 CP) u che corrumpa u sa lascha corrumper tar ina rimnada da suttascripziuns (art. 281 CP) sa fetschia punibla;
- g) la furmla d'attestaziun davart il dretg da votar da las personas sutsegnadas.

³ Il titel da l'iniziativa na dastga betg manar en errur, na dastga betg esser ingiurius u memia lung, na dastga betg cuntegnair propaganda commerciala u persunala e na dastga betg chaschunar confusiuns.

Art. 56

¹ Avant che cumenzar cun la rimnada da suttascripziuns inoltescha il comité d'iniziativa la glista da suttascripziun a la chanzlia chantunala per l'examinaziun preliminar formala. Examinaziun preliminar

² Suentar avair tadlà il comité d'iniziativa decretescha la chanzlia chantunala las midadas necessarias, sch'il titel da l'iniziativa u la furma da la glista da suttascripziun na correspunda betg a las prescripziuns legalas.

Art. 57

Deposit da la
glista da
suttascripziun,
publicaziun

¹ La glista da suttascripziun rectificgada sto vegnir deponida tar la chanzlia chantunala avant che cumenzar cun la rimnada da suttascripziuns.

² La chanzlia chantunala publitescha il titel, il text ed ils nums da las iniziantas e dals iniziants da l'iniziativa en il fegl uffizial dal chantun.

Art. 58

Suttascripziun

¹ La persuna cun dretg da votar sto scriver ses num a maun e legibel en la glista da suttascripziun ed agiuntar supplementarmain sia suttascripziun cun agen maun.

² Persunas cun dretg da votar che n'èn betg ablas da scriver pon laschar inscriver lur num tras ina persuna cun dretg da votar tenor atgna schelta. Quella agiunta sia atgna suttascripziun al num da la persuna che n'è betg abla da scriver e tascha davart il cuntegn da las instrucziuns retschettas.

³ La persuna cun dretg da votar sto far tut las ulteriuras indicaziuns ch'èn necessarias per constatar sia identitad, sco il prenum, la data da naschienscha e l'adressa.

⁴ Ella dastga suttascriver la medema iniziativa mo ina giada.

Art. 59

Attestaziun dal
dretg da votar

¹ Las glistas da suttascripziun ston vegnir inoltradas ad ura avant la scadenza dal termin da rimnada a la manadra u al manader dal register electoral da la vischnanca, en la quala las personas sutsegnadas han il dretg da votar.

² La manadra u il manader dal register electoral attesta che las personas sutsegnadas sin la glista da suttascripziun hajan il dretg da votar en chaussas chantunalas en la vischnanca inditgada e returna immediatamain las glistas a las spedituras ed als spediturs. Ils nums d'iniziantas u d'iniziants che n'han betg il dretg da votar en la vischnanca vegnan stritgads da la manadra u dal manader dal register electoral, avant che las glistas vegnian returnadas.

³ L'attestaziun sto inditgar en plets u en cifras il dumber da las suttascripziuns attestadas, sto esser datada, sto cuntegnair la suttascripziun cun agen maun da la manadra u dal manader dal register electoral e sto esser marcada cun il bul uffizial.

⁴ L'attestaziun dal dretg da votar vegn dada, sche la persuna sutsegnada è inscritta en il register electoral il di che la glista da suttascripziun vegn inoltrada per laschar attestar. L'attestaziun po vegnir dada per pliras glistas comunablamain.

⁵ Attestaziuns che vegnan dadas avant la publicaziun da l'iniziativa en il fegl uffizial dal chantun èn nunvalaivlas.

Art. 60

¹ L'attestaziun dal dretg da votar vegn refusada, sche las premissas menziunadas en ils artitgels 58 e 59 alineas 1 e 4 n'èn betg ademplidas.

Refusa da
l'attestaziun dal
dretg da votar

² Sche persunas cun dretg da votar han sutscrit pliras giadas, vegn attestada mo ina sutscriziun.

³ Il motiv da la refusa sto vegnir inditgà sin la glista da sutscriziun.

Art. 61

¹ Las glistas da sutscriziun ston vegnir inoltradas tuttas ensemen a la chanzlia chantunala il pli tard in onn suenter la publicaziun dal text da l'iniziativa en il feagl uffizial dal chantun. Cun l'inoltraziun è terminada la rimnada da sutscriziuns.

Inoltraziun

² Glistas da sutscriziun inoltradas na vegnan betg returnadas ed i na po betg vegnir prendì invista da las glistas da sutscriziun.

Art. 62

¹ La chanzlia chantunala examinescha, sche las glistas da sutscriziun correspundan a la glista da sutscriziun deponida, sch'ellas èn vegnidas inoltradas ad ura e sch'ellas correspundan a las prescripziuns formalas.

Reussida

² Ella eruescha il dumber total da las sutscriziuns valaivlas.

³ Nunvalaivlas èn las sutscriziuns sin glistas che na correspundan betg a las pretensiuns dals artitgels 55, 59 alinea 1 u 61 sco er sutscriziuns da persunas sutsegnadas, da las qualas il dretg da votar n'è betg vegnì attestà u è vegnì attestà nunvalaivlamain u nungiustificadamain.

⁴ La chanzlia chantunala dat in rapport a la regenza davart il resultat da l'examinaziun e fa ina proposta davart la reussida da l'iniziativa.

⁵ La regenza decida sche l'iniziativa è reussida. Il conclus sto vegnir publicgà en il feagl uffizial dal chantun.

Art. 63

¹ Mintga iniziativa po vegnir retratga dal comité d'iniziativa. La decleraziun da retratga è lianta, sch'ella vegn sutscritta da la maioritad absoluta da las commembras e dals commembers dal comité d'iniziativa cun dretg da votar.

Retratga da
l'iniziativa

² La retratga è permessa fin tar la fixaziun da la votaziun dal pievel. Tar ina iniziativa en furma d'ina proposta generala, la quala il cussegl grond approvescha, è la retratga permessa fin tar il conclus d'approvaziun.

³ La retratga sto vegnir communitgada a la chanzlia chantunala per mauns dal cussegl grond.

b. Iniziativa da vischnancas

Art. 64Cumpetenzza,
premissas
formalas

¹ Iniziativas da vischnancas vegnan fatgas, uschenavant ch'il dretg da vischnanca na cuntegna nagina regulaziun divergenta, cun conclus concordants da las suprastanzas communalas. Quests conclus n'èn betg suttaless al referendum.

² Ils conclus ston cuntegnair las suandantas indicaziuns:

- a) il titel ed il text da l'iniziativa;
- b) ina clausula da retratga senza resalva;
- c) la designaziun da la vischnanca responsabla.

³ Il titel da l'iniziativa na dastga betg manar en error, na dastga betg esser ingiurius u memia lung, na dastga betg cuntegnair propaganda commerziala u persunala e na dastga betg chaschunar confusiuns.

Art. 65Examinaziun
preliminara

¹ La vischnanca responsabla inoltrescha a la chanzlia chantunala il titel da l'iniziativa per l'examinaziun preliminar formala.

² Suenter avair tadlà la vischnanca responsabla relascha la chanzlia chantunala las midadas necessarias, sch'il titel da l'iniziativa na correspunda betg a las pretensiuns legalas.

Art. 66

Publicaziun

¹ Avant la deliberaziun tras las suprastanzas communalas depona la vischnanca responsabla il titel definitiv ed il text da l'iniziativa tar la chanzlia chantunala.

² Il titel ed il text da l'iniziativa sco er il num da la vischnanca responsabla vegnan publictgads da la chanzlia chantunala en il fegl uffizial dal chantun.

³ Conclus communalas che vegnan prendids avant la publicaziun da l'iniziativa èn nunvalaivels.

Art. 67

¹ La vischnanca responsabla sto inoltrar a la chanzlia chantunala l'iniziativa, ils conclus communal sco er ils extracts dals protocols correspondent en total ed il pli tard in onn suenter la publicaziun dal text da l'iniziativa en il feagl uffizial dal chantun.

Inoltraziun e reussida

² La chanzlia chantunala examinescha, sche l'iniziativa è vegnida inoltrada ad ura e sche las prescripziuns formalas èn ademplidas.

³ Ella rapportescha a la regenza davart il resultat da l'examinaziun e fa ina proposta davart la reussida da l'iniziativa.

⁴ La regenza concluda, sche l'iniziativa è reussida e publicgescha ses conclus en il feagl uffizial dal chantun.

Art. 68

¹ Mintga iniziativa da vischnancas po vegnir retratga.

Retratga da l'iniziativa

² La retratga d'ina iniziativa da vischnancas vala sco concludida, sch'il conclus correspondent vegn retratg dad uschè bleras vischnancas ch'il quorum necessari da l'artitgel 12 ainea 1 respectivamain 2 da la costituziun chantunala n'è betg pli adempli.

³ L'artitgel 63 alineas 2 e 3 èn applitgabels conform al senn.

B. Tractament e votaziun**Art. 69**

Iniziativas ch'èn reussidas suttametta la regenza al cussegl grond ensemen cun sia missiva aifer in onn dapi l'inoltraziun.

Tractament en il cussegl grond

Art. 70

¹ Sch'il cussegl grond accepta ina iniziativa formulada senza cuntraproposta, vala l'iniziativa sco in agen conclus che suttastat al referendum.

Iniziativas formuladas

² Sch'il cussegl grond accepta l'iniziativa e sch'el concluda ina cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel. En las explicaziuns vegn declerà ch'il cussegl grond prefereschia la cuntraproposta.

³ Sch'il cussegl grond refusa l'iniziativa cun u senza cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel.

Art. 71

¹ Sch'il cussegl grond refusa ina iniziativa d'interess general cun u senza cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel.

Iniziativas d'interess general
1. votaziun dal pievel

² Sch'il cussegl grond accepta ina iniziativa e sch'el concluda ina cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel. En las explicaziuns vegn declerà ch'il cussegl grond prefereschia la cuntraproposta.

³ Sch'il cussegl grond accepta ina iniziativa d'interess general senza cuntraproposta, n'ha betg lieu ina votaziun dal pievel.

Art. 72

2. executziun

¹ Sch'il pievel u il cussegl grond approvescha ina iniziativa d'interess general, sutta metta la regenza aifer in onn dapi l'approvaziun in sboz elavurà al cussegl grond.

² Sch'il cussegl grond accepta il sboz senza cuntraproposta, vala quel sco in agen conclus che sutta stat al referendum.

³ Sch'il cussegl grond accepta il sboz e sch'el concluda ina cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel. En l'explicaziun vegn declerà ch'il cussegl grond prefereschia la cuntraproposta.

⁴ Sch'il cussegl grond refusa il sboz cun u senza cuntraproposta, ha lieu ina votaziun dal pievel.

Art. 73

Procedura en cas
da votaziuns
dublas

¹ Sch'il cussegl grond confrunta ina iniziativa u in sboz elavurà en executziun d'ina proposta generala cun ina cuntraproposta, vegnan sutta messas las suandantas dumondas al pievel sin il medem cedel da votar:

1. Vulais Vos acceptar l'iniziativa/il sboz?
2. Vulais Vos acceptar la cuntraproposta dal cussegl grond?
3. En cas che tant l'iniziativa/il sboz sco er la cuntraproposta vegnan acceptadas/acceptads:

Duai l'iniziativa/il sboz u la cuntraproposta entrar en vigur?

² La maioritad absoluta vegn eruida separadamain per mintga dumonda. Dumondas betg respundidas na vegnan betg resguardadas latiers.

³ Sche tant l'iniziativa/il sboz sco er la cuntraproposta vegnan acceptadas/acceptads, decida il resultat da la terza dumonda. En vigur entra quel project che cuntanscha dapli vuschs tar questa dumonda.

⁴ Sche l'iniziativa/il sboz e la cuntraproposta cuntanschan latiers medemamain bleras vuschs, vala quella proposta sco acceptada che:

- a) ha la pli gronda differenza da vuschs tar la dumonda principala;
- b) ha main vuschs negativas tar la dumonda principala, sche la differenza da vuschs è la medema.

⁵ Sche la differenza da vuschs è medem gronda sco il dumber da las vuschs negativas, decida la sort che sto vegnir tratga da la regenza.

2. INIZIATIVA EN CHAUSSAS CIRQUITALAS E COMMUNALAS

Art. 74

Ils circuls e las vischnancas garanteschon il dretg d'iniziativa a norma da las sequentas disposiziuns. Els pon extender quest dretg, spezialmain cun reducir il dumber da sottascripziuns e cun permetter l'iniziativa en furma dal sboz elavurà. Princip

Art. 75

Las disposiziuns per il dretg d'iniziativa en las vischnancas valan conform al senn per ils circuls. Circuls, en ils quals n'è betg competenta la radunanza cirquitala per votaziuns sur d'ina chaussa, han en quel cas il medem status giuridic sco las vischnancas senza radunanza communal. Iniziativa en chaussas cirquitalas

Art. 76

¹ Ina iniziativa en furma d'ina proposta generala po

- a) vegnir inoltrada d'almain in quart da las persunas cun dretg da votar sco iniziativa a la suprastanza communal u
- b) vegnir declerada da la radunanza communal, sin proposta d'ina persona cun dretg da votar, sco moziun relevanta.

Iniziativa en vischnancas cun radunanza communal

² La suprastanza communal sto suttametter a la proxima radunanza communal ordinaria, il pli tard aifer in onn, ina proposta elavurada, ina expertisa ed eventualmain ina cuntraproposta davart ina fatschenta che croda en sia competenza.

Art. 77

¹ En vischnancas senza radunanza communal po l'iniziativa vegnir inoltrada tar la suprastanza communal d'almain in quart da las persunas cun dretg da votar. Iniziativa en vischnancas senza radunanza communal

² Sche l'iniziativa cuntogna ina proposta generala che croda en la competenza dal pievel, sto la suprastanza communal la suttametter aifer in onn dapi l'inoltraziun ensem cun in'expertisa ed eventualmain ina cuntraproposta a la votaziun dal pievel. Sche la predeliberaziun da l'iniziativa è l'emprim chaussa dal cussegl communal, importa il termin in onn e mez.

³ Sche la suprastanza communal u il cussegl communal, en cas che la predeliberaziun è sia chaussa, approvescha l'iniziativa, na vegn betg fatga la votaziun dal pievel.

⁴ Sch'il pievel u la suprastanza communal respectivamain il cussegl communal approvescha ina iniziativa, elavurescha la suprastanza communal – sa basond sin quella dumonda d'iniziativa – ina proposta. Questa proposta sto vegnir suttamessa al pievel aifer in onn u, sche la

preparaziun è chausa d'in cussegl communal, aifer in onn e mez dapi l'approvaziun cun in'expertisa ed eventualmain cun ina cuntraproposta a la votaziun.

Art. 78

Iniziativas
illegalas

¹ Iniziativas cun in cuntegn illegal na vegnan betg suttamessas a la votaziun dal pievel.

² La suprastanza communal u il cussegl communal, en cas che la predeliberaziun è sia chausa, communitgescha en in tal cas ses conclus a las iniziantas ed als iniziants en scrit cun inditgar ils motivs.

V. Procedura per il referendum facultativ en chaussas chantunalas

1. REFERENDUM DAL PIEVEL

Art. 79

Publicaziun

Las leschas ed ils conclus dal cussegl grond ch'èn suttamess al referendum facultativ ston vegnir publicgads en il fegl uffizial dal chantun suenter la sessiun dal cussegl grond. La publicaziun rinvia al referendum facultativ sco er a la scadenza dal termin per il referendum.

Art. 80

Glista da
suttascripziun

¹ Il consentiment al referendum succeda tras la suttascripziun singula sin glistas da suttascripziun.

² Las glistas da suttascripziun dastgan avair per object mo ina lescha u in conclus.

³ Mintga glista da suttascripziun sto cuntegnair las suandantas indicaziuns:

- a) il num da la vischnanca, en la quala las personas sutsegnadas da la glista han il dretg da votar;
- b) la denominaziun da la lescha u dal conclus cun la data da la deliberaziun tras il cussegl grond;
- c) la dumonda per manar tras ina votaziun dal pievel davart questa lescha u quest conclus;
- d) il rinviament che quella persuna che sa participescha senza autorizaziun ad in referendum u che falsifitgescha il resultat d'ina rimnada da suttascripziuns per in referendum (artitgel 282 CP) u che corrumpa u sa lascha corrumper tar ina rimnada da suttascripziuns (artitgel 281 CP) sa fetschia punibla.

Art. 81

Las disposiziuns che valan per l'iniziativa dal pievel davart la
suttascripziun (art. 58), las attestaziuns dal dretg da votar (art. 59) e la
refusa da las attestaziuns (art. 60) valan conform al senn er per il
referendum dal pievel.

Prescripziuns
cumplementaras**Art. 82**

- ¹ Las glistas da suttascripziun ston vegnir inoltradas tuttas ensemen a la
chanzlia chantunala aifer 90 dis suenter la publicaziun da la lescha u dal
conclus en il feagl uffizial dal chantun. Cun l'inoltraziun è terminada la
rimnada da suttascripziuns.
- ² Glistas da suttascripziun inoltradas na vegnan betg returnadas ed i na po
betg vegnir prendì invista da las glistas da suttascripziun.
- ³ La retratga d'in referendum n'è betg permessa.

Inoltraziun,
exclusiun,
retratga**Art. 83**

- ¹ La chanzlia chantunala examinescha, sche las glistas da suttascripziun èn
vegnidas inoltradas ad ura e sch'ellas correspundan a las prescripziuns
formalas.
- ² Ella eruescha il dumber total da las suttascripziuns valaivlas.
- ³ Nunvalaivlas èn las suttascripziuns sin glistas che na correspundan betg a
las pretensiuns da l'artitgel 59 alinea 1 en colliaziun cun ils artitgels 82 u
82, sco er suttascripziuns da personas sutsegnadas, da las qualas il dretg
da votar n'è betg vegnì attestà u è vegnì attestà nunvalaivlamain u
nungiustifitgadamain.
- ⁴ La chanzlia chantunala dat in rapport a la regenza davart il resultat da
l'examinaziun e fa ina proposta davart la reussida dal referendum.
- ⁵ Davart la reussida dal referendum decida la regenza.

Reussida

Art. 84

Sch'il referendum è reussì, ordinescha la regenza la votaziun dal pievel e
publitescha sia decisiun en il feagl uffizial dal chantun.

Votaziun dal
pievel**Art. 85**

Sch'i na vegn betg profità d'in referendum u sch'i vegn profità d'in
referendum nunvalaivel per manar tras ina votaziun dal pievel, declera la
regenza ch'il conclus saja entrà en vigur legala. Questa decisiun sto vegnir
publitgada en il feagl uffizial dal chantun.

Nunreussida

2. REFERENDUM DA VISCHNANCAS

Art. 86

Publicaziun

Las disposiziuns davart la publicaziun uffiziala da las leschas e dals conclus dal cussegl grond (art. 79) che valan per il referendum dal pievel vegnan er applitgadas conform al senn per il referendum da vischnancas.

Art. 87Cumpetenza,
premissas
formalas

¹ Referendums da vischnancas tenor l'artitgel 17 da la constituziun chantunala vegnan fatgs, uschenavant ch'il dretg da vischnanca na cuntegna nagina regulaziun divergenta, cun conclus concordants da las suprastanzas communalas.

² Il conclus da la suprastanza communal sto cuntegnair la lescha u il conclus dal cussegl grond, cunter la quala u cunter il qual vegn profità dal referendum, sco er la designaziun da la vischnanca responsabla.

Art. 88Inoltraziun,
retratga

¹ Il referendum, ils conclus communalas sco er ils extracts correspondentes dals protocols ston vegnir inoltrads da la vischnanca responsabla a la chanzlia chantunala aifer 90 dis sunter la publicaziun da la lescha u dal conclus dal cussegl grond en il fegl uffizial dal chantun.

² In referendum na po betg vegnir retratg.

Art. 89

Reussida

¹ Sunter la scadenza dal termin da referendum examinescha la chanzlia chantunala, sch'il referendum è vegnì inoltrà ad ura e sche las prescripziuns formalas èn ademplidas.

² Ella rapportescha a la regenza davart il resultat da l'examinaziun e fa ina proposta davart la reussida dal referendum.

³ La regenza decida, sch'il referendum è reussì.

Art. 90Votaziun dal
pievel

Sch'il referendum è reussì, vegnan las regulaziuns davart l'ordinaziun e la realisaziun da la votaziun dal pievel (art. 84) che valan per il referendum dal pievel applitgadas conform al senn.

Art. 91

Nunreussida

Sch'i na vegn betg profità dal referendum u sch'i vegn profità d'in referendum nunvalaivel, sa drizza l'ulteriura procedura tenor las regulaziuns che valan per il referendum dal pievel (art. 85).

3. REFERENDUM POSTERIUR PER LESCHAS URGENTAS

Art. 92

La publicaziun uffiziala da las leschas urgentas, las premissas formalas dal referendum sco er l'inoltraziun, l'exclusiun da la retratga e la reussida dal referendum sa drizzan tenor las disposiziuns che valan per il referendum dal pievel respectivamain da vischnancas (art. 79 – art. 91). Procedura

Art. 93

¹ Sch'il referendum davart la lescha ch'è vegnida declerada sco urgenta è reussi, ordinescha la regenza la votaziun dal pievel. Questa decisiun sto vegnir publicada en il fegl uffizial dal chantun. Votaziun dal pievel

² Sche la lescha urgenta vegn refusada dal pievel, vegn ella abolida immediatamain.

³ Ina lescha ch'è vegnida declerada sco urgenta, che na vegn betg acceptada en la votaziun dal pievel, na po betg vegnir renovada.

Art. 94

Sch'i na vegn betg profità dal referendum u sch'i vegn profità d'in referendum nunvalaivel, resta la lescha ch'è vegnida declerada sco urgenta en vigur ed i succeda ina publicaziun uffiziala correspudenta. Nunreussida

VI. Procedura da petiziun

Art. 95

¹ Petiziuns tenor l'artitgel 33 da la constituziun federala ston vegnir inoltradas en scrit. Petiziun

² Sche l'inoltraziun n'è betg cuntraria a l'urden tenor la furma ed il cuntegn, prenda l'autorità dumandada in conclus davart la dumonda, sche ed eventualmain co ch'ella vul dar suatientscha a l'inoltraziun. Cas cuntrari prenda ella sulettamain enconuschientscha da l'inoltraziun.

³ Las personas che han inoltrà ina petiziun ston vegnir orientadas en furma cunvegenta davart il tractament da l'inoltraziun.

VII. Giurisdicziun e disposiziuns penalas

Art. 96

¹ Tar la regenza po vegnir fatg recurs: Recurs

a) pervi da la violaziun dal dretg da votar tenor ils artitgels 3 e 5 sco er ils artitgels 59, 60 ed 81 (recurs cunter il dretg da votar);

b) pervi dad irregularitads tar la preparaziun u l'execuziun da votaziuns chantunalas e da las elecziuns dal cussegl dals chantuns (recurs d'elecziun e da votaziun);

c) cunter la decisiun da la chanzlia chantunala concernent la midada dal titel d'ina iniziativa u da la furma da la glista da sottascripziun.

² Tar il cussegl grond po vegnir fatg recurs pervi da la violaziun dal dretg da votar e pervi dad irregularitads tar la preparaziun u l'execuziun da las elecziuns dal cussegl grond.

³ Tar la cumissiun competenta dal cussegl grond po vegnir fatg recurs pervi da la violaziun dal dretg da votar e pervi dad irregularitads tar la preparaziun u l'execuziun da las elecziuns da la regenza.

Art. 97

Legitimaziun

In recurs cunter il dretg da votar, in recurs d'elecziun e da votaziun po far mintga persuna cun dretg da votar dal circul d'elecziun u da votaziun concernent.

Art. 98

Termin

Ils recurs a las instanzas tenor l'artitgel 96 ston vegnir inoltrads tar la chanzlia chantunala aifer trais dis dapi la scuverta dal motiv da recurs, il pli tard però il terz di suenter la publicaziun uffiziala dals resultats d'ina elecziun u d'ina votaziun.

Art. 99

Acta da recurs

¹ L'acta da recurs sto cuntegnair ina proposta ed ina curta motivaziun.

² L'acta da recurs sto vegnir sottascritta da la persuna recurrenta u da sia represchentanta u da ses represchentant.

Art. 100

Effect suspensiv

Il recurs ha sulettamain in effect suspensiv, sche quest vegn ordinà da l'istanza da recurs sin proposta u d'uffizi.

Art. 101

Decisiun

¹ Sche l'istanza da recurs constatescha – sin recurs u d'uffizi – irregularitads, prenda ella, sche pussaivel avant la fin da la procedura d'elecziun u da votaziun, las ordinaziuns necessarias per eliminar quellas irregularitads.

² Sch'igl èn avant maun irregularitads ch'èn stadas adattadas – pervi da lur gener u pervi da lur dimensiun – d'influenzar decisivamain il resultat, curregia l'istanza da recurs il resultat u annullescha l'elecziun u la votaziun.

² L'istanza da recurs refusa recurs senza in'examinaziun pli detagliada, sche las irregularitads criticadas n'èn betg stadas en cas – ni pervi da lur

gener, ni pervi da lur dimensiun – d'influenzar decisivamain il resultat da l'elecziun u da la votaziun.

Art. 102

¹ Tar proceduras davart recurs cunter il dretg da votar e recurs d'elecziun e da votaziun na vegnan ni incassads custs da procedura ni concedidas indemnizaziuns a las parts litigiantas. Exceps da la liberaziun dals custs èn recurs fatgs aposta u recurs targlinants.

Ulteriuras
prescripziuns da
procedura

² Dal rest èn applitgablas las prescripziuns da la lescha davart la procedura en fatgs administrativs e costituziunals, uschenavant che quai è cumpatibel cun la natira speziala da la procedura d'elecziun e da votaziun.

Art. 103

¹ Cunter decisziuns da la regenza, dal cussegl grond e da la cumissiun dal cussegl grond cumpetenta sco er da las autoritads da las corporaziuns regiunalas, dals districts, dals circuls e da las vischnancas po vegnir recurrì tar la dretgira administrativa pervi da violaziun da dretgs politics.

Recurs tar la
dretgira
administrativa

² La procedura sa drizza tenor la lescha davart la giurisdicziun administrativa en il chantun Grischun.

Art. 104

¹ Commembras u commembers d'autoritads u dals biros da votaziun sco er persunas auxiliaras engaschadas, che violeschan intenziunadamain u per greva negligentscha obligaziuns ch'èn lur incumbensa tenor questa lescha u tenor las disposiziuns executivas, vegnan chastiads cun multa.

Disposiziuns
penalas

² La persecuziun ed il giudicament da la cuntravenziun sa drizzan tenor la procedura penala.

VIII. Disposiziuns finalas

Art. 105

La regenza relascha las disposiziuns executivas necessarias, spezialmain concernent il manar il register electoral, l'ordinaziun e la realizaziun (votaziun, dumbraziun da las vuschs, annunzia dals resultats) da las elecziuns e da las votaziuns sco er concernent il dretg d'iniziativa e da referendum.

Execuziun
1. regenza

Art. 106

¹ Ils circuls reglan la procedura per elecziuns e votaziuns en chaussas cirquitalas, uschenavant che questa lescha e la regenza na disponan nagut.

2. circuls

² Circuls che cumpiglian mo ina vischnanca pon disponer che las cumpetenzas, che cumpetan tenor questa lescha en la procedura da la

votaziun a l'urna a las autoritads communalas, vegnian exequidas en chaussas cirquitalas dal tut u parzialmain da las autoritads cirquitalas.

Art. 107

3. vischnancas

Las vischnancas relaschan las disposiziuns complementaras necessarias per lur territori davart la procedura per elecziuns e votaziuns en chaussas chantunalas ed en chaussas cirquitalas.

Art. 108

4. corporaziuns regionalas

Las corporaziuns regiunalas relaschan las disposiziuns complementaras necessarias per lur territori davart la procedura per l'elecziun da la presidenta respectivamain dal president da la corporaziun.

Art. 109

Aboliziun dal dretg vertent

Cun l'entrada en vigur da questa lescha vegn abolida la lescha davart il diever dals dretgs politics en il chantun Grischun dals 7 d'october 1962.

Art. 110

Disposiziuns transitorias

Questa lescha vala er per proceduras pendentas. Sche l'autoridad u il post da l'administraziun s'occupa gia d'in cas, resta sia cumpetenzza.

Art. 111

Referendum ed entrada en vigur

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

² Ella vegn messa en vigur da la regenza suenter l'acceptaziun tras la confederaziun.

Urden da gestiun per la regenza dal chantun Grischun

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 al. 1 da la constituziun chantunala,
sunter avair gè invista da la missiva da la regenza dals 25 da schaner
2005,

concluda:

I.

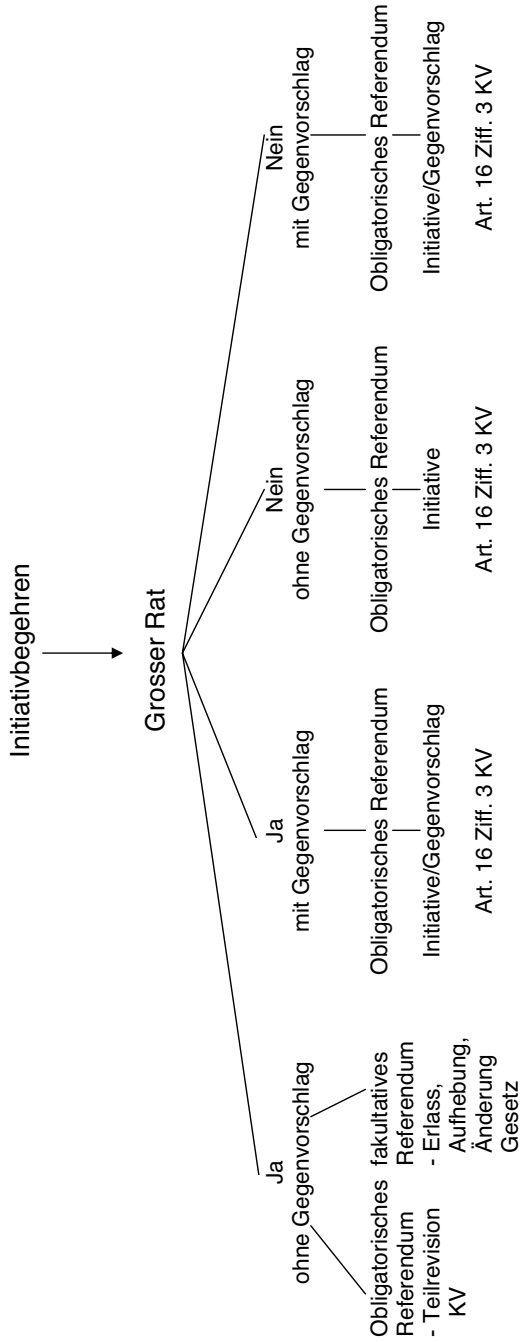
L'urden da gestiun per la regenza dal chantun Grischun dals 26 da favrer
1972 vegn midà sco suonda:

Art. 10 al. 2 e 3
aboli

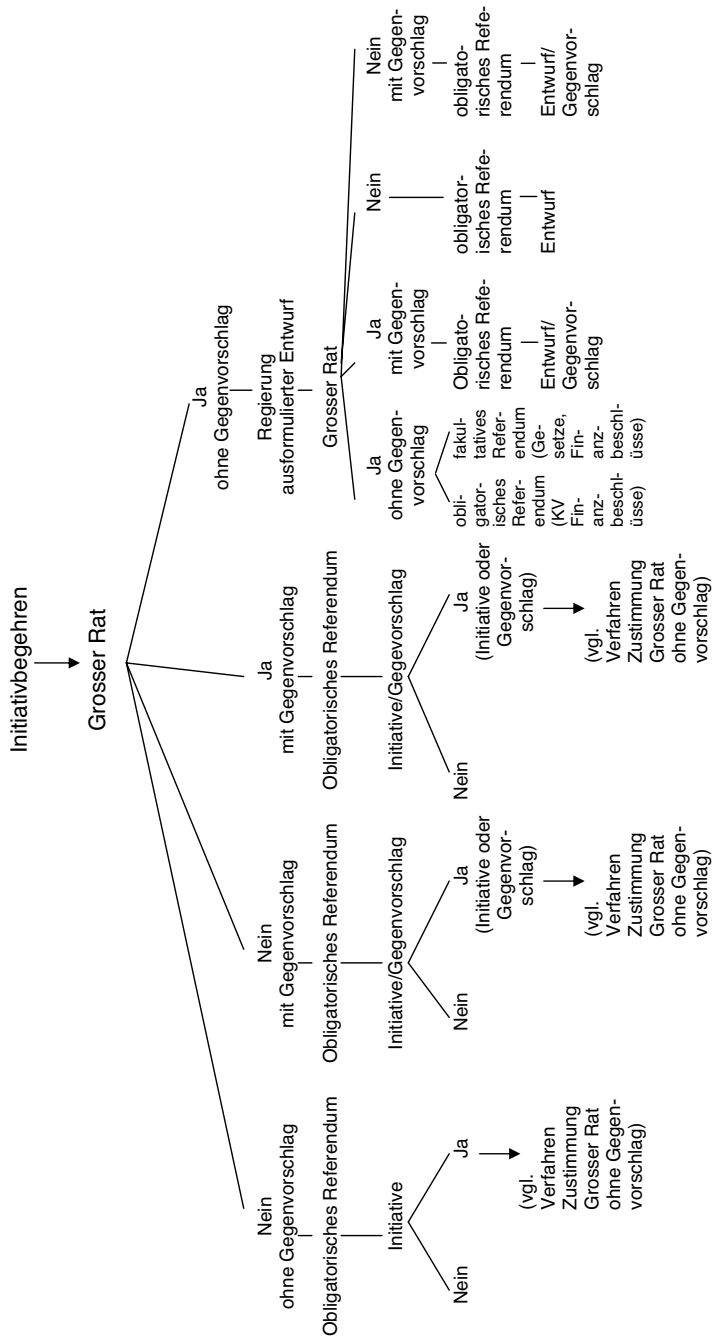
II.

Questa revisiun parziala entra en vigur ensemen cun la revisiun da la
lescha davart il diever dals dretgs politics en il chantun Grischun.

Ausformulierte Initiative (Art. 70 E-GPR)



Allgemein anregende Initiative (Art. 71 und 72 E-GPR)



Geltendes Recht

Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden

Vom Volke angenommen am 7. Oktober 1962 ¹⁾

I. Stimmrecht

Art. 1 ²⁾

Stimmfähig sind Schweizerbürger und Schweizerbürgerinnen, die das 18. Altersjahr erfüllt haben ³⁾ und nicht wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche (Art. 369 ZGB ⁴⁾) entmündigt wurden. Stimmfähigkeit

Art. 2 ⁵⁾

Stimmberechtigt in eidgenössischen Angelegenheiten sind die nach Bundesrecht Stimmfähigen, die als Ortsbürger, Niedergelassene oder Aufenthalter im Kanton wohnen. ⁶⁾ Stimmrecht in eidgenössischen Angelegenheiten

Art. 3 ⁷⁾

Stimmberechtigt in Kantons-, Bezirks- und Kreisangelegenheiten sind die Stimmfähigen, die als Ortsbürger, Niedergelassene oder Aufenthalter im Kanton, Bezirk beziehungsweise im Kreis wohnen. Stimmrecht in Kantons-, Bezirks- und Kreisangelegenheiten

¹⁾ B vom 25. September 1961, 225; GRP 1961, 373, 441, 444 und 463 (1. Lesung); GRP 1962, 65 (2. Lesung)

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 8. Dezember 1991; B vom 1. Juli 1991; GRP 1991/92, 266; auf 1. Januar 1992 in Kraft getreten; von der Bundeskanzlei genehmigt am 8. Oktober 1991

³⁾ Gemäss Art. 7 KV, BR 110.100

⁴⁾ SR 210

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 5. März 1972; B vom 29. Juni 1971, 84; GRP 1971/72, 207; durch RB vom 6. März 1972 mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt

⁶⁾ Vgl. dazu Art. 43 BV, SR 101

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; B vom 23. Februar 1999, 57; GRP 1999/2000, 179 (1. Lesung), 417 (2. Lesung); auf 1. April 2000 in Kraft getreten

Art. 4Stimmrecht in
Gemeindeange-
legenheiten

¹ ¹⁾ Stimmberechtigt in Gemeindeangelegenheiten sind die Stimmfähigen, die als Ortsbürger oder seit mindestens drei Monaten als Niedergelassene in der Gemeinde wohnen.

² Die Gemeinde kann das Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten auf Stimmfähige ausdehnen, die seit mindestens drei Monaten als Aufenthalter in der Gemeinde wohnen.

³ ²⁾ Die Gemeinde kann die Karenzfristen gemäss den Absätzen 1 und 2 aufheben.

Art. 5 ³⁾

Stimmregister

¹ Die Stimmberechtigten sind am politischen Wohnsitz in das von der Gemeinde zu führende Stimmregister einzutragen. Eintragungen und Streichungen sind von Amtes wegen vorzunehmen.

² Vor einer Wahl oder Abstimmung sind Eintragungen oder Streichungen bis zum fünften Vortrag des Wahl- oder Abstimmungstages vorzunehmen, wenn feststeht, ob die Voraussetzungen zur Teilnahme am Abstimmungstag erfüllt sind.

³ Das Stimmregister steht den Stimmberechtigten zur Einsicht offen.

⁴ Anordnungen betreffend Eintragungen, Streichungen und Einsichtnahme können mit Stimmrechtsbeschwerde bei der Regierung angefochten werden. ⁴⁾

Art. 6 ⁵⁾Gleichstellung
der Geschlechter

Personen-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in diesem Gesetz beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn des Gesetzes nichts anders ergibt.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 5. März 1972; B vom 29. Juni 1971, 84; GRP 1971/72, 207; durch RB vom 6. März 1972 mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; B vom 2. November 1993; GRP 1993/94, 798 (1. Lesung) und 1994/95, 161 (2. Lesung); von der Bundeskanzlei genehmigt am 25. August 1994; auf 1. Januar 1995 in Kraft getreten

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; B vom 2. November 1993; GRP 1993/94, 798 (1. Lesung) und 1994/95, 161 (2. Lesung); von der Bundeskanzlei genehmigt am 25. August 1994; auf 8. Januar 1995 in Kraft getreten

⁴⁾ Vgl. Art. 65a GPR

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

II. Abstimmungsverfahren

1. ANWENDUNGSBEREICH

Art. 7¹⁾

¹ Abstimmungen im Sinne dieses Gesetzes sind die Volksabstimmungen in Kantons-, Bezirks- und Kreisangelegenheiten, mit Einschluss der Wahlen. Begriff der Abstimmungen

² Kantonale Wahlen sind die Regierungsratswahlen und die Ständeratswahlen. Bezirkswahlen sind die Wahlen in die Bezirksgerichte, Kreiswahlen sind die Wahlen der Mitglieder des Grossen Rates und der vom Volk gewählten Kreisbehörden und -beamten.

Art. 8²⁾

¹ In eidgenössischen Angelegenheiten gelten die Vorschriften dieses Gesetzes über das kantonale Abstimmungsverfahren, soweit das Bundesrecht die Ordnung des Verfahrens den Kantonen überlässt. ³⁾ Eidgenössische Abstimmungen

² In Ausführung der Bundesgesetzgebung erlässt die Regierung Vorschriften über die Nationalratswahlen⁴⁾ und der Grosse Rat eine Verordnung über die Wahl der eidgenössischen Geschworenen.⁵⁾

Art. 9

Das Abstimmungsverfahren in Gemeindeangelegenheiten richtet sich nach dem Recht der Gemeinde. Die Vorschriften dieses Gesetzes über das Abstimmungsverfahren sind jedoch auf Gemeindeabstimmungen sinngemäss anwendbar, soweit das Gemeinderecht nichts bestimmt. Gemeindeabstimmungen

2. GEGENSTAND DER ABSTIMMUNG

Art. 10

¹ Bei Sachabstimmungen wird die Frage an den Stimmberechtigten so gestellt, dass er sie mit Ja oder mit Nein beantworten kann. Fragestellung

² Die Frage bezieht sich bei Urnenabstimmungen entweder auf einen ausgearbeiteten Verfassungs-, Gesetzes-, Verordnungs- oder Beschlusses-

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 3. Dezember 1978; B vom 20. März 1978, 129; GRP 1978/79, 78 (1. Lesung) und 278 (2. Lesung)

³⁾ Vgl. dazu den Abschnitt über Wahlen und Abstimmungen SR 161

⁴⁾ Siehe RV über die Nationalratswahlen, BR 150.300

⁵⁾ Die GrV über die Wahl der eidgenössischen Geschworenen, BR 350.495 ist aus dem BR entfernt worden. Die Rechtsgrundlage in Art. 6 des BG über die Strafrechtspflege ist mit Ziffer 13 des BG über die Abschaffung der Bundesassisen aufgehoben worden, AS 2000,505.

entwurf oder, soweit Artikel 54 der Kantonsverfassung¹⁾ und die Vorschriften dieses Gesetzes und des Kreisrechtes es vorsehen, auf allgemeine Anregungen.

Art. 11²⁾

Verbundene
Vorlagen

Sind zwei Vorlagen derart miteinander verbunden, dass die Annahme nur der einen zu einem Widerspruch führen würde, so sind beide zusammen wie eine einzige Vorlage der Abstimmung zu unterbreiten. Vorbehalten bleiben die Grundsätze des Bundes für die Gewährleistung von Revisionen der Kantonsverfassung.

Art. 12³⁾

Bedingte
Abstimmungs-
fragen

Bei Urnenabstimmungen dürfen bedingte Fragen nur gestellt werden, wenn eine Abstimmung mit unbedingter Fragestellung ohne erhebliche Nachteile nicht möglich ist. Abgesehen von Abstimmungen gemäss Artikel 57 dieses Gesetzes sollen insbesondere nicht zwei Abstimmungsfragen in der Weise verbunden werden:

- a) dass die Antwort auf die eine nur für den Fall gilt, dass die andere, gleichzeitig gestellt, vom Volk bejaht oder verneint wird, oder
- b) dass der Entscheid über die eine Frage (Vorabstimmung) den Inhalt der zweiten, später gestellten Frage (Hauptabstimmung) bestimmt.

Art. 13

Wahlen

¹⁾ Bei offener Wahl wird, sofern sie nicht unbestritten ist, über jeden Kandidaten abgestimmt. Sind mehrere Mitglieder derselben Kollegialbehörde zu wählen, so können die Abstimmungen über die Kandidaten für jeden Sitz getrennt (Einzelwahl) oder für alle Sitze gemeinsam (Gesamtwahl) durchgeführt werden.

²⁾ Bei geheimer Wahl werden mehrere Mitglieder derselben Kollegialbehörde gesamthaft in einer Abstimmung (Gesamtwahl) gewählt; in einer Versammlung können jedoch auch für jeden Sitz getrennte Wahlen (Einzelwahlen) durchgeführt werden.

³⁾⁴⁾ Die Wahl der Stellvertreter erfolgt in einem besonderen Wahlgang.

¹⁾ BR 110.100

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 3. Dezember 1978; B vom 20. März 1978, 129; GRP 1978/79, 78 (1. Lesung) und 278 (2. Lesung)

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 20. März 1988; B vom 22. Juni 1987, 187, GRP 1987/88, 194 (1. Lesung), 485 (2. Lesung); vom Bundesrat genehmigt am 24. Mai 1988

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

3. ANORDNUNG DER ABSTIMMUNGEN

Art. 14

Jede Abstimmung wird, sofern sie nicht an einer Kreisversammlung stattfindet, in den Gemeinden durchgeführt, und zwar am gleichen Tag. In der Regel ist der Sonntag Abstimmungstag.

Abstimmungsort
und
Abstimmungstag

Art. 15¹⁾

Die Regierung ordnet die kantonalen Abstimmungen und die Bezirksgerichtswahlen, die zuständige Kreisbehörde die Kreisabstimmungen an. Regierung, Bezirksgericht und Kreisbehörden erlassen die erforderlichen Weisungen für jede Abstimmung.

Zuständige
Behörde

Art. 16²⁾

Die Erneuerungswahlen für die Regierung finden für die am 1. Januar des nächstfolgenden Jahres beginnende vierjährige Amtsdauer in den Monaten Februar, März oder April statt.

Regierungsrats-
wahlen

Art. 17³⁾

Die Erneuerungswahlen für die beiden Ständeräte finden für die am 1. Januar des nächstfolgenden Jahres beginnende vierjährige Amtsdauer in den Monaten September, Oktober oder November statt.

Ständeratswahlen

Art. 17a⁴⁾

Die Wahlen für die Bezirksgerichte finden für die am 1. Januar des folgenden Jahres beginnende vierjährige Amtsdauer in den Monaten März, April, Mai oder Juni statt.

Bezirksgerichts-
wahlen

Art. 18⁵⁾

Die Kreiswahlen finden alle drei Jahre am ersten Sonntag des Monats Mai statt. Das Kreisrecht kann bestimmen, dass die Wahl von Stellvertretern erst am zweiten oder dritten Sonntag des Monats Mai stattfindet.

Kreiswahlen

Art. 19

¹ Ist ein gewählter Regierungsrat oder Ständerat vor Ablauf der Amtsdauer zu ersetzen, so ordnet die Regierung für den Rest der Amtsdauer binnen zwei Monaten eine Ersatzwahl an.

Ersatzwahlen

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 20. März 1988; siehe FN zu Art. 12

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 20. März 1988; siehe FN zu Art. 12

⁴⁾ Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

² Eine Ersatzwahl für den Rest der laufenden Amtsdauer unterbleibt, wenn sie erst zwei Monate vor der Erneuerungswahl oder später fällig wird.

³ Mehrere Ersatzwahlen können als Gesamtwahlen durchgeführt werden, wenn sie innert zwei Monaten fällig werden.

⁴ ¹⁾ Bei Tod oder Rücktritt eines Bezirksgerichtspräsidenten kann die Regierung auf Antrag des Bezirksgerichtes eine Ersatzwahl anordnen.

⁵ ²⁾ Das Kreisrecht kann bei Vakanz des Kreispräsidenten eine Ersatzwahl vorsehen.

Art. 20

Zweiter
Wahlgang

Ein allfälliger zweiter Wahlgang ist spätestens drei Wochen nach dem ersten Wahlgang durchzuführen.

Art. 21

Ausnahmen

Liegen gewichtige Gründe vor, so kann die Regierung im Einzelfall Abweichungen von den vorstehenden Wahlterminen beschliessen.

4. VORBEREITUNG DER ABSTIMMUNG

Art. 22

Bereitstellung der
Unterlagen

¹ ³⁾ Die Standeskanzlei, bei Bezirksabstimmungen das Bezirksamt und bei Kreisabstimmungen das Kreisamt, stellt die Abstimmungsunterlagen bereit und lässt sie den Gemeindevorständen zuhänden der Stimmberechtigten rechtzeitig zugehen.

² ⁴⁾ Unterlagen für die kantonalen Abstimmungen sind die Stimmzettel, bei kantonalen Sachabstimmungen ausserdem der Wortlaut der Abstimmungsvorlage und die Erläuterung des Grossen Rates.

³ ⁵⁾ Die Erläuterung enthält einen begründeten Antrag des Grossen Rates. In der Begründung sind die Erwägungen einer erheblichen Minderheit des Rates angemessen zu berücksichtigen.

Art. 23 ⁶⁾

Sprache

Die kantonalen Abstimmungsunterlagen werden in deutscher, romanischer und italienischer Sprache aufgelegt und den Gemeinden je nach ihrer sprachlichen Zugehörigkeit zugestellt. Die Stimmberechtigten können ge-

¹⁾ Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 10. Juni 2001, B vom 29. August 2000, 475; GRP 2000/01, 507

genüber dem Gemeindevorstand erklären, in welcher Sprache sie die Abstimmungsunterlagen erhalten wollen.

Art. 24¹⁾

¹ Die Gemeindevorstände sorgen dafür, dass den Stimmberechtigten die Abstimmungsunterlagen (Abstimmungsvorlagen, Erläuterung, Stimmzettel, Stimmrechtsausweis und die Unterlagen für die briefliche Stimmabgabe) mindestens drei Wochen vor dem Abstimmungstag zugestellt werden.

Zustellung der Abstimmungsunterlagen und Wahlzettel

² Bei Wahlen sind den Stimmberechtigten die Wahlzettel, der Stimmrechtsausweis und die Unterlagen für die briefliche Stimmabgabe mindestens zehn Tage vor dem Abstimmungstag zuzustellen.

Art. 25

¹ ²⁾ Der Gemeindevorstand, bei Bezirksgerichtswahlen die Verwaltungskommission des Bezirksgerichtes und bei Kreisversammlungen der Kreispräsident, setzt ein Stimmbüro von mindestens zwei Mitgliedern ein und bezeichnet dessen Präsidenten und Aktuar. Er kann auch selbst als Stimmbüro amten.

Stimmbüro
a) Organisation

² Dem Stimmbüro ist die nötige Anzahl Stimmzähler beizugeben.

Art. 26

¹ Jeder Stimmberechtigte ist verpflichtet das Amt eines Mitgliedes, eines Präsidenten oder Aktuars des Stimmbüros oder eines Stimmzählers anzunehmen und dieses Amt auszuüben, es sei denn, dass wichtige Gründe wie Krankheit, Alter oder Ortsabwesenheit ihn daran hindern.

b) Amtszwang

² ³⁾ Wer ohne wichtigen Grund die Übernahme oder Ausübung des Amtes ablehnt, kann vom Gemeindevorstand mit einer Busse von 5 bis 100 Franken bestraft werden.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

5. STIMMABGABE

Art. 27¹⁾

Formen
a) in eidgenössischen, kantonalen und Bezirksangelegenheiten

¹ Die Stimmberechtigten können unter Abgabe des Stimmrechtsausweises²⁾ entweder persönlich an der Urne oder brieflich stimmen. Briefliche Stimmabgabe ist ab Erhalt der Abstimmungsunterlagen zulässig.

² Stimmberechtigte, die wegen Invalidität oder aus einem anderen Grund dauernd unfähig sind, die für die Stimmabgabe nötigen Handlungen selbst vorzunehmen, können hiezu eine stimmberechtigte Person ihrer Wahl ermächtigen.³⁾

³ Die Regierung erlässt die näheren Bestimmungen zur brieflichen Stimmabgabe und zur Stellvertretung Invaliden.⁴⁾

Art. 27a⁵⁾

b) in Kreisangelegenheiten

¹ Soweit das Kreisrecht die Urnenabstimmung vorsieht, richtet sich die Stimmabgabe nach Artikel 27.

² Andernfalls erfolgt die Stimmabgabe in der Kreisversammlung oder in den Gemeinden.

Art. 27b⁶⁾

c) von Wehrmännern und Zivilschutzdienstleistenden

Die Beteiligung von Wehrmännern und Dienstleistenden im Zivilschutz richtet sich nach dem Bundesrecht und den von der Regierung erlassenen Bestimmungen.

Art. 28

Stimmgeheimnis

Das Stimmgeheimnis ist gewährleistet. Vorbehalten bleiben die Fälle offener Abstimmung.

Art. 29⁷⁾

Stimm- und Wahlzettel

¹ Für die Stimmabgabe müssen die amtlichen Stimm- und Wahlzettel benutzt werden.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5; Marginalie gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

²⁾ Siehe dazu Art. 6 RV über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren, BR 150.200

³⁾ Siehe dazu Art. 18 RV über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren, BR 150.200

⁴⁾ Siehe dazu Art. 16 ff. RV über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren, BR 150.200

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

² Stimm- und Wahlzettel müssen persönlich und handschriftlich ausgefüllt werden. Artikel 27 Absatz 2 bleibt vorbehalten.

Art. 30¹⁾

Die Regierung erlässt die erforderlichen Vorschriften über Ort und Zeit der Urnenaufstellung, die Sicherung der Urne und des Stimmgeheimnisses, die Überwachung der Stimmabgabe und die Erfassung der Stimmen.²⁾

Urnabstimmung
a) Allgemeines

Art. 31³⁾

Art. 32⁴⁾

Die Stimmabgabe an den dem Abstimmungstag vorausgehenden Tagen richtet sich nach dem Bundesrecht.⁵⁾ Soweit dieses Umfang und Form der vorzeitigen Stimmabgabe den Kantonen anheim stellt, bestimmen hierüber die Gemeindevorstände. Im übrigen erlässt die Regierung die für die vorzeitige Stimmabgabe erforderlichen Vorschriften.⁶⁾

c) Stimmabgabe
an den Vortagen

6. ERMITTLUNG DES ABSTIMMUNGSERGEBNISSES

Art. 33

Die Vorschriften dieses Abschnittes gelten für Urnenabstimmungen und sinngemäss für Abstimmungen mit dem Stimmzettel in der Versammlung.

Geltungsbereich

Art. 34⁷⁾

¹ Das Stimmbüro der Gemeinde stellt das Gemeindergebnis der Abstimmung fest. Es ermittelt die Gesamtzahl der Stimmberechtigten, der eingegangenen Stimmzettel, der leeren, ungültigen und gültigen Stimmen sowie bei Sachabstimmungen die Gesamtzahl der Ja-Stimmen und der Nein-Stimmen und bei Wahlen die Gesamtzahl der auf jeden Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen.

Aufgabe des
Gemeindestimm-
büros

² Jedes Zählergebnis muss von zwei Zählern gesondert ermittelt werden.

¹⁾ Siehe RV über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren, BR 150.200

²⁾ Siehe RV über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren, BR 150.200

³⁾ Aufhebung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Siehe RV über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren, BR 150.200

⁵⁾ Siehe BG über die politischen Rechte, SR 161.1

⁶⁾ Siehe BG über die politischen Rechte, SR 161.1

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 20. März 1988; siehe FN zu Art. 12

³ Das Stimmbüro entscheidet über die Gültigkeit von Stimmzetteln und Stimmen und bereinigt die Stimmzettel.

Art. 35¹⁾

Gültigkeit der Stimmzettel
a) im allgemeinen

Nichtamtliche Stimmzettel oder solche, die anders als handschriftlich ausgefüllt sind, ehrverletzende Äusserungen oder offensichtliche Kennzeichnungen enthalten, unleserlich sind oder sonst keine eindeutige Willenskundgebung erkennen lassen, sind ungültig.

Art. 36

b) bei Wahlen

¹ Stimmzettel für Gesamtwahlen, die weniger Namen tragen, als Personen zu wählen sind, sind gültig. Ebenso sind Stimmzettel gültig, die mehr Namen tragen, als Personen zu wählen sind; jedoch werden die letztangeführten Namen, soweit sie überzählig sind, als ungültige Stimmen gestrichen.

² Eine Stimme, die einer nicht wählbaren Person gilt, auf einen Namen lautet, den derselbe Stimmzettel bereits enthält (Kumulation), oder begründete Zweifel darüber offen lässt, wem sie gilt, ist ungültig; der betreffende Name wird gestrichen.

³ Auf den oder die «Bisherigen» oder ähnlich lautende Stimmzettel sind ungültig.

Art. 37²⁾

Meldung der Ergebnisse

¹ ³⁾ Das Gemeindestimmbüro meldet unverzüglich telefonisch die Gemeindergebnisse der eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen der Standeskanzlei, jene der Bezirks- und Kreisabstimmungen dem Bezirksamt beziehungsweise dem Kreisamt. Es fertigt ein Protokoll mit den Angaben im Sinne von Artikel 34 aus und übermittelt diese sowie die Stimmzettel unverzüglich der Standeskanzlei beziehungsweise dem Bezirksamt oder dem Kreisamt.

² Die Kreisämter melden der Standeskanzlei am Wahlsonntag unverzüglich telefonisch die Ergebnisse der Kreiswahlen.

Art. 38⁴⁾

Zusammensetzung der Gemeindergebnisse

Die Standeskanzlei, bei Bezirks- und Kreisabstimmungen das Bezirksamt beziehungsweise das Kreisamt, ermittelt durch Zusammenzählung der

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 3. Dezember 1978; B vom 20. März 1978, 129; GRP 1978/79, 78 (1. Lesung) und 278 (2. Lesung)

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

Gemeindeergebnisse das Gesamtergebnis der Abstimmung und fertigt darüber ein Protokoll aus.

Art. 39¹⁾

Eine Vorlage ist angenommen, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die Hälfte der nach Abzug der leeren und ungültigen Stimmen verbleibenden gültigen Stimmen übersteigt.

Absolutes Mehr
a) bei
Sachabstim-
mungen

Art. 40

¹ Gewählt ist, wer das absolute Mehr erreicht. Die Gesamtzahl aller gültigen Kandidatenstimmen wird durch die um eins vermehrte Zahl der freien Sitze geteilt; die nächsthöhere ganze Zahl ist das absolute Mehr.

b) bei Wahlen

² Bei den Bezirksgerichtswahlen sind von den Kandidaten mit den meisten Stimmen jene gewählt, welche mehr Stimmen erreichen als die durch die doppelte Zahl der freien Sitze geteilte Gesamtzahl aller gültigen Kandidatenstimmen.

Art. 41

Die Kreise können für die Kreiswahlen in Abweichung von Artikel 40 bestimmen, dass von den Kandidaten mit den meisten Stimmen jene gewählt sind, welche mehr Stimmen erreichen als die durch die doppelte Zahl der freien Sitze geteilte Gesamtzahl aller gültigen Kandidatenstimmen.

c) Vorbehalt des
Kreisrechtes

Art. 42

Kommt bei Einzelwahlen eine Wahl nicht zustande oder sind bei Gesamtwahlen weniger Kandidaten gewählt, als zu wählen sind, so findet ein zweiter, freier Wahlgang statt. Gewählt sind dabei jene Kandidaten, die am meisten Stimmen auf sich vereinigen.

Zweiter
Wahlgang

Art. 43³⁾

Stehen die Stimmen ein, so entscheidet über die Wahl oder die Reihenfolge des Einsitzes das Los. Die Losziehung führen bei kantonalen Wahlen die Regierung, bei Bezirkswahlen die Verwaltungskommission des Bezirksgerichtes und bei Kreiswahlen der Kreisrat durch. Die zuständige Instanz bestimmt das Verfahren.

Losziehung

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 20. März 1988; siehe FN zu Art. 12

²⁾ Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

7. ABSCHLUSS DES VERFAHRENS

Art. 44¹⁾Bekanntgabe der
Ergebnisse

Auf Grund des Protokolls werden die Gesamtergebnisse der kantonalen Abstimmungen von der Standeskanzlei, jene der Bezirks- und Kreisabstimmungen vom Bezirksamt beziehungsweise Kreisamt ohne Verzug amtlich bekanntgegeben. Das Bezirksamt und das Kreisamt melden überdies der Standeskanzlei am Tag nach der Wahl schriftlich die Ergebnisse der Bezirks- beziehungsweise Kreiswahlen.

Art. 45²⁾**Art. 46**

Erwahrung

Nach Ablauf der Beschwerdefrist oder nach Erledigung der Beschwerde übermittelt die Regierung die Akten der kantonalen Sachabstimmungen dem Grossen Rat zur Erwahrung. Bei Dringlichkeit nimmt die Regierung die Erwahrung selber vor³⁾.

Art. 47⁴⁾Annahme der
Wahl

^{1 5)} Wer eine Wahl nicht binnen acht Tagen seit der amtlichen Bekanntgabe des Ergebnisses durch schriftliche Mitteilung an die Regierung beziehungsweise das Bezirksgericht oder den Kreisrat ablehnt, hat sie angenommen.

² Die Annahme gilt bei Unvereinbarkeit zwischen zwei Ämtern⁶⁾ als Verzicht auf das bisherige, mit dem neuen nicht vereinbaren Amt.

Art. 48Nachwahl bei
Verzicht

Der zufolge eines Verzichtes des Gewählten freiwerdende Sitz ist nach den für Ersatzwahlen geltenden Bestimmungen neu zu besetzen.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

²⁾ Aufgehoben durch Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN Art. 3

³⁾ Vgl. dazu Art. 16 KV, BR 110.100

⁴⁾ Streichung Art. 47 Abs. 3 gemäss Volksbeschluss vom 20. März 1988; siehe FN zu Art. 12

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

⁶⁾ Vgl. hiezu Unvereinbarkeitsgesetz, BR 170.010

III. Initiativverfahren

1. INITIATIVE IN KANTONALEN ANGELEGENHEITEN

Art. 49

¹ Initiativbegehren gemäss Artikel 3 und 54 der Kantonsverfassung¹⁾ bestehen:

Gegenstand des
Initiativbegehrens,
Einheit der
Materie

- a) in einer allgemeinen Anregung zur Gesamtrevision oder zu einer Teilrevision der Kantonsverfassung oder zum Erlass, zur Änderung oder Aufhebung eines Gesetzes oder einer grossrätlichen Verordnung;
- b) in einem ausgearbeiteten Entwurf zu einer Teilrevision der Kantonsverfassung oder zum Erlass, zur Änderung oder Aufhebung eines Gesetzes.

² ²⁾Eine Initiative auf Teilrevision der Kantonsverfassung, eines Gesetzes oder einer grossrätlichen Verordnung darf nur eine Materie betreffen.

³ ³⁾Die Einheit der Materie ist gewahrt, wenn zwischen den einzelnen Teilen einer Initiative ein sachlicher Zusammenhang besteht.

Art. 50⁴⁾

¹ Das Initiativbegehren kommt durch Sammlung von Einzelunterschriften auf Unterschriftenlisten zustande.

Unterschriften-
liste

² Jede Unterschriftenliste hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Namen der Gemeinde, in der sämtliche Unterzeichner der Liste stimmberechtigt sind;
- b) den Titel und den Wortlaut des Initiativbegehrens;
- c) das Datum der Veröffentlichung im Kantonsamtsblatt;
- d) eine vorbehaltlose Rückzugsklausel;
- e) die Namen und Adressen von mindestens sieben stimmberechtigten Urhebern der Initiative (Initiativkomitee);
- f) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer unbefugt an einem Initiativbegehren teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht (Art. 282 StGB)⁵⁾;
- g) die Bescheinigungsformel über die Stimmberechtigung der Unterzeichner.

¹⁾ BR 110.100

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN Art. 3

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN Art. 3

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN Art. 3

⁵⁾ SR 311.0

Art. 51¹⁾

Vorprüfung

¹ Das Initiativkomitee kann vor Beginn der Unterschriftensammlung der Standeskanzlei die Unterschriftenliste zur beratenden Vorprüfung bezüglich der einzuhaltenden Formvorschriften unterbreiten.

² Auf jeden Fall ist der Titel eines Initiativbegehrens vor Beginn der Unterschriftensammlung zur Prüfung vorzulegen. Ist der Titel irreführend, enthält er kommerzielle oder persönliche Werbung oder gibt er zu Verwechslungen Anlass, so wird er nach Anhörung des Initiativkomitees durch die Standeskanzlei geändert.

Art. 52²⁾

Hinterlegung der Unterschriftenliste, Publikation

¹ Vor Beginn der Unterschriftensammlung ist bei der Standeskanzlei die bereinigte Unterschriftenliste zu hinterlegen.

² Titel, Text und Namen der Urheber des Initiativbegehrens werden von der Standeskanzlei im Kantonsamtsblatt veröffentlicht.

Art. 53³⁾

Unterschrift

¹ Der Stimmberechtigte muss seinen Namen handschriftlich und leserlich auf die Unterschriftenliste schreiben und zusätzlich seine eigenhändige Unterschrift beifügen.

² Schreibunfähige Stimmberechtigte können die Eintragung ihres Namenszuges durch einen Stimmberechtigten ihrer Wahl vornehmen lassen. Dieser setzt seine eigene Unterschrift zum Namenszug der schreibunfähigen Person und bewahrt über den Inhalt der empfangenen Anweisungen Stillschweigen.

³ Der Stimmberechtigte muss alle weiteren Angaben machen, die zur Feststellung seiner Identität nötig sind, wie Vornamen, Geburtsdatum und Adresse.

⁴ Er darf die gleiche Initiative nur einmal unterschreiben.

Art. 53a⁴⁾

Stimmrechtsbescheinigungen

¹ Die Unterschriftenlisten sind rechtzeitig vor Ablauf der Sammelfrist dem Stimmregisterführer der Gemeinde einzureichen, in der die Unterzeichner stimmberechtigt sind.

² Der Stimmregisterführer bescheinigt, dass die Unterzeichner in der auf der Unterschriftenliste genannten Gemeinde in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigt sind, und gibt die Listen unverzüglich den Absendern

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

zurück. Namen von Initianten, die nicht in der Gemeinde stimmberechtigt sind, werden vom Stimmregisterführer vorher gestrichen.

³ Die Bescheinigung muss in Worten oder Ziffern die Zahl der bescheinigten Unterschriften angeben, datiert sein, die eigenhändige Unterschrift des Stimmregisterführers aufweisen und mit dem Amtsstempel gekennzeichnet sein.

⁴ Die Stimmrechtsbescheinigung wird erteilt, wenn der Unterzeichner am Tage, an dem die Unterschriftenliste zur Bescheinigung eingereicht wird, im Stimmregister eingetragen ist. Die Bescheinigung kann für mehrere Listen gesamthaft vorgenommen werden.

⁵ Bescheinigungen, die vor der Publikation des Initiativbegehrens im Kantonsamtsblatt ausgestellt werden, sind ungültig.

Art. 53b¹⁾

¹ Die Stimmrechtsbescheinigung wird verweigert, wenn die in Artikel 53 und 53a Absätze 1 und 4 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Verweigerung der Stimmrechtsbescheinigung

² Haben Stimmberechtigte mehrmals unterschrieben, so wird nur eine Unterschrift bescheinigt.

³ Der Verweigerungsgrund ist auf der Unterschriftenliste anzugeben.

Art. 53c²⁾

¹ Die Unterschriftenlisten sind der Standeskanzlei gesamthaft und spätestens ein Jahr nach der Veröffentlichung des Initiativtextes im Kantonsamtsblatt einzureichen. Mit der Einreichung ist die Unterschriften-sammlung abgeschlossen. Einreichung

² Eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht zurückgegeben und können nicht eingesehen werden.

Art. 53d³⁾

¹ Die Standeskanzlei prüft, ob die Unterschriftenlisten mit der hinterlegten übereinstimmen, rechtzeitig eingereicht wurden und den Formvorschriften entsprechen. Zustandekommen

² Sie ermittelt die Gesamtzahl der gültigen Unterschriften.

³ Ungültig sind Unterschriften auf Listen, die den Erfordernissen von Artikel 50, 53a Absatz 1 oder 53c nicht entsprechen, sowie Unterschriften von Unterzeichnern, deren Stimmrecht nicht, ungültig oder zu Unrecht bescheinigt worden ist.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁴ Die Standeskanzlei erstattet der Regierung über das Prüfungsergebnis Bericht und stellt Antrag über das Zustandekommen des Initiativbegehrens.

⁵ Die Regierung entscheidet, ob das Initiativbegehren zustande gekommen ist.

Art. 54

Behandlung im
Grossen Rat

¹ Zustande gekommene Initiativbegehren unterbreitet die Regierung mit ihrer Botschaft innert eineinhalb Jahren seit der Einreichung dem Grossen Rat.

² ¹⁾ Dieser entscheidet, ob das Initiativbegehren den Erfordernissen der Einheit der Form und der Einheit der Materie genügt und ob es inhaltlich rechtmässig ist.

³ ²⁾ Ist lediglich ein Teil des Initiativbegehrens ungültig, erklärt der Grosse Rat den mängelfreien Teil für gültig, sofern dieser eine sinnvolle Regelung ergibt.

Art. 55³⁾

Volksabstimmung

¹ Steht dem Begehren weder Bundesrecht noch kantonales Recht entgegen, so unterbreitet es der Grosse Rat unverändert mit oder ohne Gegenvorschlag innert zweieinhalb Jahren seit der Einreichung dem Volke zur Abstimmung.

² Betrifft das Begehren eine allgemeine Anregung, welcher der Grosse Rat zustimmt, so unterbleibt die Volksabstimmung, es sei denn, die Initiative regie die Gesamtrevision der Kantonsverfassung an.

Art. 56

Vollzug
allgemeiner
Anregungen

¹ Stimmt das Volk oder der Grosse Rat der allgemeinen Anregung eines Initiativbegehrens zu, so unterbreitet die Regierung dem Grossen Rat innert anderthalb Jahren seit der Zustimmung einen ausgearbeiteten Entwurf.

² ⁴⁾ Untersteht der Entwurf der Volksabstimmung, so hat diese innert zweieinhalb Jahren seit der Zustimmung zur allgemeinen Anregung stattzufinden. Der Grosse Rat kann seinem Entwurf einen Gegenvorschlag gegenüberstellen.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 20. März 1988; siehe FN zu Art. 12

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

Art. 57¹⁾

¹ Stellt der Grosse Rat einem Initiativbegehren oder einem in Vollzug einer allgemeinen Anregung ausgearbeiteten Entwurf einen Gegenvorschlag gegenüber, so werden den Stimmberechtigten auf demselben Stimmzettel folgende Fragen vorgelegt:

Verfahren bei
Doppelab-
stimmungen

1. Wollt Ihr die Volksinitiative/den Entwurf annehmen?
2. Wollt Ihr den Gegenvorschlag des Grossen Rates annehmen?
3. Falls sowohl die Volksinitiative/der Entwurf als auch der Gegenvorschlag angenommen werden:
Soll die Volksinitiative/der Entwurf oder der Gegenvorschlag in Kraft treten?

² Das absolute Mehr wird für jede Frage getrennt ermittelt. Dabei fallen unbeantwortete Fragen ausser Betracht.

³ Werden sowohl die Volksinitiative/der Entwurf als auch der Gegenvorschlag angenommen, entscheidet das Ergebnis der dritten Frage. In Kraft tritt diejenige Vorlage, die bei dieser Frage mehr Stimmen erreicht.

Art. 58²⁾

Die Vorschriften dieses Gesetzes über die Unterzeichnung und Einreichung von Initiativbegehren gelten auch für Volksbegehren auf Einberufung des Grossen Rates gemäss Artikel 22 der Kantonsverfassung³⁾. Solche Begehren sind, um gültig zu sein, innert drei Monaten seit der Veröffentlichung im Kantonsamtsblatt bei der Standeskanzlei zuhanden der Regierung einzureichen.

Volksbegehren
auf Einberufung
des Grossen
Rates

Art. 58a⁴⁾

¹ Jedes Initiativbegehren kann vom Initiativkomitee zurückgezogen werden. Die Rückzugserklärung ist verbindlich, wenn sie durch die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Initiativkomitees unterzeichnet wird.

Rückzug

² Der Rückzug ist bis zur Festsetzung der Volksabstimmung zulässig. Bei einem Initiativbegehren in Form der allgemeinen Anregung, dem der Grosse Rat zustimmt, ist der Rückzug bis zum Zustimmungsbeschluss zulässig.

³ Der Rückzug ist der Standeskanzlei zuhanden des Grossen Rates mitzuteilen.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 20. März 1988; siehe FN zu Art. 12

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

³⁾ BR 110.100

⁴⁾ Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

2. INITIATIVE IN KREIS- UND GEMEINDEANGELEGENHEITEN

Art. 59

Grundsatz

Die Kreise und Gemeinden gewährleisten das Initiativrecht nach Massgabe der folgenden Bestimmungen. Sie können es, insbesondere durch Herabsetzung der erforderlichen Unterschriftenzahl und Zulassung der Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfes, erweitern.

Art. 60

Initiative in Kreisangelegenheiten

Die Bestimmungen über das Initiativrecht in Gemeinden gelten sinngemäss für die Kreise. Kreise, in denen für Sachabstimmungen nicht die Kreisversammlung zuständig ist, sind dabei den Gemeinden ohne Gemeindeversammlung gleichgestellt.

Art. 61

Initiative in Gemeinden mit Gemeindeversammlung

Der Gemeindevorstand hat der nächsten ordentlichen Gemeindeversammlung spätestens innert Jahresfrist einen mit seinem Gutachten und allenfalls einem Gegenvorschlag begleiteten ausgearbeiteten Vorschlag über ein in ihre Zuständigkeit fallendes Sachgeschäft zu unterbreiten, wenn die allgemeine Anregung hiezu

- a) von mindestens einem Viertel der Stimmberechtigten als Initiative beim Gemeindevorstand eingereicht oder
- b) von der Gemeindeversammlung auf Antrag eines Stimmberechtigten als Motion erheblich erklärt worden ist.

Art. 62

Initiative in Gemeinden ohne Gemeindeversammlung

¹ In Gemeinden ohne Gemeindeversammlung sind beim Gemeindevorstand eingereichte und von mindestens einem Viertel der Stimmberechtigten unterzeichnete Initiativbegehren, die eine allgemeine Anregung zu einem in die Zuständigkeit des Volkes fallenden Sachgeschäft enthalten, innert Jahresfrist oder, wenn die Vorberatung einem Gemeinderat zusteht, innert anderthalb Jahren seit der Einreichung mit einem Gutachten und allenfalls einem Gegenvorschlag der Volksabstimmung zu unterbreiten.

² Stimmt der Gemeindevorstand oder, wenn ihm die Vorberatung zusteht, der Gemeinderat dem Initiativbegehren zu, so unterbleibt die Volksabstimmung.

³ ¹⁾ Stimmt das Volk oder der Gemeindevorstand bzw. der Gemeinderat einem Initiativbegehren zu, so arbeitet der Gemeindevorstand gestützt darauf einen Vorschlag aus, der innert Jahresfrist oder, wenn die Vorbereitung einem Gemeinderat zusteht, innert anderthalb Jahren seit der Zu-

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

stimmung mit einem Gutachten und allenfalls einem Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten ist.

Art. 63

¹ Initiativbegehren, deren Inhalt rechtswidrig ist, werden der Volksabstimmung nicht unterbreitet.

Rechtswidrige
Initiativbegehren

² Der Gemeindevorstand oder, wenn ihm die Vorberatung zusteht, der Gemeinderat gibt den Initianten in einem solchen Fall von seinem Beschluss unter Angabe der Gründe schriftlich Kenntnis.

IIIa. Verfahren für das fakultative Finanzreferendum in kantonalen Angelegenheiten ¹⁾

Art. 63a ²⁾

Die Beschlüsse, die dem fakultativen Finanzreferendum unterstehen, werden vom Grossen Rat ausdrücklich als solche bezeichnet. Sie sind nach der redaktionellen Bereinigung durch die Absatz- und Redaktionskommission von der Regierung unter Angabe des Tages, an welchem die Referendumsfrist abläuft, im Amtsblatt bekanntzugeben.

Bekanntmachung
der Beschlüsse

Art. 63b ³⁾

Die für die Volksinitiative geltenden Bestimmungen über die Unterschrift (Art. 53), die Stimmrechtsbescheinigung (Art. 53a) und die Verweigerung der Bescheinigung (Art. 53b) gelten sinngemäss auch für das Referendum.

Ergänzende
Vorschriften

Art. 63c ⁴⁾

¹ Die Zustimmung zum Referendumsbegehren erfolgt durch Einzelunterschrift auf Unterschriftenlisten.

Unterschriften-
liste

² Die Unterschriftenlisten dürfen nur einen Beschluss zum Gegenstand haben.

³ Jede Unterschriftenliste hat folgende Angaben zu enthalten:

- a) den Namen der Gemeinde, in der sämtliche Unterzeichner der Liste stimmberechtigt sind;
- b) den vollständigen Wortlaut des Beschlusses mit dem Datum der Verabschiedung durch den Grossen Rat;
- c) das Begehren um Durchführung einer Volksabstimmung über diesen Beschluss;

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

²⁾ Eingefügt durch Volksabstimmung vom 24. Oktober 1965; B vom 12. April 1965, 169; GRP 1965, 87, 92

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

- d) den Hinweis, dass sich strafbar macht, wer unbefugt an einem Referendumsbegehren teilnimmt oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht (Art. 282 StGB).¹⁾

Art. 63d²⁾

Einreichung des
Referendums,
Ausschluss,
Rückzug

¹⁾ Die Unterschriftenlisten sind der Standeskanzlei gesamthaft und innert der vorgeschriebenen Frist einzureichen. Mit der Einreichung ist die Unterschriftensammlung abgeschlossen.

²⁾ Eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht zurückgegeben und können nicht eingesehen werden.

³⁾ Der Rückzug eines Referendums ist nicht zulässig.

Art. 63e³⁾

Zustandekommen

Die für die Volksinitiative geltenden Bestimmungen über die Ermittlung der Zahl der gültigen Unterschriften und den Entscheid über das Zustandekommen (Art. 53d) finden sinngemäss auch auf das Referendum Anwendung.

Art. 63f⁴⁾

Abstimmung

Ist das Referendum zustandegekommen, ordnet die Regierung die Volksabstimmung an.⁵⁾

Art. 63g⁶⁾

Nichtzustande-
kommen des
Referendums

Wird innert 90 Tagen nach Veröffentlichung eines dem fakultativen Referendum unterstehenden Grossratsbeschlusses kein oder kein gültiges Begehren um Volksabstimmung gestellt, erklärt die Regierung den Beschluss als in Rechtskraft erwachsen.

¹⁾ SR 311.0

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Eingefügt durch Volksabstimmung vom 24. Oktober 1965; siehe FN zu Art. 63a

⁶⁾ Eingefügt durch Volksabstimmung vom 24. Oktober 1965; siehe FN zu Art. 63a

IV. Petitionsverfahren

Art. 64¹⁾

¹ Petitionen gemäss Artikel 57 der Bundesverfassung²⁾ und Eingaben an den Grossen Rat gemäss Artikel 3 Absatz 4 der Kantonsverfassung³⁾ sind schriftlich einzureichen.

Petitionen,
Eingaben gemäss
Art. 3 Abs. 4
Kantonsver-
fassung

² Ist die Eingabe nach Form und Inhalt nicht ordnungswidrig, so fasst die angegangene Behörde einen Beschluss darüber, ob und gegebenenfalls wie sie ihr Folge leisten will. Andernfalls nimmt sie lediglich von ihrem Eingang Kenntnis.

³ Der Petent bzw. die Petitionäre sind über die Behandlung der Eingabe in geeigneter Form zu orientieren.

Art. 65⁴⁾

V. Rechtspflege

Art. 65a⁵⁾

Mit der Stimmrechtsbeschwerde kann die Verletzung des Stimmrechts gemäss Artikel 1-4 und 6 sowie 53a, 53b und 63b geltend gemacht werden.

Stimmrechts-
beschwerde

Art. 65b⁶⁾

Mit der Wahl- und Abstimmungsbeschwerde können Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung einer Wahl oder Abstimmung geltend gemacht werden.

Wahl- und
Abstimmungs-
beschwerde

Art. 65c⁷⁾

¹ Zur Einreichung einer Stimmrechtsbeschwerde ist befugt, wer ein schutzwürdiges eigenes Interesse an der Aufhebung oder Änderung einer Anordnung hat.

Legitimation

² Wahl- und Abstimmungsbeschwerden kann jeder Stimmberechtigte des betreffenden Wahl- oder Abstimmungskreises führen.

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

²⁾ SR 101

³⁾ BR 110.100

⁴⁾ Aufhebung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁷⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

Frist	<p>Art. 65d¹⁾</p> <p>Die Beschwerden an Instanzen gemäss Artikel 65g sind innert drei Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am dritten Tage nach der amtlichen Bekanntgabe der Ergebnisse einer Wahl oder Abstimmung bei der Standeskanzlei einzureichen.</p>
Beschwerdeschrift	<p>Art. 65e²⁾</p> <p>¹ Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine kurze Begründung enthalten.</p> <p>² Die Beschwerdeschrift ist vom Beschwerdeführer oder seinem Vertreter zu unterzeichnen.</p>
Aufschiebende Wirkung	<p>Art. 65f³⁾</p> <p>Der Beschwerde kommt nur aufschiebende Wirkung zu, wenn diese von der Beschwerdeinstanz auf Antrag oder von Amtes wegen angeordnet wird.</p>
Beschwerdeinstanz	<p>Art. 65g⁴⁾</p> <p>¹ Die Regierung entscheidet über Stimmrechts- sowie Abstimmungs- und Wahlbeschwerden bei kantonalen Abstimmungen und Ständeratswahlen. Sie befindet ferner über Beschwerden gegen den Entscheid der Standeskanzlei betreffend die Änderung des Titels eines Initiativbegehrens.</p> <p>² Der Grosse Rat entscheidet über Stimmrechts- und Wahlbeschwerden bei Grossratswahlen.</p> <p>³ Eine grossrätliche Kommission entscheidet über Stimmrechts- und Wahlbeschwerden bei Regierungsratswahlen. Die Kommission wird vom Grossen Rat jeweils für drei Jahre aus seiner Mitte bestellt.</p>
Weitere Vorschriften	<p>Art. 65h⁵⁾</p> <p>¹ Bei Verfahren über Stimmrechts-, Wahl- und Abstimmungsbeschwerden werden weder Verfahrenskosten erhoben noch Parteientschädigungen zugesprochen. Von der Kostenbefreiung ausgenommen sind mutwillige und trölerische Beschwerden.</p> <p>² Im übrigen sind die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen⁶⁾ anwendbar, soweit dies mit der besonderen Natur des Wahl- und Abstimmungsverfahrens vereinbar ist.</p>

¹⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

²⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

³⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁵⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 5

⁶⁾ BR 370.500

VI. Schlussbestimmungen**Art. 66**

Die Regierung erlässt zum Vollzug dieses Gesetzes die erforderlichen Vorschriften.¹⁾

Vollzug
a) durch die
Regierung

Art. 67

¹ Die Kreise regeln das Verfahren bei Abstimmungen in Kreisangelegenheiten, soweit dieses Gesetz und die Regierung nichts bestimmen. Sie können die Teilnahme an der Abstimmung unter Androhung der Busse obligatorisch erklären.

b) durch die
Kreise

² Kreise, die nur eine Gemeinde umfassen, können bestimmen, dass die Befugnisse, die nach diesem Gesetz im Verfahren der Urnenabstimmung den Gemeindebehörden zustehen, in Kreisangelegenheiten ganz oder teilweise von den Kreisbehörden ausgeübt werden.

Art. 68

Die Gemeinden erlassen die für ihr Gebiet erforderlichen ergänzenden Bestimmungen über das Abstimmungsverfahren in kantonalen Angelegenheiten. Sie können das Obligatorium der Teilnahme an Gemeindeabstimmungen auf Abstimmungen in kantonalen und eidgenössischen Angelegenheiten ausdehnen.

c) durch die
Gemeinden

Art. 69

Dieses Gesetz tritt nach der Genehmigung durch den Bundesrat²⁾ auf den 1. Januar 1963 in Kraft.

Inkrafttreten

Art. 70

¹ Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind alle damit in Widerspruch stehenden Vorschriften aufgehoben, insbesondere:

Aufhebung und
Änderung
bisherigen
Rechtes

- a) die grossrätliche Verordnung über Abstimmungen in Landessachen vom 20. November 1877³⁾
- b) das grossrätliche Regulativ betreffend die Wahlen der beiden Abgeordneten zum schweizerischen Ständerat vom 22. Juni 1880⁴⁾
- c) das Gesetz über die Kreiswahlen vom 20. April 1875⁵⁾

¹⁾ Siehe RV über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren, BR 150.200

²⁾ Genehmigt am 27. November 1962; die Revision vom 3. Dezember 1978 ist am 7. Februar 1979 genehmigt worden.

³⁾ aRB 43

⁴⁾ aRB 49

⁵⁾ aRB 51

- d) das grossrätliche Regulativ betreffend die Wahlen der Mitglieder der Regierung vom 26. Mai 1893, teilweise revidiert am 28. Mai 1948¹⁾
- e) das Ausführungsgesetz vom 28. August 1881 zu Artikel 3 der Kantonsverfassung²⁾
- f) die Artikel 15 und 16 des Gesetzes über die Niederlassung von Schweizerbürgern vom 12. Juni 1874.³⁾

² ⁴⁾Mit dem Inkrafttreten⁵⁾, der Teilrevision vom 20. März 1988 wird die Geschäftsordnung für die Regierung⁶⁾ des Kantons Graubünden wie folgt geändert:

II. Ausschlussgründe

Art. 8

Aufgehoben.

Art. 9

Aufgehoben.

¹⁾ aRB 83 und AGS 1958, 87

²⁾ aRB 14

³⁾ aRB 30

⁴⁾ Fassung gemäss Volksbeschluss vom 20. März 1988; siehe FN zu Art. 12

⁵⁾ Diese Teilrevision ist nach der Genehmigung durch den Bundesrat am 24. Mai 1988 von der Regierung auf den 1. Juli 1988 in Kraft gesetzt worden. Bestandteil der Teilrevision bildet folgende Übergangsbestimmung: Die laufende Amtsdauer der Ständeräte wird vom 1. Juni bis zum 31. Dezember 1990 verlängert. Die Neuwahl für die Amtsperiode vom 1. Januar 1991 bis zum 31. Dezember 1994 findet nach Massgabe von Art. 17 des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden in den Monaten September, Oktober oder November 1990 statt.

⁶⁾ BR 170.320

Geltendes Recht

Verordnung über die Führung der Stimmregister und das Abstimmungsverfahren

Gestützt auf Art. 30, 31, 32 und 66 des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden ¹⁾

von der Regierung erlassen am 18. Dezember 1978 ²⁾

I. Stimmregister

Art. 1 ³⁾

Der Gemeindevorstand bestimmt ein Behördemitglied oder einen Beamten, der das Stimmregister führt und Stimmrechtsbescheinigungen vornimmt. Stimmregisterführer

Art. 2 ⁴⁾

¹⁾ Das Stimmregister stützt sich auf die Einwohnerkontrolle. Es ist in Form von Karten oder mittels elektronischer Datenverarbeitung (EDV) zu führen. Registerführung

²⁾ Die Registerführung mittels EDV ist so zu gestalten, dass die erhobenen Daten gesichert sind und jederzeit ausgedruckt werden können.

Art. 3 ⁵⁾

¹⁾ Das Stimmregister bildet die ausschliessliche Grundlage der Stimmabgabe. Das Stimmrecht kann nur von den im Register eingetragenen Personen ausgeübt werden. Funktion, Inhalt

¹⁾ BR 150.100

²⁾ Vom Bundesrat genehmigt am 7. Februar 1979

³⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; von der Bundeskanzlei genehmigt am 7. November 1994; auf den 1. Januar 1995 in Kraft getreten

⁴⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; von der Bundeskanzlei genehmigt am 7. November 1994; auf den 1. Januar 1995 in Kraft getreten

⁵⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; von der Bundeskanzlei genehmigt am 7. November 1994; auf den 1. Januar 1995 in Kraft getreten

² 1) Das Stimmregister umfasst alle in eidgenössischen, kantonalen, Bezirks-, Kreis- und Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigten. Einzutragen sind auch die in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Auslandschweizer.

Art. 4²⁾

Registerdaten

Das Stimmregister enthält:

- a) Namen, Vornamen und Geburtsdatum des Stimmberechtigten;
- b) die Bezeichnung des Verhältnisses des Stimmberechtigten zur Gemeinde als Bürger, Niedergelassene, Aufenthaltler oder als Auslandschweizer;
- c) bei Zuzüglern und Auslandschweizern das Datum ihrer Anmeldung in der Gemeinde.

Art. 5³⁾

Zuzüger

¹ Niemand darf gleichzeitig im Stimmregister mehrerer Gemeinden eingetragen sein. Zuzüger sind, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, unmittelbar nach der polizeilichen Anmeldung ins Stimmregister einzutragen.

² Der Registerführer erkundigt sich bei der Herkunftsgemeinde nach allfälligen für die Beurteilung des Stimmrechts des Zuzüglers massgebenden Tatsachen.

Art. 5a⁴⁾

Streichungen

Personen, die ihren Wohnsitz in der Gemeinde tatsächlich aufgegeben haben, sind im Register zu streichen, auch wenn sie nicht abgemeldet sind.

Art. 5b⁵⁾

Öffentlichkeit,
Einsichtsrecht

Das Einsichtsrecht kann verweigert oder eingeschränkt werden, wenn das Stimmregister für die ungestörte Vorbereitung und Durchführung einer Wahl oder Abstimmung benötigt wird.

Art. 5c⁶⁾

Beschwerden

Anordnungen betreffend Eintragungen, Streichungen und Einsichtnahme hat der Registerführer den Betroffenen auf deren Verlangen schriftlich zu

¹⁾ Fassung gemäss RB vom 27. März 2000; auf den 1. April 2000 in Kraft getreten

²⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; von der Bundeskanzlei genehmigt am 7. November 1994; auf den 1. Januar 1995 in Kraft getreten

³⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; von der Bundeskanzlei genehmigt am 7. November 1994; auf den 1. Januar 1995 in Kraft getreten

⁴⁾ Einfügung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

⁵⁾ Fassung gemäss RB vom 27. Oktober 1998

⁶⁾ Einfügung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

begründen und zu eröffnen. Sie können mit Stimmrechtsbeschwerde angefochten werden.¹⁾

II. Stimmrechtsausweis und Stimmzettel

Art. 6

¹ Der Stimmrechtsausweis wird auf Grund des Stimmregisters erstellt und enthält für jeden Stimmberechtigten die gleichen Angaben wie dieses. Stimmrechtsausweis

² Der Umfang der Stimmberechtigung ist auf dem Stimmrechtsausweis so zu kennzeichnen, dass er bei der Stimmabgabe von den Kontrollorganen mühelos beurteilt werden kann.

Art. 7

¹ ... ²⁾

²³⁾Die Gemeinde, in Bezirksangelegenheiten das Bezirksgericht und in Kreisangelegenheiten der Kreisrat kann vorschreiben, dass die Stimmzettel vor der Abgabe an die Stimmberechtigten mit dem Gemeinde-, Bezirks- beziehungsweise Kreisstempel versehen werden und dass Stimmzettel, die diesen Stempel nicht tragen, ungültig sind. Stimmzettel,
Kontrollstempel

³ Die Gemeinden können vorschreiben, dass die Stimmzettel bei der Stimmabgabe auf der Rückseite abzustempeln sind und Stimmzettel, die diesen Kontrollstempel nicht aufweisen, ungültig sind.

Art. 8

¹ ... ⁴⁾

² Der Nichtempfang der Stimmzettel bildet nur dann einen Beschwerdegrund, wenn nach rechtzeitigem Verlangen, d.h. vor der Schliessung der Urne, keine amtlichen Stimmzettel erhältlich sind. Zustellung der
Stimmzettel

³ An Abstimmungs- und Wahltagen sind amtliche Stimmzettel in den Stimmlokalen in angemessener Zahl bereitzustellen.

III. Aufstellung, Überwachung und Schliessung der Urne

Art. 9

¹ Der Gemeindevorstand setzt die Zeit der Urnenöffnung an den für die Stimmabgabe vorgeschriebenen Tagen nach den örtlichen Verhältnissen an. Er bestimmt die Zahl der Urnen, die aufgestellt werden, und bezeich- Öffnung und
Schliessung der
Urne

¹⁾ Siehe dazu Art. 65a und 65g GPR; BR 150.100

²⁾ Aufhebung gemäss RB vom 27. Oktober 1998

³⁾ Fassung gemäss RB vom 27. März 2000; auf den 1. April 2000 in Kraft getreten

⁴⁾ Aufhebung gemäss RB vom 27. Oktober 1998

net deren Standort. Die Stimmberechtigten sind hierüber durch öffentliche Bekanntmachung rechtzeitig zu orientieren.

² Am Abstimmungstag muss die Urne in eidgenössischen und kantonalen Angelegenheiten mindestens eine Stunde lang geöffnet sein. Sie ist spätestens um 12.00 Uhr zu schliessen. Fällt eine kantonale und eidgenössische Abstimmung mit einer Gemeindeversammlung zusammen, so wird die Urne zu Beginn der Versammlung geschlossen.

Art. 10

Stimmlokale Der Gemeindevorstand sorgt dafür, dass Räumlichkeiten, die als Stimmlokale dienen, nicht gleichzeitig für andere Zwecke verwendet werden. Ebenfalls dürfen die Zugänge zum Stimmlokal nicht durch andere Handlungen oder Anlässe behindert werden.

Art. 11

Überwachung der Urne ¹ Bei jeder aufgestellten Urne sorgen zwei Mitglieder des Stimmbüros oder des Gemeindevorstandes oder von diesem bezeichnete Gemeindeangestellte für ordnungsgemässe Stimmabgabe.

² Die Urnen bleiben ausserhalb der Öffnungszeit unter Verschluss und dürfen erst unmittelbar vor Beginn der Zählarbeit geöffnet und geleert werden. Die an den Tagen vor dem Abstimmungssonntag eingegangenen Stimmzettel dürfen vom Samstag an ausgezählt werden.

³ Die Wahrung des Stimmgeheimnisses ist auf alle Fälle sicherzustellen.

Art. 12¹⁾

Meldung der Gemeindeergebnisse Mit der Auszählung der Stimmzettel ist ohne Verzug zu beginnen. Die Gemeindeergebnisse sind bis spätestens 13.30 Uhr der Standeskanzlei gemäss dem zugestellten Formular telefonisch zu melden.

IV. Erleichterung der Stimmabgabe

Art. 13

Veröffentlichung Die Vorschriften über die Stimmerleichterungen sind vom Gemeindevorstand vor jeder Abstimmung oder Wahl in zweckmässiger Weise zu veröffentlichen.

Art. 14

Wehrpflichtige und Dienstleistende im Zivilschutz Die Ausübung des Stimmrechtes durch im Dienst stehende Wehrpflichtige und Dienstleistende im Zivilschutz richtet sich bei eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Urnengängen sowie bei Urnengängen in

¹⁾ Fassung gemäss RB vom 1. Juni 2004; tritt am 1. Juli 2004 in Kraft

Kreisangelegenheiten nach dem Bundesrecht und den Bestimmungen dieser Verordnung über die Erleichterung der Stimmabgabe.

Art. 15

¹ Der Gemeindevorstand ermöglicht die vorzeitige Stimmabgabe mindestens an zwei der vier letzten Tage vor dem Abstimmungstag. Er entscheidet auch über eine weitergehende vorzeitige Stimmabgabe.

Vorzeitige
Stimmabgabe

² Er bestimmt die Zahl und den Standort der Urnen, die an den vorgeschriebenen Vortagen gemäss Absatz 1 während einer bestimmten Zeit zu öffnen sind oder die Amtsstelle der Gemeinde, bei welcher der Stimmberechtigte den Stimmzettel in einem verschlossenen Umschlag abgeben kann.

³ Der Gemeindevorstand ordnet ferner die Aufbewahrung der abgegebenen Stimmkuverts, die am Abstimmungstag ungeöffnet dem Stimmbüro zur Verfügung zu stellen sind, und sorgt für die Sicherung des Stimmgeheimnisses, die Verhinderung von Missbräuchen und die ordnungsgemässe Erfassung aller Stimmzettel.

Art. 16¹⁾

¹ Die briefliche Stimmabgabe kann per Post oder durch Einwurf in einen vom Gemeindevorstand bezeichneten Briefkasten der Gemeindeverwaltung erfolgen.

Briefliche
Stimmabgabe
a) Grundsatz

² Brieflich abgegebene Stimmen müssen bis spätestens um 12.00 Uhr des Vortages vor dem Wahl- oder Abstimmungstag bei der Gemeindeverwaltung eintreffen.

Art. 17²⁾

¹ Wer brieflich wählt oder stimmt, hat seinen Wahl- oder Stimmzettel, unter Vorbehalt der in Artikel 18 genannten Fälle, persönlich auszufüllen, ihn in das Stimmkuvert zu legen und dieses zu verschliessen. Für mehrere gleichzeitig stattfindende Abstimmungen wird ein einziges Stimmkuvert verwendet.

b) Vorgehen

² Das verschlossene Stimmkuvert, das nicht beschriftet werden darf, ist hierauf gegebenenfalls zusammen mit dem Stimmrechtsausweis in das Zustellkuvert zu legen. Der Stimmrechtsausweis oder das Zustellkuvert ist zu unterzeichnen. Sodann ist das Zustellkuvert zu verkleben und rechtzeitig der Gemeinde zuzuleiten.

¹⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

Art. 18¹⁾c) Stellvertretung
Invaliden

¹ Die bevollmächtigte Vertrauensperson hat die Wahl- oder Stimmzettel nach Anweisung des Vertretenen auszufüllen. Die Stimmabgabe kann in der Folge an der Urne oder brieflich erfolgen.

² An der Urne kann die Stimme von der Vertrauensperson unter Vorweisung der Vollmacht in einem Umschlag abgegeben werden.

³ Der Gemeindevorstand bestimmt das Gemeindeorgan, das für die Ausstellung und die periodische Überprüfung der Vollmacht zuständig ist.

⁴ Bei brieflicher Stimmabgabe ist auf dem Zustellkuvert, nebst dem Absender des Stimmenden, auch der Name, die Adresse und die Unterschrift der Vertrauensperson anzubringen.

Art. 19²⁾

d) Ungültigkeit

¹ Die briefliche Stimmabgabe ist ungültig, wenn:

- a) das Zustellkuvert oder der Stimmrechtsausweis nicht unterzeichnet ist;
- b) das Zustellkuvert nicht in den von der Gemeinde bezeichneten Briefkasten eingeworfen worden ist oder verspätet eintrifft;
- c) der Stimmrechtsausweis fehlt;
- d) das Zustellkuvert nicht verschlossen ist;
- e) das Zustellkuvert für die gleiche Wahl oder Abstimmung mehr als einen Stimm- oder Wahlzettel enthält;
- f) sie bei der Stellvertretung Invaliden nicht durch die bevollmächtigte Vertrauensperson gemäss Artikel 18 vorgenommen wurde.

² Die Ungültigkeitsgründe gemäss Artikel 35 und 36 des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte³⁾ bleiben vorbehalten.

Art. 20⁴⁾

e) Behandlung

¹ Die Amtsstelle der Gemeinde prüft die eingegangenen Zustellkuverts auf die Stimmberechtigung ihres Absenders hin, öffnet sie, bewahrt die verschlossenen Stimmkuverts auf und stellt sie dem Stimmbüro zur Öffnung und Auszählung zur Verfügung.

² Die ungültigen brieflichen Stimmabgaben sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen und bis zum Ablauf der Frist für Beschwerden gegen das Abstimmungsergebnis amtlich zu verwahren. Die betroffenen Stimm- oder Wahlzettel sind ungültig und als solche bei der Ermittlung der Ergebnisse auszuweisen.

¹⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ BR 150.100

⁴⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

Art. 21

Bei der brieflichen Stimmabgabe besteht der nämliche Anspruch auf Wahrung des Stimmgeheimnisses wie bei der Stimmabgabe an der Urne. Artikel 15 gilt sinngemäss.

f) Stimm-
geheimnis

Art. 22¹⁾**Art. 23**²⁾**Art. 24**³⁾

¹ Das Stimmkuvert und das Zustellkuvert sowie allfällige Formulare werden den Stimmberechtigten von der Gemeinde kostenlos abgegeben.

i) Abgabe der
Stimm- und
Zustellkuverts

^{2 4)} Die Standeskanzlei stellt den Gemeinden, Bezirken und Kreisen Stimmkuverts, Zustellkuverts und allfällige weitere Unterlagen in der nötigen Zahl unentgeltlich zur Verfügung. Die Gemeinden, Bezirke und Kreise können aber auch eigene Lösungen vorsehen, die jedoch den Anforderungen gemäss Artikel 17 und 18 zu genügen haben.

V. Inkrafttreten**Art. 25**

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1979 in Kraft. Sie ersetzt den gleichnamigen Erlass der Regierung vom 10. Juli 1978.⁵⁾

Inkrafttreten

¹⁾ Aufhebung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

²⁾ Aufhebung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Fassung gemäss RB vom 18. Oktober 1994; siehe FN zu Art. 1

⁴⁾ Fassung gemäss RB vom 27. März 2000; auf den 1. April 2000 in Kraft getreten

⁵⁾ Siehe KA Nr. 32 vom 11. August 1978, 1465; in der AGS nicht publiziert; vorausgehende Verordnung siehe AGS 1962, 199, mit Revisionen AGS 1967, 303, und 1975, 784

Auszug aus dem geltenden Recht

Geschäftsordnung für die Regierung des Kantons Graubünden

Auf Grund von Art. 15 Abs. 3 und Art. 26 Abs. 3 der Kantonsverfassung¹⁾
vom Grossen Rat erlassen am 26. Februar 1972²⁾

II. Ausschlussgründe³⁾

Art. 10

¹ Blutsverwandte und Verschwägte bis zum vierten Grad können nicht gleichzeitig Mitglieder der Regierung sein. Dieser Ausschlussgrund gilt auch für den Kanzleidirektor. Verwandtschaft

² Werden im Ausschliessungsgrund Verwandte und Verschwägte gleichzeitig neu in die Regierung gewählt, so lässt diese durch das Los entscheiden, wer zum Verzicht verpflichtet ist.

³ Gegenüber einem bereits im Amte stehenden Mitglied hat ein in einer Ersatzwahl oder in einer Gesamterneuerungswahl neu gewähltes Mitglied zurückzutreten.

¹⁾ BR 110.100

²⁾ B vom 6. Dezember 1971, 236; GRP 1971/72, 455 und 525

³⁾ Neuer Titel durch Revision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte vom 20. März 1988; BR 150.100, Art. 70 Abs. 2

